

DER KAMPF

SOZIALDEMOKRATISCHE MONATSSCHRIFT

JAHRGANG 6

1. OKTOBER 1912

NUMMER 1

Karl Renner: Fünf Kampfbahre

Zwei Jahrestage fordern zur Rückschau heraus: Am 17. September jährte sich der Tag des Verzweiflungsausbruchs des Wiener Proletariats über die empörende Ungültigkeit der Regierung angesichts der Teuerung, über die Preisgabe der österreichischen Konsumenten an die ungarischen Viehzüchter, über den Weiskirchner'schen Landes- und Volksverrat, über die verlogene Taktik der herrschenden Parlamentsparteien. Es jährte sich der Tag des Proletariermordes in den Strassen Wiens mit all seinen die Leidenschaften aufwühlenden, die Seelen erschütternden Folgeereignissen, unter denen die wuchtige Anklagerede Adlers, die Schüsse des Njegusch im Parlament (am 5. Oktober 1911) und der Ausbruch des infernalisches Hasses der bürgerlichen Parteien gegen die Fürsprecher der Arbeiterklasse, die Hetzrede Gautsch', die berüchtigte Rede Hohenburgers, die Beschimpfungssorgie der bürgerlichen Radikalen am denkwürdigsten sind. An jenem Tage hat der Teuerungskampf einen seiner Höhepunkte erklimmt.

In diesen Herbsttagen sind zugleich volle fünf Jahre seit der Eröffnung dieses Kampfes verflossen. Am 16. Oktober 1907 trat das Haus des allgemeinen Wahlrechts nach einer kurzen konstituierenden Sommertagung zu seiner ersten Arbeitstagung zusammen und der sozialdemokratische Verband brachte die grossen umfassenden Teuerungsanträge Schrammel-Renner ein, um die sofort der leidenschaftliche Kampf im Parlament entbrannte, deren Ablehnung am 28. November 1907 einen Sturm der Empörung in den Volksmassen hervorrief und die Teuerungsfrage von der Tagesordnung nicht mehr verschwinden liess. Fünf Jahre dauert also dieser wechselvolle Kampf und das nötigt uns zur Prüfung seiner vorläufigen Ergebnisse, zur Erwägung seiner künftigen Aussichten. Eine zusammenfassende Geschichte dieses Kampfes zu schreiben wäre interessant und fruchtbar, aber zu umfänglich und zu früh.

„Nichts erreicht!“ — das ist das hämische Urteil unserer Gegner und nicht selten auch der Ausdruck ehrlicher Enttäuschung bei Parteigenossen. „Es ist nichts zu erreichen“ — ist die Ausrede aller, die gerne Verzicht leisten, weil ihr Eifer zu früh erlahmt, weil ihre Einsicht das Gewirr der kapitalistischen Wirtschaftsweise nicht durchdringt. Erwägen wir darum, was wir wollen, was wir können, stellen wir fest, was bisher das positive Ergebnis gewesen und was zu tun übrig bleibt, kurz, ziehen wir die Bilanz des bisherigen Kampfes und wir werden zu einem gerechteren und sachgemässen Urteil gelangen.

Das, was jeden Haushaltsvorstand jeweils aufpeitscht und nach Abhilfe zu schreien zwingt, ist die letzte konkrete Preissteigerung. Heute ist es das Mehl, morgen der Zucker, übermorgen das Fleisch und so fort. Sein Kummer ist konkret und speziell, konkret und speziell soll auch die rasche Hilfe sein und anderes interessiert ihn nicht. Er gleicht dem Kranken, den dieser Abszess und jener Muskelschmerz stört, der hier ein Pflaster und dort eine Salbe begehrt und absolut nicht begreifen will, dass sein Blut im ganzen erkrankt und heilbedürftig ist. Als wir den Kampf gegen die Teuerung aufnahmen, sah die konsumierende Masse in der Teuerung nichts als den einen Wucherer da und den anderen Wucherer dort, klagte die Bosheit und Habsucht dieser und jener an und begriff nicht, warum die Regierung nicht einen nach dem andern beim Schlaffittchen packe und zur Raison bringe. Diese oberflächliche und bequeme Auffassung war allgemein verbreitet, auch in der Masse des Proletariats, sie erfüllte und nährte auch die ganze Debatte vom November 1907: Wenn dieser und jener, der eine und der

andere schuld ist, so heisst es eben, die Schuldigen suchen und verurteilen; und siehe, da fand der Grundbesitzer, dass der Fleischer schuld sei, der Fleischer fand den Agrarier schuldig; der Grosskapitalist beschuldigte den Zwischenhändler, dieser den Kartellherrn und zum Schlusse waren es alle und keiner, man einigte sich am Ende, dass der Arbeiter mit seinen hohen Löhnen der Böse sei und stimmte die sozialdemokratischen Anträge nieder.

Von Anbeginn an standen die sozialdemokratischen Anträge auf ganz anderem Boden. Der Antrag Schrammel hatte angesichts der damals plötzlich emporgeschnellten Fleisch- und Mehlpreise wohl auch unmittelbar wirksame Massregeln vor Augen, aber trotzdem rührte er sofort an die allgemeine, dauernde Ursache, an die Zölle und Einfuhrverbote, also an die Grundlage des gesamten heute geltenden Handelssystems. Der Antrag Renner, der die Besserung der dauernden Lebensmittelversorgung zum Gegenstand nahm — er war vom ganzen Sozialdemokratischen Verband und von seinem Sekretär sorgfältig vorbereitet — wies auf die Verkehrtheit unserer gesamten Agrarverfassung, also der Grundbesitzverteilung und des Bodenrechtes hin und forderte eine weitgehende Agrarreform. Hier war also angedeutet, dass die Teuerung mit Notwendigkeit aus der gesamten Organisation unserer Volkswirtschaft hervorgeht, was nicht ausschliesst, dass bei einzelnen Waren noch besondere Ursachen mitwirken. Die Ablehnung unserer Anträge machte uns klar, dass jedem Erfolg vorangehen müsse die Aufrüttelung der gesamten öffentlichen Meinung Oesterreichs und deren volkswirtschaftliche Erziehung. Die Erkenntnis müsse zum Durchbruch gebracht werden, dass ohne Aenderung des ganzen Wirtschaftssystems in der Hauptsache nichts zu richten sei. Und zum erstenmal wurde in diesem vom nationalen Chauvinismus besessenen Lande eine mehrjährige wirtschaftspolitische Propaganda geführt, welche die Volksgesamtheit vom Feudalherrn bis zum Häusler, vom Fabriksherrn bis zum Gehilfen ergriff.

Dieses Ergebnis ist das erste und allerwichtigste unserer ganzen Aktion und seine Nachwirkungen werden erst vor 1917 sichtbar und schöpferisch werden, wenn unser Handelsvertragssystem erneuert wird. Die nächsten Ergebnisse waren der Junisieg in Wien, der Zusammenbruch des Weiskirchner in der Handelspolitik, die Niederlage der städtischen Christlichsozialen in Wien und auswärts und der dadurch erzwungene Wandel in ihrem handelspolitischen Verhalten und zugleich die Erschütterung der zollpolitischen Ueberlieferungen in allen bürgerlichen Parteien; der handelspolitische Leichtsin, der für die Vertragschliessenden von 1906 so charakteristisch war, ist auf alle Zeit dahin! Sie wissen nun allesamt, dass wer von den Zöllen nascht, sehr leicht politisch dran stirbt. Oesterreich wird zollpolitisch nicht mehr überrumpelt werden: das ist die erste wertvolle Frucht des Kampfes.

Dem Kleinbürger allerdings bleibt nach wie vor die Einsicht verammelt, dass der Fehler im System liegt; denn da er selbst ein überholtes Zwischenglied der Produktion darstellt, da er, soweit er Zwischenhändler ist, selbst verteuert, verteidigt er das System, indem er einzelne als schuldig denunziert. Er bleibt also bei der Teuerungsparole: Schuld ist ja der andere. Aber sowohl die Vertreter der Industrie wie die Massen selbst haben bereits begriffen, wenn auch in verschiedener Weise, und die Hochagrarien mit ihrem Anführer Hohenblum sind zum ersten Male auf feste Schranken gestossen. Sie fühlen, dass ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. Das spornt sie freilich nur an, noch rasch eine tüchtige Fuhr in die Scheune zu bringen, aber die naive Unverschämtheit ist ihnen abgekauft.

Wenn aber das Uebel im System liegt, dann wäre ja — wie viele meinen — auf absehbare Zeit überhaupt nichts Positives zu erzielen? So höhnt ja auch Weiskirchner und seine Garde die Junisieger ohne Unterlass. „Was ist billiger geworden? Wo ist das argentinische Fleisch?“ schreien sie. — Wenn unter „System“ die kapitalistische Wirtschaftsordnung verstanden werden müsste, dann wäre allerdings der Trost auf die Zeit, wo der Sozialismus den Kapitalismus wird niedergerungen haben, für die tägliche Not der Massen ein schwacher. Aber so steht es denn doch nicht.

Die geistige Arbeit, welche die ganze Partei im Teuerungskampfe geleistet hat, stellt viele Zusammenhänge, die sonst dunkel waren, klar. Sicher ist vor allem wohl

die Einsicht, dass die kapitalistische Wirtschaftsordnung selbst die letzte und dauernde Ursache der Teuerung ist, dass diese nicht aufgehoben werden kann, solange jene besteht. Solange das Kapital vom Werte des Arbeitsproduktes Rente, Zins und Profit abzieht, ja auf dasselbe Produkt noch die Monopolrente des Kartells aufschlägt und den Arbeiter auf den blossen Wertteil, den mageren Lohn, setzt, solange müssen die Proletariatsmassen darben, einerlei ob sich ihr Elend ausdrückt in niederem Lohn oder hohen Warenpreisen. Der Teuerungskampf hat heilsam gewirkt in der Erziehung der Massen zum Sozialismus, in der Belebung ihrer Endziele, in der Erhebung der Geister über den Tageskampf hinaus.

Wie aber der Sozialismus den Kapitalismus nicht besiegen wird gleich dem Jäger, der ein Stück Wild mit einem Schlage erlegt, sondern gleich dem Kultur-Ingenieur, der den Sumpf an allen Enden entwässert und zugleich von allen Enden her Ackerland anlegt, so hat der Teuerungskampf positive Erfolge gezeitigt in der Eindämmung des Kapitalismus. Unsere Gewerkschaften haben in ihren Lohnkämpfen die stärksten Impulse aus diesem Kampfe geholt und werden sie insbesondere 1913 aus ihm holen. Unsere Genossenschaften, die Konsumentenbewegung überhaupt, hat in dieser Bewegung ihre Rechtfertigung nach innen und aussen erstritten und schon hat der Teuerungsausschuss, wenn auch noch mit schwacher Mehrheit, die Gemeinnützigkeit der sonst so gehassten Konsumvereine anerkennen müssen. Gewerkschaft und Genossenschaft aber sind ein Stück Sozialismus inmitten der kapitalistischen Ordnung, Gemeinwirtschaft gegen Privatunternehmen.

Auf einem Gebiet schliesst die Tätigkeit des Teuerungsausschusses mit einem bedeutungsvollen Erfolg, in der Wohnungsfrage. Für Oesterreichs Parlament und Regierung, Gemeinden und Wohlfahrtsanstalten gab es bis 1907 eine Wohnungsfrage so gut wie nicht. Der Teuerungsausschuss hat eine stattliche Reihe wohnungspolitischer Gesetze erledigt, die eine ganz neue Form der Wohnungsfürsorge darstellen. Auf dem Felde des Wohnungsbaues wird die genossenschaftliche, das heisst also gemeinwirtschaftliche, nicht auf Profit berechnete, nicht auf Privatunternehmung und Privatkapital aufgerichtete Bautätigkeit unter Schutz und Kontrolle des Staates gestellt und mit öffentlichem Kredit unterstützt. Wenn man will, kann man darin eine Erfüllung des Lassalleschen Vorschlages von Produktivgenossenschaften mit Staatshilfe erkennen. Mittel des Sozialismus sind es also, die hier vom Staate zur Bannung der Wohnungsnot angerufen werden und es wird sich zeigen, ob der Staat hält, was er hier verheisst.

Neben den aus dem Kapitalismus selbst notwendig fliessenden Ursachen der Teuerung, die in dem allgemeinen Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung bekämpft werden müssen, die Weltursachen sind und allen Ländern gemeinsam, gibt es eine Reihe von Quellen des Uebels, die aus dem spezifisch-österreichischen Wirtschaftsjammer fliessen, aus der Wirtschafts- und Handelspolitik, die uns als Erbteil des Kurienparlaments, aus unserer Gemeinschaft mit Ungarn, aus unserer berüchtigten Mittelstandspolitik überkommen sind. Sie gehen nicht auf den Kapitalismus schlechtweg, sondern auf unsere überlieferte feudalagrarisches und zünftlerisch-reaktionäre Gesetzgebung zurück. Im Kampfe gegen sie müssten alle fortschrittlichen bürgerlichen Parteien und selbst eine auf die Zukunft des Landes bedachte Regierung auf unserer Seite sein. Das ist das unnötige Uebermass an Teuerung, das sofort fallen könnte und müsste, wenn unsere Herrschenden nicht mit Blindheit geschlagen wären, jenes darum so aufreizende Uebermass, weil es schon vom Standpunkt der kapitalistischen Ordnung überflüssig und schädlich ist. Das, was dieses Uebermass verursacht, das nennen wir besonders das österreichische System. Wir kämpfen gegen dieses, wir müssten kämpfen, auch wenn wir nicht Sozialdemokraten wären, wir führen in diesem Kampfe alle, die in Oesterreich modern, industriestaatlich denken und dieser Kampf kann und muss schon in der Gegenwart siegreich enden, wenn Oesterreich wirtschaftlich bestehen soll.

Dieses fluchwürdige österreichische Wirtschaftssystem gipfelt in der ökonomischen und politischen Knechtseligkeit vor den magyarischen Krautjunkern, wofür Weiskirchner der gezeichnete Typus geworden ist, in dem Hohenblumschen Agrarismus und in den von ihm und den ungarischen Feudalen diktierten Agrarzöllen, Vieh- und Fleischeinfuhr-

verboten — für letztere gibt nicht einmal das junkerliche Preussen mehr ein Vorbild — in den Schnapsbrenner-Liebesgaben für die galizischen und böhmischen Grundherren, in den sinnlosen Handelsverträgen, die uns vom Balkan absperren, also von dem einzigen Gebiet, das uns von der ganzen Erdoberfläche als Absatzsphäre geblieben ist, in der skandalösen Versippung der Regierung mit den die Kartelle regelnden Banken, in der zopfigen Borniertheit einer, auch bürgerlich betrachtet, unsinnigen Mittelstandspolitik, die in dem Privileg des unordentlichsten Kramhalters eine Stütze des Staates sieht. Dieses System, das von Weihrauch und Fusel, von Stall und Turf, von Bakschisch und ranzigem Fette riecht, dieses System ist längst reif zum Falle. Seine wirtschaftliche Folge ist die österreichische Ueberteuerung, wie seine moralische das allgemeine Verkommen der Bureaukratie und der autonomen Verwaltung in Protektion und Provision.

Die parlamentarischen Abstimmungen über unsere Anträge bringen seit 1907 eine immer wachsende Stimmzahl. Widerstrebend sieht sich eine immer grössere Zahl bürgerlicher Abgeordneter für sie zu stimmen gezwungen durch die von uns wirtschaftlich erzeugte öffentliche Meinung. Offensichtlich schreiten wir in unserem Kampf gegen dieses österreichische System von Linie zu Linie vor: Sie ballen ingrimmig die Faust im Sack und stimmen offen für uns.

In der Frage der Viehgrenzsperre und Fleischeinfuhr erklärt sich der Teuerungsausschuss nach leidenschaftlichen Debatten schon in knapper Mehrheit für uns. Auch das Haus erklärt sich am 22. November 1911 wenigstens teilweise dafür und deklariert Oesterreichs Unabhängigkeit von Ungarns Einspruch in der Fleischfrage, selbst in dem gemässigten Antrag Steinhaus verlangt es noch die Fleischeinfuhr. — Als Waffe gegen das Zuckerkartell wurde von uns der freie Sacharinverkehr beantragt, der Antrag mit 250 gegen 152 Stimmen angenommen. — Die von uns vorgeschlagenen allgemeinen Massregeln gegen die Kartelle wurden im Teuerungsausschuss angenommen, im Hause abgelehnt; unser Kohleantrag erfuhr das gleiche Schicksal. — Der Antrag auf Aufhebung der Liebesgaben für Spirituskapitalisten wurde im Ausschuss wie im Hause angenommen. Im Ausschuss angenommen, jedoch noch nicht im Hause verhandelt sind Anträge auf staatliche Förderung der Konsumvereine, auf Ermässigung der Kartellschutzzölle 1917 und auf erleichterte Milchzufuhr in die Städte.

Hält man gegen diese hier nur kurz skizzierten Abstimmungen die glatte übermütige Ablehnung von 1907, so sieht man deutlich das Zurückweichen des überlieferten Wirtschaftssystems im Volkshause, den greifbaren Einfluss des allgemeinen Wahlrechtes. Man sieht, dass die erste Hälfte des Weges zurückgelegt ist, dessen zweite Hälfte bis 1917 beendet werden muss, wenn wir zu einem anderen Handelsregime gelangen wollen. Abgeschlossen ist nichts, angebahnt alles und nur der Unkundige kann von einem Fehlschlagen unserer Teuerungsaktion sprechen, selbst im Hinblick auf Gegenwartsresultate.

Würde die Regierung die schon gefassten Parlamentsbeschlüsse achten, dann wäre die Einfuhr des argentinischen Fleisches Tatsache, dann wäre das Zuckerkartell gebeugt, das Spirituskartell gesprengt — was parlamentarisch zu richten war, haben wir gerichtet. Aber jene bürgerlichen Parlamentsparteien, die öffentlich die Wirtschaftspolitik der offenen Tore und billigen Preise bekennen, haben sich eine Methode des Wählerbetruges zurechtgelegt, die neuerdings Jahre der Aufklärungsarbeit kostet, bevor die bürgerlichen und proletarischen Wählermassen sie durchschauen: Sie fordern die Regierung öffentlich auf und unterstützen sie heimlich im Widerstand! Sie beschliessen munter im Abgeordnetenhaus in der Zuversicht, dass das Herrenhaus verwirft. Herrenhaus und Regierung werden schon vorher von ihnen instruiert und hinterher gedeckt.

Sie haben ihre Sache auf den Betrug gestellt und hoffen, dass er die Entscheidung einige Jahre hinausschiebt. Die Hoffnung täuscht sie nicht, solange ihr Betrug von den Wählern nicht durchschaut wird.

Darum ist der Kampf fortzusetzen, in und ausser Hause, bis diese neueste Maske fällt. Zu eng gefasst aber wäre es, wollte man ihn länger als blosser Teuerungsaktion behandeln. Die Teuerung ist der immer neue Anstoss, das immer neu, immer anderswo hervorbrechende Geschwür des tief im Blute sitzenden Uebels, das wir bekämpfen. Der

Sturz des agrarfeudalen Wirtschaftssystems ist es, das seit 1879 durch Taaffe und Dunajewski begründet wurde und fortbesteht bis heute, im Grunde das Wirtschaftssystem des Eisernen Ringes! Es ist in der Tat ein eiserner Ring, der uns umklammert, der uns die Kehle zum Ersticken und den Leib zum Erhungern einschnürt, der eiserne Ring der Zölle und Einfuhrverbote, der eiserne Ring der Kartelle, der eiserne Ring der Zünftelei. Und was wir heute, schon für die Gegenwart, diesem Ring entgegensetzen, ist moderne Wirtschaftspolitik, offene Tore, wirtschaftliche Freiheit, hemmungslose Entwicklung. Für dieses Ziel führen wir unsere Truppen ins Feld, um sie einzuschulen für die nächste grosse Entscheidungsschlacht 1917! Fünf Kampffahre haben wir vor uns wie hinter uns fünf, und so geziemt sich an der Wegmitte denkende Rück- und Vorschau.

Otto Bauer: Die Gesamtpartei

Gemäss den Beschlüssen des deutschen, des polnischen und des slowenischen Parteitages hat die Gesamtexekutive der österreichischen Sozialdemokratie am 20. Juni beschlossen, die „Tschechische sozialdemokratische Arbeiterpartei“ als einen Bestandteil der österreichischen Gesamtpartei anzuerkennen und ihr Sitz und Stimme in der Gesamtexekutive einzuräumen. Dieser Beschluss wurde gefasst, obwohl die Parteivertretung der „Tschechoslawischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei“ ausdrücklich erklärt hatte, dass sie die Eingliederung der tschechischen Zentralisten in die Gesamtpartei als die „Ausweisung“ der tschechoslawischen, separatistischen Partei aus dem Verband der österreichischen Sozialdemokratie ansehen werde. Durch den Beschluss der Gesamtexekutive vom 20. Juni ist also die tschechoslawische Partei aus der österreichischen Gesamtpartei ausgeschieden. Die durch den Separatismus in ihrem ganzen Gefüge gestörte Gesamtpartei ist in einen neuen Entwicklungsabschnitt getreten. Es scheint uns unvermeidlich und unerlässlich, dass sich der deutsche Parteitag, der am 31. Oktober in Wien zusammentreten wird, mit der Frage der Wiedererrichtung unserer Gesamtpartei beschäftigt.

Die Parteivertretung hat diesen Gegenstand leider nicht auf die Tagesordnung des Parteitages gesetzt. Aber wenn gerade die Frage, die mehr als jede andere die Parteigenossen beschäftigt, kein besonderer Gegenstand der Tagesordnung sein wird, dann wird sie in der Verhandlung des Rechenschaftsberichtes der Parteivertretung erörtert werden. Es wäre nun nicht nützlich, wenn durch die Erörterung dieses Gegenstandes die Beratung der inneren Fragen der deutschen Partei durchkreuzt und gestört würde. Wir glauben darum, dass der Parteitag die Wiederherstellung der Gesamtpartei als einen besonderen Gegenstand auf seine Tagesordnung setzen sollte.

Die Geschichte der Gesamtpartei.

Die meisten jüngeren Genossen stellen sich die Geschichte der Gesamtpartei ungefähr in folgender Weise vor: Bis zum Jahre 1897 war die österreichische Sozialdemokratie eine einheitliche internationale Partei. Der Parteitag beim Wimberger im Jahre 1897 beschloss, die Partei in autonome nationale Parteien zu gliedern. Dieser Beschluss war der Anfang des Unheils — der „erste Triumph des Separatismus“, wie der Genosse Strasser sagt. Seine Wirkungen waren die fortschreitende Entfremdung zwischen den nationalen Parteien, in die die österreichische Gesamtpartei nunmehr gegliedert war; die Uebertragung des nationalen Separatismus in die Gewerkschaften; schliesslich die vollständige Zertrümmerung der Gesamtpartei.

Diese Ansicht ist grundfalsch. Sie kann nur darum bestehen, weil die Geschichte der Gesamtpartei in deutscher Sprache noch nie erzählt worden ist. Wir wollen darum, ehe wir die Frage der Gegenwart erörtern, einen Blick auf die Vergangenheit der österreichischen Sozialdemokratie werfen.

Als Ferdinand Lassalle im Mai 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein gründete und Karl Marx wenige Monate später der Internationalen Arbeiterassoziation

Ziel und Wege wies, lastete auf der Arbeiterklasse Oesterreichs noch der Druck der Gegenrevolution. Erst der Krieg 1866 bahnte der Arbeiterklasse den Weg. Die schimpfliche Niederlage des alten Oesterreich auf den böhmischen Schlachtfeldern brachte die liberale Bourgeoisie zur Macht. Ihre Dezemberverfassung 1867 gab auch den Arbeitern das Vereins- und Versammlungsrecht. Sofort ging die Arbeiterklasse daran, die neugewonnene Bewegungsfreiheit auszunützen. Mit den Wiener Arbeiterversammlungen im Dezember 1867 beginnt die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie.

Den ersten Versuch, die slawischen und die romanischen Arbeiter für die junge Partei zu gewinnen, unternahm der fünfte „Arbeitertag“, der am 10. Mai 1868 tagte. Das von ihm beschlossene Manifest, das die Solidarität der Arbeiter aller Nationen verkündet, wurde auch in tschechischer, polnischer, italienischer, rumänischer und magyarischer Sprache gedruckt*. Doch blieben diese Bemühungen zunächst erfolglos. Die Bewegung blieb auf das deutsche Sprachgebiet beschränkt. Wien, Brünn, Reichenberg waren ihre Hauptstätten. Nur unter den in den deutschen Industriegebieten arbeitenden slawischen Proletariern gewann die Sozialdemokratie Anhänger.

Im tschechischen Sprachgebiet blieben die Arbeiter zunächst in der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien. Um die tschechischen Arbeiter zu bewahren „vor dem Unweg, auf den die Wiener Arbeiter geraten sind“, begann Dr. Chleborad sie zu organisieren. Sein Vorbild war Schulze-Delitzsch. Als Allheilmittel empfahl er den Arbeitern die „Selbsthilfe“ durch Konsumvereine und Produktivgenossenschaften. Der Feind des tschechischen Arbeiters sei nur das deutsche Kapital; die tschechischen Unternehmer seien seine natürlichen Verbündeten. Diese Bewegung endete mit dem Zusammenbruch vieler Genossenschaften im Krisenjahr 1873. Vorher schon versucht die nationalbürgerliche Demokratie sich der Bewegung zu bemächtigen. Zu diesem Zwecke gründet Barák 1872 die „Dělnické listy“ mit einem nationalliberalen Programm. Aber innerhalb der um dieses Blatt gescharten Arbeiter ringen sich einzelne zum Sozialismus durch. Wirtschaftliche Kämpfe zwischen tschechischen Unternehmern und tschechischen Arbeitern, das Vorbild der deutschen Arbeiter, die Nachrichten von der Pariser Kommune bahnen dem Sozialismus den Weg. Barák wird aus der Redaktion der „Dělnické listy“ hinausgedrängt. Das von ihm gegründete Blatt verkündet seit 1873 die Lehre des Klassenkampfes**.

Jetzt erst taucht die Frage auf, wie das Verhältnis zwischen den tschechischen und den deutschen Arbeitern geregelt werden soll. Zuerst wird die Frage von den tschechischen Arbeitern in Wien aufgeworfen. Am 22. Juni 1873 tagt in Wien eine Versammlung der tschechischen Arbeiter, in der die Frage erörtert wird, ob für jede Nation besondere Gewerkschaften gegründet werden sollen. Es wird erklärt, es sei „unzweifelhaft, dass die Gründung von Gewerkschaften nach Nationalitäten nur zur Schwächung der gewerkschaftlichen Tätigkeit führen würde“. Es sollen also nicht besondere tschechische Gewerkschaften gegründet werden; wohl aber müssten die bestehenden Gewerkschaften „utraquistisch“ sein und es müssten in ihnen „die Debatten auch in tschechischer Sprache geführt werden“. Ganz anders wird damals schon die Frage der politischen Organisation beurteilt. Am 17. August 1873 beschliesst eine Versammlung der Wiener tschechischen Arbeiter die folgende Resolution:

„In Erwägung, dass die Arbeiterschaft jeder Nation sich über ihre Forderungen und Bedürfnisse am leichtesten in ihrer Muttersprache verständigt;

in Erwägung, dass die Arbeiterschaft in Oesterreich, wenn sie eine Besserung ihrer Lage und die schliessliche Durchführung des Grundsatzes ‚Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit‘ erreichen soll, unbedingt des Zusammenwirkens bedarf;

schliesslich in Erwägung, dass zu diesem Zusammenwirken ein gemeinsames, der Arbeiterschaft aller Nationen in Oesterreich entsprechendes Programm notwendig ist:

erklären wir, dass wir sind und bleiben eine selbständige Partei der tschechoslawischen Arbeiterschaft und dass wir in erster Reihe darum sorgen werden, innerhalb unserer Nation unsere Grundsätze zur Geltung zu bringen. Als selbständige Partei wollen wir gemeinsam mit der Arbeiterschaft aller Nationen in Oesterreich für diese Grundsätze kämpfen und wir verlangen darum, dass ein Kongress der Arbeiterschaft

* Deutsch, „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“. Wien 1908. Seite 38.

** Horáček, „Počátky českého hnutí dělnického“. Prag 1896. — Šteiner, „Utrpení sociální demokracie československé“. Prag 1902.

aller in Oesterreich lebenden Nationen einberufen werde, der sich über ein gemeinsames Programm einigen und insbesondere über die in Oesterreich so wichtige nationale Frage seine Meinung ausdrücken, alle diese Fragen zu gerechter Lösung führen, die Entwicklung und Vervollkommnung der verschiedenen Nationen und somit auch ihrer Arbeiterschaft unterstützen und zur Vereinigung der Arbeiterschaft ohne Rücksicht auf die Nationalität zwecks gemeinsamer Arbeit zur Befreiung aus geistiger und materieller Knechtschaft alles mögliche tun soll.“

So haben die tschechischen Arbeiter Wiens schon im Jahre 1873 verlangt: In der Gewerkschaft internationale Einheit; in der politischen Organisation eine selbständige tschechische Arbeiterpartei als autonomes Glied einer internationalen Gesamtpartei*.

Der Durchführung solcher Pläne war damals freilich die Zeit nicht günstig. Als die tschechischen Arbeiter sich von der bürgerlichen Führung zu befreien begannen, waren die deutschen Organisationen schon durch den Zwist zwischen Oberwinder und Scheu gespalten. Die tschechischen Organisationen unterstützten die von Scheu geführte Richtung. An ihrem Parteitag in Neudörfel (Ostern 1874) nahmen zehn tschechische Delegierte teil. Es wurde dort die „Sozialdemokratische Arbeiterpartei Oesterreichs“ gegründet, als deren Organ neben der Wiener-Neustädter „Gleichheit“ auch die Prager „Dělnické listy“ anerkannt wurden. Diese Organisation war die erste internationale Gesamtpartei in Oesterreich. Indessen dauerte die Eintracht nicht lange. Schon im August 1874 griff die „Gleichheit“ die Prager Genossen heftig an; sie hätten durch die Teilnahme an der Agitation für das tschechische Nationaltheater und durch ihre engen Beziehungen zu den Jungtschechen „das Programm der allgemeinen österreichischen Sozialdemokratie verletzt“. Die „Dělnické listy“ antworteten, zwischen deutschen und tschechischen Genossen bestünden starke Verschiedenheiten; die Deutschen seien Zentralisten, die Tschechen Föderalisten. In dieser Polemik regen die „Dělnické listy“ bereits die Gründung einer selbständigen tschechischen Arbeiterpartei an**.

Wenige Jahre später wird in der Tat der erste Versuch zur Gründung einer selbständigen tschechoslawischen Sozialdemokratie unternommen. Am 7. April 1878 wird sie auf einem Parteitag der tschechischen Organisationen in Prag konstituiert. Es wurde eine Parteivertretung mit dem Sitze in Prag gewählt und eine Kontrollkommission in Wien gebildet. Aber die ersten Organisationen der neuen Partei wurden sofort von der Polizei vernichtet***. Und ehe sich die Partei wieder sammeln konnte, hatten das deutsche Sozialistengesetz, das Eindringen terroristischer Lehren nach Oesterreich, die Spaltung in Radikale und Gemässigte, die Geheimbundprozesse und der Ausnahmezustand jede organisatorische Verknüpfung der kleinen sozialistischen Gruppen unmöglich gemacht.

Erst seit 1885 beginnen sich die versprengten Glieder wieder zu sammeln. Das Friedenswerk Viktor Adlers wirkt auch im tschechischen Gebiet. In Brünn sammeln sich „Radikale“ und „Gemässigte“ um die 1885 gegründete „Rovnost“. Nun taucht wieder der Plan auf, eine tschechoslawische Sozialdemokratie zu gründen, die sich als autonomes Glied der österreichischen Gesamtpartei einordnen solle. Weihnachten 1887 tagt in Brünn ein Parteitag der tschechischen Organisationen, der den Streit zwischen Radikalen und Gemässigten für beendet erklärt und eine „Tschechoslawische sozialdemokratische Partei“ konstituiert. Das von diesem Parteitag beschlossene Programm beginnt mit den Worten:

„Die Tschechoslawische sozialdemokratische Partei betrachtet sich als einen Bestandteil der sozialdemokratischen Partei in Oesterreich, hat aber ihre eigene Organisation.“

Am Schlusse des Programms heisst es:

„Die Vervollkommnung dieses ganzen Programms überlassen wir einer späteren Zeit, bis die ganze sozialdemokratische Partei in Oesterreich zur Aufstellung ihres Programms schreitet.“

* Šmeral, „Národnostní otázka v sociální demokracii až do sjezdu hajfeldského“. „Akademie“. XIII. Jahrgang, Seite 401 ff.

** Rudolf Meyer, „Der Emanzipationskampf des vierten Standes“. Berlin 1875. II. Band. Seite 79, 84. — Šmeral, a. a. O., Seite 454 bis 458.

*** Hybeš, „Tajné spolčování“. Brünn 1900. Seite 4 bis 17.

Seit diesem Brünner Parteitag besteht die Tschechoslawische Sozialdemokratie. Es ist wohl zu beachten, dass sie schon vor dem Hainfelder Parteitag konstituiert worden ist*. Die deutschen Genossen begrüßten die Bildung der tschechoslawischen Partei. Die „Gleichheit“ begleitete die Einberufung des Brünner Parteitages mit folgenden Worten**:

„Die sozialdemokratische Arbeiterpartei kennt nationale Abgrenzungen nicht; sie ist international wie die Ausbeutung und die Lohnsklaverei. Wenn die Gruppen verschiedener Zungen eigene Organisationen haben, so ist damit einfach einem rein praktischen Bedürfnis genügt. Die lokale Gruppierung, die Notwendigkeit, besondere Parteiorgane zu haben, machen eben eine Teilung notwendig. Im übrigen aber werden die Herren Gregr und Konsorten dabei ebensowenig Geschäfte machen können wie die deutschliberalen Weitlofs und anderen Knötze.

Die internationale Solidarität der österreichischen Arbeiter ist eine Tatsache. Es herrscht die engste und beständigste Fühlung zwischen den deutschen und den slawischen Gruppen. Der beste Beweis dafür ist, dass die Entwicklung, welche zum Parteitag der slawischen Genossen geführt hat, sich ebenso in den Reihen der deutschen vollzieht. Auch hier ist das Bedürfnis nach einigem, gemeinsamem Vorgehen allüberall vorhanden, auch hier fühlt man auf allen Seiten, dass der Streit eigentlich ausgekämpft ist.“

Diese Entwicklung hat zu dem Einigungsparteitag in Hainfeld (Silvester 1888) geführt. An ihm und an dem folgenden Parteitag im Hotel „Union“ in Wien (Juni 1891) nahmen auch Delegierte der tschechischen Organisationen teil. Eine Gruppe tschechnationaler Sozialisten wurde von dem Parteitag 1891 aus der Partei ausgeschlossen. Aber so schroff die tschechischen Genossen als Mitglieder der internationalen Gesamtpartei sich von den nationalistischen Sozialisten schieden, so verzichteten sie doch nicht darauf, innerhalb dieser Gesamtpartei einen autonomen organisierten Körper zu bilden. In der Tat tagte Weihnachten 1891 wieder ein Parteitag der Tschechoslawischen Sozialdemokratie in Prag. Ueber das Verhältnis zur Gesamtpartei sagte der Berichterstatter Zedníček (Prossnitz):

„Die tschechoslawische Arbeiterpartei ist ein Zweig der österreichischen Sozialdemokratie, hat jedoch ihre eigene Organisation. Die Organisation muss eine jede Nation selbständig durchführen, aber vor dem gemeinsamen Feind müssen alle Nationen Oesterreichs einig sein. Innerhalb der tschechischen Arbeiterpartei darf es auch keine provinziale Zerteilung in böhmische und mährische Genossen geben. Als selbständige tschechische Partei müssen wir geeint hier stehen.“***

Wie die Beziehungen zwischen der tschechoslawischen und der österreichischen Partei damals waren, zeigt die Tatsache, dass sich die tschechischen Genossen an dem dritten Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie, der wenige Wochen nach dem Prager tschechischen Parteitag einberufen wurde, nicht beteiligten. Dieser Parteitag wurde einberufen, um über den Streit zwischen der Wiener Organisation und der „Volkspresse“ (Hanser, Heimann) zu richten. Dazu bemerkte die Brünner „Rovnost“ am 9. März 1892:

„Zwischen den Redaktionen der tschechischen Parteiblätter ist bereits ein Meinungsaustausch erfolgt und es wurde vereinbart, die tschechischen Genossen zu einer massenhaften Delegierung des Parteitages nicht aufzufordern, die ganze Sache als eine Angelegenheit der deutschen Genossen zu betrachten und sich damit zu begnügen, dass die einzelnen Redaktionen Vertreter entsenden, so dass zwei bis drei tschechische Genossen sich beteiligen.“

In der Tat war die Einberufung des Parteitages nur von den Redaktionen der deutschen und der polnischen Parteiblätter, nicht von den tschechischen Redaktionen unterzeichnet†. Die „Arbeiter-Zeitung“ schrieb darüber am 25. März 1892:

„Der diesmalige Parteitag ist wesentlich internen Angelegenheiten der deutschen Organisationen gewidmet. Aus diesem Grunde haben die tschechischen Parteiblätter an der Einladung nicht teilgenommen, da nach ihrer Meinung für die tschechischen Organisationen der letzte Parteitag der Tschechoslawen in Prag die entsprechenden Fragen erledigt hat, somit eine zahlreiche Beschickung durch tschechische Genossen diesmal entfallen könne.“

* „Gleichheit“ vom 31. Dezember 1887 und 7. Jänner 1888. — Beneš, „Dělnické hnutí v Rakousku a v Čechách“. Brandeis 1911. Seite 101 bis 110.

** „Gleichheit“ vom 3. Dezember 1887.

*** „Gleichheit“ vom 15. Jänner 1892.

† Bis zum Wiener Parteitag 1892 hatte die österreichische, bis zum Budweiser Parteitag 1893 die tschechische Partei keine Parteivertretung. Die Leitung der Partei war damals den Redaktionen der Parteiblätter übertragen.

Da die „Volkspresse“ höhnisch das Fernbleiben der Tschechen feststellte, stellte die „Arbeiter-Zeitung“ das Verhältnis der tschechoslawischen zur österreichischen Partei am 22. April 1892 in folgender Weise dar:

„Die tschechoslawische Partei bildet einen Teil der österreichischen Sozialdemokratie, sie hat mit den deutschösterreichischen Genossen ein gemeinsames Programm, das Hainfelder, sie hat aber aus guten Gründen eine selbständige Organisation und ist in ihrem Handeln vollständig autonom. Sie kämpft Schulter an Schulter neben den deutschen Genossen.“

So war denn am dritten österreichischen Parteitag, der im Juni 1892 in den Drei Engel-Sälen in Wien tagte, die tschechoslawische Partei nur durch wenige Delegierte vertreten. Dieser Parteitag hat der österreichischen Partei die erste geordnete Organisation durch gewählte Körperschaften und Vertrauensmänner gegeben. Aber die Tschechen standen ausserhalb dieser Organisation; sie hielten an ihrer besonderen Organisation fest.

Die lockere Organisation, die die Parteitage von 1887 und 1891 geschaffen hatten, genügte jedoch den tschechischen Genossen nicht mehr. Gerade damals war die tschechische Partei von schwerer Gefahr bedroht: die junge „fortschrittliche“ Bewegung (Omladina!), ein Gemenge des nationalen und sozialen Radikalismus, drohte die Grenzen zwischen kleinbürgerlichem Nationalsozialismus und proletarischer Sozialdemokratie zu verwischen. Die tschechoslawische Partei bedurfte einer festeren, nach dem Muster der vom österreichischen Parteitag 1892 geformten Organisation, um sich dieser Gefahr zu erwehren. Die Versuche der nationalen Sozialisten, sich der Arbeiterbewegung zu bemächtigen, und die Annäherung einzelner Parteiblätter an die nationalfortschrittliche Bewegung gaben den Anlass zur Einberufung einer Konferenz der tschechischen Redakteure, die vom 30. Oktober bis 2. November 1892 in Brünn tagte und ein Organisationsstatut für die tschechische Partei ausarbeitete*. Dieses Statut sollte der tschechoslawischen Partei eine geordnete Organisation durch gewählte Körperschaften und Vertrauensmänner mit einer Parteivertretung an der Spitze geben. Es erkennt an, dass die tschechoslawische Partei ein Bestandteil der österreichischen Partei ist, dass sie die österreichischen Parteitage beschickt und dass das Parteiprogramm nur durch den österreichischen Parteitag abgeändert werden kann, bestimmt aber im 6. Punkt:

„Die Taktik und das Organisationsstatut bestimmt sich die tschechoslawische Partei selbst.“

Dieses Statut stiess auf keinen offenen Widerspruch im deutschen Parteilager. Die „Arbeiter-Zeitung“ erkannte vielmehr diese Grundsätze ausdrücklich an. Am 18. November 1892 schrieb sie in einer Polemik gegen das Organ der tschechischen nationalfortschrittlichen Jugend:

„Eine gänzliche Unkenntnis der Parteiverhältnisse verrät die Bemerkung des ‚Časopis českého studentstva‘ über die Taktik. Es wird nämlich kühn behauptet, dass die Taktik der tschechischen und deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich die gleiche ist, dass die deutschen Sozialdemokraten sich in die inneren Angelegenheiten der tschechischen hineinmischen, dass die deutschen Sozialdemokraten eine falsche, nicht revolutionäre Taktik verfolgen und in ihren Mitteln inkonsequent sind. Demgegenüber konstatieren wir, dass die tschechischen Genossen sich ihre Taktik auf ihren Parteitagen selbst bestimmt haben, dass sie in ihren Organisationen vollständig autonom und von den deutschen Genossen unabhängig waren und sind. Gemeinsam ist nur das Programm. Aktionen der gesamtösterreichischen Partei werden von Fall zu Fall zwischen den deutschen und nichtdeutschen Genossen vereinbart.“

Weihnachten 1893 trat nun in Budweis der dritte Parteitag der tschechoslawischen Sozialdemokratie zusammen. Er nahm das von der Brünnener Konferenz der Redakteure entworfene Organisationsstatut an. Doch wurde der wichtige 6. Punkt in folgender Weise abgeändert:

„Die Taktik wird bestimmt im Einvernehmen mit der gesamtösterreichischen Partei; das Organisationsstatut bestimmt sich die tschechoslawische Partei selbst.“

* „Arbeiter-Zeitung“ vom 11. und 18. November 1892.

Es wurde eine tschechische Parteivertretung gewählt, eine engere Exekutive aus ihr gebildet, eine Parteisteuer beschlossen. Damit war die tschechoslawische Partei zu einem fest organisierten Körper innerhalb der österreichischen Gesamtpartei geworden*.

Das Verhältnis zu den deutschen Genossen wurde dadurch nicht getrübt. Am vierten österreichischen Parteitag, der im März 1894 in Schwenders Kolosseum in Wien tagte, nahmen die Tschechen wieder teil und die „Arbeiter-Zeitung“ konnte die Beziehungen zwischen deutschen und tschechischen Genossen am 3. April 1894 in folgender Weise schildern:

„Mit der tschechoslawischen Arbeiterpartei verbindet die österreichische Arbeiterschaft seit jeher internationale Solidarität. Fest zusammengekittet sind wir durch den eisernen Druck, unter welchem wir alle gemeinsam leiden. Aber erst dieser vierte Parteitag hat jedes letzte Gefühl der Fremdheit, des Nebeneinanderstehens beseitigt und die Ostern 1894 leiten eine neue Aera der intimsten Verschmelzung der gesamten österreichischen Sozialdemokratie mit der tschechoslawischen Arbeiterpartei ein. Wir dürfen mit Stolz sagen, dass das Problem gelöst ist: Einheit des Programms, Vereinbarung der Taktik, Autonomie in der Organisation.“

Es ist also ganz falsch, die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie so darzustellen, als habe es bis 1897 eine einheitliche Gesamtpartei gegeben, die erst durch den Wimberger-Parteitag in autonome nationale Parteien gegliedert worden sei. In Wirklichkeit war die tschechoslawische Sozialdemokratie schon vor Hainfeld, schon seit dem Brüner Parteitag 1887 ein autonomer Körper, schon seit dem Budweiser Parteitag 1893 hat sie eine wohlgegliederte feste Organisation, schon der Wiener Parteitag 1894 hat dieses Verhältnis sanktioniert. Die nationale Autonomie innerhalb der Gesamtpartei ist so alt wie die Gesamtpartei selbst.

Später als die Tschechen haben sich die Polen der österreichischen Gesamtpartei eingegliedert. Bis zum Jahre 1889 gab es in Galizien nur kleine Gruppen sozialistischer Studenten und Arbeiter. Sie hatten wenig Beziehungen zu der westösterreichischen Arbeiterbewegung, standen dagegen in engem Zusammenhang mit den sozialistischen Gruppen in Russisch-Polen und mit den flüchtigen polnischen Revolutionären in Paris, Brüssel, London und der Schweiz. In der Regel waren es dieselben Personen, die bald in Galizien, bald in Russisch-Polen, bald unter den Flüchtlingen in Westeuropa wirkten (Limanowski, Warynski, Mendelson und andere). Erst die Maifeiern von 1890 und 1891 führen breitere Massen des polnischen Proletariats in das Lager des Sozialismus. Seit dem Jahre 1891 nehmen die polnischen Genossen an den österreichischen Parteitagen teil. Am 31. Jänner 1892 tagte in Lemberg der erste polnische Parteitag**. Nach dem dritten österreichischen Parteitag (Wien, Juni 1892) organisieren sie sich als galizische Landesorganisation der österreichischen Sozialdemokratie. Aber diese Landesorganisation war von den deutschen Landesorganisationen sehr verschieden. Zunächst war ihre Tätigkeit nicht durch die Landesgrenzen beschränkt: es wurde ihr schon 1892 das Recht zugestanden, auch die polnischen Arbeiter in Schlesien zu organisieren. Sie war also schon damals nicht eine Landesorganisation, sondern eine nationale Organisation aller polnischen Sozialdemokraten in Oesterreich. Und diese Organisation hat über alle besonderen polnischen Fragen stets vollkommen frei entschieden. Sie hat enge Beziehungen zu den Sozialisten Russisch- und Preussisch-Polens aufrechterhalten. Nach der Spaltung des Sozialismus in Russisch-Polen ist sie — nicht ohne inneren Kampf — in ein Bundesverhältnis zu der einen der beiden streitenden Parteien getreten. Sie hat die Forderung nach der Wiederherstellung eines selbständigen polnischen Gemeinwesens unterstützt und auf den internationalen Sozialistenkongressen schon seit 1889 gemeinsam mit den Delegierten aus Preussisch- und Russisch-Polen die polnische Sektion gebildet. Ebenso hat sie über ihre Stellung zu den sozialen und politischen Strömungen unter den Ruthenen und unter den Juden in Galizien vollkommen frei entschieden. So bildete die polnische Sozialdemokratie tatsächlich schon seit 1892 eine autonome nationale Organisation innerhalb der

* „Arbeiter-Zeitung“ vom 2. und 5. Jänner 1894. — Beneš, a. a. O., Seite 119 bis 123.

** „Gleichheit“ vom 5. und 12. Februar 1892.

österreichischen Gesamtpartei*. Die sogenannte galizische Landesorganisation ist damals schon in Wirklichkeit eine autonome nationale Organisation der polnischen Genossen gewesen. Der Parteitag bei Wimberger hat der polnischen Partei nichts gegeben ausser ihrem Namen.

Dem Beispiel der Tschechen und der Polen folgten die Südslawen. Nachdem der Sozialismus in das slowenische Proletariat eingedrungen war, fand am 27. und 28. August 1896 in Laibach der erste südslawische Parteitag statt, der die südslawischen Organisationen in Steiermark und im Küstenland mit der Kreisorganisation Krain zu einer autonomen nationalen Partei verband**.

So hatten sich im Rahmen der Gesamtpartei die tschechoslawische, die polnische und die südslawische Partei entwickelt. Dadurch wurde die Organisation der Gesamtpartei tatsächlich umgestaltet. Die Parteivertretung war noch ein Organ der Gesamtpartei, sie hatte die Geschäfte der Gesamtpartei zu führen und es gehörten ihr daher auch Vertreter der tschechischen und der polnischen Organisationen an; aber überdies hatte sie auch die inneren Angelegenheiten der deutschen Organisationen zu verwalten, während die Tschechen, Polen und Südslawen ihre Angelegenheiten bereits durch besondere nationale Parteivertretungen verwalten liessen. Der österreichische Parteitag hatte über die Angelegenheiten der Gesamtpartei zu entscheiden und es waren daher auch die nichtdeutschen Organisationen vertreten; überdies hatte er aber auch die inneren Angelegenheiten der deutschen Organisationen zu besorgen, während die inneren Angelegenheiten der tschechischen, der polnischen und der südslawischen Organisationen von besonderen nationalen Parteitagen besorgt wurden. Parteivertretung und Parteitag hatten also doppelte Aufgaben: allgemeine Aufgaben für die Gesamtpartei und besondere Aufgaben für die deutschen Organisationen. Dieser Zustand war möglich, solange die nichtdeutschen Organisationen klein waren; je grösser sie wurden, desto stärker wurde das Verlangen der nichtdeutschen Genossen, dass die Organe der Gesamtpartei von der Verwaltung der besonderen deutschen Angelegenheiten befreit und auf die den Arbeitern aller Nationen gemeinsamen Aufgaben beschränkt werden. Schon auf dem vierten Parteitag (1894) erklärten die Tschechen, dass sie sich an der Beratung des Organisationsstatuts nicht beteiligen, weil dieses Statut nur für die deutschen Organisationen gelte, während die tschechoslawische Partei sich ihr Organisationsstatut auf ihrem eigenen Parteitag beschliesse. Auch auf dem folgenden Parteitag in Prag (1896) erklärten die Tschechen, die deutschen Genossen müssten sich ihre inneren Angelegenheiten selbst besorgen, wie die tschechischen Genossen dies bereits tun. In der Tat beschloss dieser Parteitag bereits, eine Gesamtvertretung der Partei einzusetzen, die aus den von den nationalen Parteien selbständig bestellten Exekutiven zusammengesetzt werden solle. Der Wimberger-Parteitag (1897) erfüllte schliesslich die Forderung der nichtdeutschen Genossen vollständig: er beschloss nämlich, dass die Gesamtexekutive und der Gesamtparteitag sich fortan nur mit den gemeinsamen Angelegenheiten befassen, die besonderen Angelegenheiten der deutschen Organisationen aber von einer besonderen deutschen Parteivertretung und einem besonderen deutschen Parteitag verwaltet werden sollen. Während bis 1897 die Organe der Gesamtpartei zugleich die besonderen Angelegenheiten der deutschen Organisationen verwalteten, wurde nunmehr die deutsche Partei in dasselbe Verhältnis zur Gesamtpartei gesetzt, in dem die tschechoslawische, die polnische und die südslawische Partei schon früher zur Gesamtpartei standen. Der Wimberger-Parteitag hat also nicht die tschechoslawische, nicht die polnische, nicht die südslawische Partei geschaffen, sondern nur — die deutsche. Besser gesagt: er hat der deutschen Partei ihre eigenen Organe gegeben, während

* Zegota (Deckname des Genossen Daszynski), „Krotka historia rozwoju partji socjalistycznej w Galicyi“. Lemberg 1894. — Feldman, „Stronnictwa i programy polityczne w Galicyi“. Krakau 1907. Seite 85 ff. — Oesterreichische Parteitagsprotokolle: Hainfeld (1888), Seite 29; Hotel Union (1891), Seite 35; Drei Engel-Säle (1892), Seite 135; Schwender (1894), Seite 40. — Res, „Dzieje ruchu socjalistycznego w zaborze rosyjskim“. Warschau 1910. Seite 378 bis 383.

** Oesterreichische Parteitagsprotokolle: Wimberger (1897), Seite 32, Brünn (1899), Seite 35.

früher die Organe der Gesamtpartei zugleich auch die deutschen Angelegenheiten verwalteten.*

Die einheitliche politische Organisation der österreichischen Sozialdemokratie vor 1897 ist also ein Märchen, aus unzureichender Kenntnis der geschichtlichen Tatsachen entstanden. Sobald unter Tschechen, Polen, Südslawen der Sozialismus entstanden war, hatten sie autonome nationale Parteien begründet. Die deutschen Genossen hatten dies nur darum nicht getan, weil die deutschen Organisationen die überwiegende Mehrheit der Gesamtpartei bildeten, die Organe der Gesamtpartei also zugleich auch die besonderen deutschen Angelegenheiten verwalten konnten. Sobald aber die nichtdeutschen Organisationen erstarkt waren, wurde auch die deutsche Sozialdemokratie als autonome nationale Sektion der Gesamtpartei konstituiert und die Gesamtpartei wurde nun auch in der Form ihrer Organisation, was sie im Wesen immer gewesen war: ein Bund der Arbeiterparteien aller Nationen Oesterreichs. „Das Werk des Wimberger-Parteitag es war nicht die Trennung, sondern die organische Föderation der sozialdemokratischen Arbeiterparteien der verschiedenen Nationen.“** Und diese Bundesverfassung der Partei hat sich bis 1905 vortrefflich bewährt. Erst der Versuch, die den Bedürfnissen der Partei angemessene Organisation auch den Gewerkschaften aufzudrängen, hat Hader in die Gesamtpartei getragen und sie schliesslich gesprengt***.

Die nationale Autonomie in der Partei.

Die Geschichte der Gesamtpartei hat uns gezeigt, wie tief im Mutterboden der österreichischen Sozialdemokratie die Autonomie ihrer nationalen Sektionen wurzelt. Unsere Gesamtpartei war niemals eine einheitliche Organisation; sie war nie etwas anderes als ein enger Bund der Arbeiterparteien der einzelnen Nationen. Sie kann auch heute, auch in absehbarer Zukunft nichts anderes sein.

Das hören freilich viele unserer Genossen nicht gerne. Seitdem der tschechische Separatismus im Namen der nationalen Autonomie die Gewerkschaften zerrissen, die Gesamtpartei zersetzt, der Arbeiterklasse schweren Schaden zugefügt hat, wittern unsere Genossen nun überall Gefahr, wo von Nation und nationaler Autonomie die Rede ist. Aber so gut wir solche Stimmung begreifen, so sagt doch jede nüchterne Erwägung der Tatsachen, dass die erste Voraussetzung der Wiederherstellung unserer Gesamtpartei die Anerkennung der Autonomie ihrer nationalen Sektionen ist.

Ob die Gesamtpartei wieder zu einem lebensfähigen Körper wird, hängt ja nicht nur von uns Deutschen ab — an unserem Eifer wird es ihr gewiss nicht fehlen. Aber die Gesamtpartei braucht nicht nur uns und die tschechischen Zentralisten; sie bedarf auch der freudigen Zustimmung der Polen und der Ruthenen, der Südslawen und der Italiener. Wer nicht durch radikal schillernde Redewendungen wohlfeilen Beifall erwerben, sondern ernst und gewissenhaft sich um die Wiederherstellung der Gesamtpartei bemühen will, muss also vor allem fragen, unter welchen Bedingungen unsere kleineren Bruderparteien sich der Gesamtpartei eingliedern können. Und unter diesen Bedingungen steht die nationale Autonomie in der politischen Organisation unzweifelhaft an erster Stelle. Die Beschlüsse der letzten Parteitage unserer Genossen — derselben Parteitage, die den gewerkschaftlichen Separatismus entschieden abgelehnt haben! — sagen dies sehr deutlich. So beschloss der südslawische Parteitag in Laibach:

„Die südslawische Sozialdemokratie steht unerschütterlich auf dem Boden der politischen Autonomie und der internationalen Solidarität...“†

* Oesterreichische Parteitageprotokolle: Schwender (1894), Seite 111; Prag (1896), Seite 93 bis 131, 157 bis 165, 166 bis 169; Wimberger (1897), Seite 110 bis 136, 164 bis 174.

** Bauer, „Die Nationalitätenfrage und die Sozialdemokratie“. § 32.

*** Die Geschichte der Gesamtpartei nach dem Wimberger-Parteitag ist hier nicht darzustellen. Nur der Vollständigkeit halber bemerken wir, dass die italienische und die ruthenische Partei erst nach dem Wimberger-Parteitag konstituiert wurden. Ueber die ruthenische Partei siehe: Lewinskyj, „Das erste Jahrzehnt der ukrainischen Sozialdemokratie“. „Der Kampf“, III. Jahrgang, Seite 314.

† „Arbeiter-Zeitung“ vom 29. Mai 1912.

Ebenso der ruthenische Parteitag in Lemberg:

„Der Parteitag erklärt, dass der einzige Weg zur Beseitigung dieser Krisis die Vereinigung und Verbrüderung aller österreichischen Parteien ist mit gleichzeitiger Wahrung ihrer nationalen Autonomie.“*

Die Polen brauchten dies in ihrer Resolution nicht erst zu sagen; in den Verhandlungen ihres Parteitages wurde die nationale Autonomie der politischen Organisation als selbstverständlich vorausgesetzt**.

Es ist unbillig, in dem Verlangen unserer jüngeren Bruderparteien nach nationaler Autonomie separatistische Gesinnung zu suchen. Die erste Voraussetzung internationalen Zusammenwirkens ist, dass jede nationale Gruppe sich redlich bemüht, die Bedürfnisse der Genossen anderer Nationalität aus den Bedingungen ihres Wirkens zu begreifen. Tun wir dies, dann werden wir verstehen, warum unsere polnischen und südslawischen, ruthenischen und italienischen Genossen die Autonomie ihrer politischen Organisationen eifersüchtig bewachen, obwohl sie in der Gewerkschaft den Separatismus ablehnen.

Für uns Deutsche ist es ja leicht, auf die Autonomie unserer Organisationen zugunsten der Gesamtpartei zu verzichten. Denn in der Gesamtpartei bilden wir Deutsche die Mehrheit — heute, nach dem Ausscheiden der Tschechoslawen eine gewaltige Mehrheit. Wir brauchen also nicht zu befürchten, in der Gesamtpartei überstimmt zu werden. Anders unsere kleineren Bruderparteien. Jede von ihnen bildet innerhalb der Gesamtpartei eine Minderheit. Und jede von ihnen hat ein gewichtiges Interesse an besonderen, ihr eigentümlichen Fragen, die den deutschen Arbeitern fremd sind. Es ist daher für unsere Bruderparteien eine bedeutsame Frage, ob sie auch die Entscheidung solcher Angelegenheiten der deutschen Mehrheit der Gesamtpartei überlassen können.

Ein Beispiel soll uns die Schwierigkeit klarmachen. Unsere slowenischen Genossen beschäftigen sich in jüngster Zeit sehr eifrig mit der südslawischen Frage. Die Geschichte hat die Südslawen zerrissen in drei Nationen (Slowenen, Kroaten, Serben), gespalten in drei Religionsgemeinschaften (Katholiken, Orthodoxe, Mohammedaner), aufgeteilt auf zwei selbständige, aber machtlose Zwergstaaten (Serbien, Montenegro) und vier von der Bourgeoisie anderer Nationen beherrschte Staatsgebilde (Oesterreich, Ungarn, Bosnien, Türkei). Es entsteht nun jetzt in den südslawischen Ländern eine starke Strömung, deren Ziel es ist, die Südslawen zu einigen: ihnen eine gemeinsame Schriftsprache zu geben (wie die deutschen Stämme trotz der Verschiedenheit ihrer Mundarten eine gemeinsame Schriftsprache haben) und sie in einem Staatsgebilde zu vereinen (wie die italienischen Länder, einst nicht weniger zersplittert als heute die südslawischen, zu einem Staate vereinigt worden sind). Wie soll sich nun die südslawische Sozialdemokratie zu diesen Bestrebungen verhalten? Das ist eine Frage, die nicht etwa nur im Programm unserer südslawischen Genossen beantwortet werden müsste, die vielmehr in ihrer ganzen Ideologie, in ihrem Verhältnisse zu den südslawischen bürgerlichen Parteien, in ihrer täglichen Praxis ihre Antwort findet. Nun kann man diese Frage verschieden beantworten. Die einen meinen, das Proletariat müsse „der Vorkämpfer der Idee der Vereinigung der Südslawen und der Konstituierung der einheitlichen südslawischen Nation“ sein. Der lehrreiche Aufsatz des Genossen Demetrović, den wir im letzten Heft des „Kampfes“ veröffentlicht haben, begründet diese Forderung***. Die anderen werden antworten, das sei unziemlicher „Sozialpatriotismus“, der die Entwicklung des Klassenbewusstseins der Arbeiter erschwere, sie in allzu enge Beziehung zu der nationalen Bourgeoisie setze. „Von einem in den wirtschaftlichen Interessen, in der materiellen Lebenslage begründeten Willen, sich als Nation gegenüber anderen Nationen zu konstituieren, kann beim Proletariat keine Rede sein.“ So werden wir eben jetzt von Genossen Pannekoek belehrt†. Wer soll diesen Streit schlichten? Kann die deutsche Mehrheit eines Gesamtparteitages den Südslawen vorschreiben, wie

* „Arbeiter-Zeitung“ vom 8. Dezember 1911.

** „Arbeiter-Zeitung“ vom 19. Dezember 1911.

*** Demetrović, „Die Entwicklung der südslawischen Frage“. „Der Kampf“, V. Band, Seite 549 f.

† Pannekoek, „Klassenkampf und Nation“. Reichenberg 1912. Seite 23.

sie sich zu der südslawischen Frage verhalten sollen? Aber wie, wenn die Mehrheit des Gesamtparteitages anders dächte als die Mehrheit der südslawischen Genossen selbst? Wenn zum Beispiel der Gesamtparteitag sich der Ansicht des Genossen Pannekoek anschliesse, während die Mehrheit der südslawischen Genossen die Forderung des Genossen Demetrović berechtigt fände? Würde in solchem Falle in unserem, von nationalen Leidenschaften erfüllten Lande die Mehrheit des Gesamtparteitages dem Verdachte entgehen, dass sie, als sie ihr Urteil fällte, unbewusst unter dem Einflusse deutsch-nationaler oder österreichisch-patriotischer Erwägungen stand? Könnten die südslawischen Genossen ihr Verhalten zu der Lebensfrage ihrer Nation wider ihre eigene Ueberzeugung nach dem Geheiss einer deutsch-tschechisch-polnischen Parteitagsmehrheit gestalten?

Gewiss ist auch die südslawische Frage ein Problem nicht der Südslawen allein. Sie wird vielleicht einmal die ganze Internationale beschäftigen, wie einst die deutsche, die italienische, die polnische Frage die alte Internationale beschäftigt haben. Gewiss ist es insbesondere in Oesterreich die Pflicht der Gesamtpartei, sich auch mit den nationalen Fragen zu befassen und sich um eine Verständigung zwischen den einzelnen nationalen Parteien auch über solche Gegenstände zu bemühen. Gewiss ist es wünschenswert, dass auch deutsche Genossen die nationalen Fragen unserer Bruderparteien studieren, in ihre Diskussionen eingreifen, eine Verständigung über sie herbeizuführen trachten. Aber durch blossen Mehrheitsbeschluss eines Gesamtparteitages solche Fragen zu entscheiden, Südslawen oder Polen oder Ruthenen vorzuschreiben, wie sie sich zu den grossen Fragen ihrer Nationen zu verhalten haben, ist schlechthin unmöglich. Wo eine Verständigung nicht möglich ist, muss das Proletariat jeder Nation sein Verhalten selbst bestimmen.

Wir haben ein Beispiel aus dem Leben unserer südslawischen Partei gewählt. Es gibt nicht minder wichtige Fragen auch im Leben aller anderen Nationen. Jeder Versuch, solche Fragen durch den Beschluss einer Mehrheit des Gesamtparteitages zu entscheiden, würde unvermeidlich nur zur Sprengung der Gesamtpartei führen. Und weil die Entscheidung solcher Fragen in der ganzen täglichen Praxis unserer Bruderparteien ihren Ausdruck findet, verstehe ich sehr wohl, dass sie auf die nationale Autonomie innerhalb der Gesamtpartei nicht verzichten können.

Nun sagen die Separatisten freilich, dass also auch die Gewerkschaften national gegliedert werden müssten. Und wenn die Separatisten mit der Notwendigkeit der nationalen Autonomie in der politischen Organisation die nationale Spaltung der Gewerkschaften begründen, so schliessen umgekehrt viele deutsche Genossen, die Notwendigkeit einheitlicher internationaler Gewerkschaften beweise auch die Notwendigkeit einer einheitlichen internationalen Partei, in der den nationalen Gruppen nicht zu viel Selbständigkeit gelassen werden dürfe. Die so denken, übersehen, dass jede Organisation ihren besonderen Aufgaben angepasst werden muss. Man kann nicht die Verfassung eines Staates zum Organisationsstatut einer Partei machen; ebensowenig kann man eine Organisation, die den Bedürfnissen einer politischen Partei entspricht, den Gewerkschaften aufzwingen. Mit all den Aufgaben, die die nationale Autonomie in der Partei notwendig machen, haben die Gewerkschaften gar nichts zu schaffen. Die Gewerkschaften gliedern sich naturgemäss in Berufs- und Industrieverbände; darum wird doch niemandem einfallen, auch die politische Organisation in Berufsgruppen aufzulösen. Die Partei gliedert sich ebenso naturgemäss in nationale Gruppen; es ist töricht, darum auch die Gewerkschaften in nationale Organisationen auflösen zu wollen. Verschiedene Aufgaben erfordern stets verschiedene Organisationsformen.

In der Tat hat sich die gewerkschaftliche Organisation in Oesterreich ganz anders entwickelt als die politische. Hand in Hand mit der Verselbständigung der nationalen Parteien ging die Zentralisierung der Gewerkschaften. In der Zeit, in der die Tschechen (1887) und die Polen (1892) sich ihre autonomen Organisationen schufen, begann die Umwandlung der lokalen Fachvereine in Landesvereine. In die Zeit, in der der Budweiser Parteitag die tschechischen Organisationen zu einem autonomen Körper zusammenschloss (1893), fällt die Vereinigung der Landesvereine zu Reichsverbänden. Der schliesslichen Durchführung der nationalen Autonomie in der Gesamtpartei (1897) folgt die Umbildung der Reichsverbände in Reichsvereine. Allerdings hat die tschechoslawische

Partei in diese Entwicklung störend eingzugreifen gesucht. Schon auf ihrem Brüner Parteitag 1896 wurde um die Frage gekämpft, ob die nationale Gliederung der Partei nicht auch die nationale Teilung der Gewerkschaften zur Folge haben müsse. Aber die Forderungen der Tschechen wurden auf dem Gewerkschaftskongress 1896 sehr wesentlich eingeschränkt und auch die Errichtung der Prager Gewerkschaftskommission (1897) hat die Zentralisierung der Gewerkschaften zunächst nicht verhindert. Bis zum Jahre 1905 schritt die Zentralisierung der gewerkschaftlichen Organisationen rüstig fort; erst dieses Jahr brachte die Wendung. Nun begann die Spaltung der internationalen Reichsvereine*. Die nationale Spaltung der Gewerkschaften ist also ganz anders zu beurteilen als die nationale Autonomie in der Partei. Dass es jemals eine einheitliche internationale politische Organisation gegeben habe, ist eine Fabel; in der Partei war die Autonomie von Anfang an anerkannt. In der Gewerkschaft dagegen hatten in der Tat internationale Reichsorganisationen bestanden, sie hatten sich Hand in Hand mit den autonomen nationalen Parteien entwickelt und sind erst später zerstört worden.

Trotzdem wollen wir nicht leugnen, dass die politische und die gewerkschaftliche Organisation einander beeinflussen. Wenn die nationalen Parteien, aus denen sich die Gesamtpartei zusammensetzt, sich immer weiter voneinander entfernen und wenn sie die nationalistische Irrlehre vom Proletariat nicht fernzuhalten wissen, dann ist das vom Nationalismus verseuchte Proletariat freilich nicht imstande, in der Gewerkschaft die notwendige internationale Einheit zu erhalten. Die Gewerkschaften haben also gewiss ein starkes Bedürfnis nach einer kraftvollen internationalen Gesamtpartei. Aber wir würden dem Wiederaufbau einer solchen Gesamtpartei nur im Wege stehen, wenn wir unerfüllbare Forderungen an sie stellten.

Vergessen wir nicht, dass Widerstände zu überwinden sein werden, ehe wir zur Wiederherstellung der Gesamtpartei gelangen! In der polnischen und in der südslawischen Sozialdemokratie gibt es Genossen, die gegen die Wiederherstellung der Gesamtpartei mit Ausschluss der Separatisten Bedenken haben. Die einen haben Sympathien für die Separatisten. Die anderen wollen es wenigstens vermeiden, durch ein festes Bündnis mit uns in dem Streit Partei zu ergreifen. Wieder andere fürchten, in einer Gesamtpartei, die die Tschechoslawen nicht einschliesst, könnte das Uebergewicht der Deutschen zu gross sein, die anderen Parteien würden von der deutschen Partei abhängig werden. Schliesslich fürchten manche den Vorwurf der bürgerlichen Gegner, dass sie sich wieder der „deutschen Führung“ unterworfen hätten, während die Tschechoslawen sich von ihr so glorreich befreit. Alle diese Widerstände würden gestärkt, wenn die kleineren Parteien Grund hätten zu fürchten, dass die Gesamtpartei ihre Autonomie beschränken werde. Wollen wir die Gesamtpartei wieder beleben, dann müssen wir unseren Bruderparteien die Gewähr geben, dass ihre Individualität und ihre Autonomie im Rahmen der Gesamtpartei nicht beeinträchtigt werden. Darum glaube ich besser als ein volkstümlicher, aber von Sachkenntnis nicht beschwerter Radikalismus für die Sache der Gesamtpartei zu wirken, wenn ich vor allzu überschwänglichen Forderungen an sie warne.

Unsere Gesamtpartei war bis zum Jahre 1905 ein kraftvoller Körper, obwohl sie nicht erst seit 1897, sondern schon vom Tage ihrer Geburt an in autonome nationale Parteien gegliedert war. Auch die neue Gesamtpartei, die wir schaffen wollen, kann zu einem mächtigen Gebilde werden, ohne das Eigenleben ihrer nationalen Glieder einzuschnüren.

Die Wiederherstellung der Gesamtpartei.

Der Genosse Strasser ist sehr stolz darauf, dass er „die rücksichtsloseste Bekämpfung des Separatismus“ schon damals predigte, als wir noch „die separatistischen Wildlinge mit sanft überredender Bitte auf den rechten Weg bringen zu können glaubten“**. Wir gönnen ihm sonder Neid diesen Ruhm. Wir ziehen es vor, unter denen gewesen zu sein, die, solange nur die kleinste Friedenshoffnung noch bestehen konnte, kein Mittel

* Deutsch, „Geschichte der österreichischen Gewerkschaftsbewegung“. Wien 1908. Seite 179 ff., 190 ff., 223 ff., 256 f., 280 ff.

** Strasser, „Der Arbeiter und die Nation“. 2. Auflage. Reichenberg 1912. Seite 71.

unversucht liessen, der Arbeiterschaft den mörderischen Bruderkampf zu ersparen. Heute freilich sind alle Mittel der Friedensstiftung erschöpft. Heute wissen wir, dass die Gesamtpartei nur noch mit Ausschluss der Separatisten bestehen kann. Zwar ist es auch heute noch unser Wunsch, dass die Wiedervereinigung der beiden tschechischen Parteien und mit ihr die Eingliederung der tschechoslawischen Sozialdemokratie in die Gesamtpartei recht bald möglich werden. Aber auch wir sind überzeugt, dass wir uns diesem Ziele nunmehr nicht anders nähern können als dadurch, dass wir die tschechoslawische Partei ihrer selbst gewählten Vereinsamung überlassen, alle sozialistischen Kräfte ohne sie und gegen sie vereinigen und ohne unwürdige Bemühungen um die Neigung derer, die den Bund mit uns zerrissen haben, ruhig den Tag abwarten, an dem die Separatisten erkennen werden, dass ihr Bedürfnis nicht weniger als das unsere die Vereinigung der Proletarier aller Nationen heischt. Solange diese Erkenntnis im tschechoslawischen Lager nicht obsiegt, muss die tschechoslawische Partei ausserhalb der Gesamtpartei bleiben. Und wie sie haben auch die ruthenischen Sezessionisten und — solange sie sich der polnischen Partei nicht eingliedern — die jüdischen Separatisten in Galizien in der neuen Gesamtpartei keinen Raum.

Die neue Gesamtpartei kann also nur diejenigen Parteien umfassen, welche heute in der Gesamtexekutive vertreten sind. Die Gesamtexekutive, das letzte Organ der alten Gesamtpartei, das uns noch geblieben ist, kann zum ersten Werkzeug für den Aufbau der neuen Gesamtpartei werden.

Wie wird heute die politische Aktion der Arbeiterklasse in Oesterreich geleitet? Wie war es zum Beispiel bei der Teuerungsaktion? Die deutsche Partei hat den Demonstrationstag und das Ziel der Demonstration festgesetzt, ohne unsere Bruderparteien zu fragen. Die anderen Parteien schlossen sich uns aber an; sie demonstrierten an demselben Tage für dasselbe Ziel. Ebenso bei anderen Aktionen. Wenn wir einmal für das Frauenwahlrecht, ein anderes Mal zur Abwehr neuer Steuerpläne, ein drittes Mal zum Kampf um den Arbeiterschutz die Massen in den Versammlungssaal oder auf die Strasse rufen, ist es in der Regel so, dass die deutsche Partei nach ihrem eigenen Ermessen vorausgeht, die kleineren Bruderparteien sich ihrer Aktion anschliessen. Dieser Zustand entspricht jedoch weder unserem Interesse noch dem unserer Bruderparteien. Es ist das gute Recht unserer Bruderparteien, mit uns zu beraten und zu beschliessen, ehe wir gemeinsam handeln. Und es ist unser Wunsch, dass jede gemeinsame internationale Aktion auch äusserlich als gemeinsam, international erscheine. Darum muss die Leitung aller Kämpfe der österreichischen Arbeiterschaft für gemeinsame politische und wirtschaftliche Klasseninteressen von der Gesamtexekutive übernommen werden. Sie soll die grossen Aktionen beschliessen, ihnen Ziel und Wege weisen, die Manifeste unterzeichnen, die Resolutionen beantragen. Die nationalen Parteivertretungen werden darum an Bedeutung nicht einbüssen. Ihre Sorgen sind Organisation, Presse, Parteiliteratur; ihnen obliegt die Beschäftigung mit nationalen Angelegenheiten, mit lokalen und Landesfragen. Aber was die Arbeiterklasse des ganzen Reiches angeht, ist die Sache der Gesamtexekutive. Auch die Ausgabe der Parole für die jährliche Maifeier, die Vorbereitung des internationalen Kongresses, die Unterstützung der Kämpfe unserer Genossen im Ausland (zum Beispiel Ungarn, Kroatien, Russland), gemeinsame Kundgebungen mit ausländischen Parteien gegen die Kriegshetze — auch solche und ähnliche Aufgaben obliegen der Gesamtexekutive. Wollen wir wieder zu einer kraftvollen Gesamtpartei kommen, müssen wir vor allem der Gesamtexekutive neues Leben einflössen. Es ist darum die Aufgabe der deutschen Parteivertretung, die Gesamtexekutive möglichst oft einzurufen, alle Aktionen, die die deutsche Partei plant, der Gesamtexekutive mitzuteilen und, wenn unsere Bruderparteien sich an diesen Aktionen beteiligen wollen, der Gesamtexekutive die Führung zu überlassen. So wird an die Stelle des unorganisierten Zusammenwirkens organisierte gemeinsame Arbeit treten.

Aehnlich im Parlament. Der Sozialdemokratische Verband ist seit den Neuwahlen in drei Klubs zerfallen: den deutschen, den tschechoslawischen und den polnischen*.

* Die italienischen Genossen und der ruthenische Genosse Wityk sind dem deutschen Klub, der tschechische Zentralist Cingr ist dem polnischen Klub beigetreten.

Das anfangs versuchte Zusammenwirken mit dem tschechoslawischen Klub hat sich als unmöglich erwiesen. Dagegen verrichten der deutsche und der polnische Klub die parlamentarische Arbeit tatsächlich in allerengster Gemeinschaft. Hier handelt es sich nur darum, auch nach aussen sichtbar zu machen, was tatsächlich schon besteht: das Zusammenwirken der beiden Klubs (bei voller Wahrung ihrer Autonomie in nationalen und Landesfragen) durch ihre Vereinigung in einem Verbande oder wenigstens durch die Einsetzung einer gemeinsamen, aus Vertretern aller Nationen zusammengesetzten Exekutive zu organisieren. Eine solche Vereinigung böte beiden Klubs auch parlamentarische Vorteile. Wichtiger wäre, dass sie sehr viel dazu beitragen würde, das Bewusstsein der internationalen Einheit in den Arbeitermassen zu festigen.

Erst wenn durch die Neubelebung der Gesamtexekutive und durch das organisierte Zusammenwirken der sozialdemokratischen Abgeordneten der Glaube an die Möglichkeit und Notwendigkeit einer kraftvollen Gesamtpartei gestärkt sein wird, wird es schliesslich möglich sein, auch den letzten und entscheidenden Schritt zu tun: einen Gesamtparteitag einzuberufen, der der Gesamtpartei ein neues Organisationsstatut geben soll. Wenn selbst der Gesamtparteitag so manche Frage nicht zu lösen, so manchen Streit nicht zu schlichten vermöchte, so würde doch die Tatsache, dass endlich wieder Vertreter des Proletariats aller Nationen des Reiches zusammentreten, die internationale Ueberzeugung der Arbeiterklasse kräftigen und das Selbstbewusstsein der Arbeiter stärken.

Das also scheint uns der einzig gangbare Weg zur Wiederherstellung der Gesamtpartei zu sein. Zuerst Neubelebung der Gesamtexekutive, dann organisierte Verbindung des deutschen und des polnischen Klubs im Abgeordnetenhaus, schliesslich Einberufung eines Gesamtparteitages. Wir werden diesen Weg nicht in kurzer Zeit zurücklegen, denn die Widerstände, die nicht fehlen werden, kann nur bedächtiges, schrittweises Vorgehen beseitigen. Aber eben darum gilt es, für die Wiederherstellung der Gesamtpartei zu agitieren. Und dazu bietet der deutsche Parteitag die würdigste Stätte. Wenn die deutsche Arbeiterklasse unseren Bruderparteien, die in der ganzen Zeit des Separatistenstreites treu zu unserer gemeinsamen Sache gestanden sind, die Bruderhand bietet, werden sie ihren Händedruck nicht verschmähen. Sie werden sich um so freudiger mit uns vereinigen, wenn sie wissen, dass uns ihre nationale Individualität und ihre nationale Autonomie so kostbar sind wie unsere eigene. So kann uns der heurige deutsche Parteitag um einen Schritt dem Ziele näher bringen: „die Synthese zu finden zwischen nationaler Autonomie und zentralistischer Zusammenfassung, die Synthese jener Prinzipien, die beide gleich notwendig sind für den Kampf des Proletariats, von denen jedes für sich allein“, wie Karl Kautsky sagt, „ungenügend, ja verderblich wirken kann.“*

Reinhard Tittel (Aussig): Mehr Demokratie!

Der Parteitag von Reichenberg hat unsere politische Organisation ein gutes Stück vorwärts gebracht. In der Debatte wurden alle Probleme der Organisation eingehend erörtert, so dass die Hoffnung berechtigt war, die nächste Reorganisation werde uns bringen, was Reichenberg versprach: die obligatorischen politischen Vereine. Doch waren die Meinungen noch so verschieden, dass es einleuchten musste, diese Idee werde erst durchzusetzen sein, wenn sie sich in den Köpfen der Genossen richtig geklärt haben werde.

Wie es scheint, hat sich eine in Innsbruck eingesetzte Kommission die Debatte des Reichenberger Parteitages zur Richtschnur genommen, denn wir finden in dem von ihr herausgegebenen neuen Statutenentwurf erfreulicherweise den politischen Verein als obligatorische Grundlage der Parteiorganisation festgelegt. So bricht sich die Entwicklung Bahn.

* Kautsky, „Nationalität und Internationalität“. „Neue Zeit“, XXVI. Jahrgang, 1. Band. Ergänzungsheft, Seite 35.

Die neue Organisationsform muss vor allem die breite Masse der Parteigenossen zu einem höheren Grad von Selbständigkeit im Denken und Handeln erziehen, da die heutige Arbeitsteilung in den Organisationen grösserer Orte eine solche ist, dass zwischen jenen Genossen, die keine Funktionäre sind, und dem Lokalausschuss eine zu gewaltige Lücke klafft, die nur notdürftig durch die Sektionsvertrauensmänner ausgefüllt wird.

Nicht nur die Grundlage der Organisation, sondern auch die Grundlage der Erziehung kann nur der politische Verein sein, der allein es ermöglicht, alle begabten und regsamen Elemente in den Dienst der Organisation zu spannen. In den kleineren Orten trifft dies weniger zu; doch zehren und leben diese heute geistig von den Städten. Sie beziehen ihre Referenten aus der nahen Stadt, trachten in organisatorischer Beziehung den Städten nachzueifern; die Genossen der Dörfer suchen an Sonntagen die Geselligkeit jener Städter, die sich nach einem Spaziergang in der frischen Landluft in einer Wirtschaft niederlassen. Der Meinungs-austausch kann auch hier nur dann fruchtbringend wirken, wenn dem Städter eine planmässige politische Bildung zuteil geworden ist.

Man kann die gegenwärtige Organisation in den Städten betrachten von welcher Seite man wolle, zu einer systematischen Schulung der Geister und einer planmässigen, allseitigen Ausbildung der Genossen taugt sie nicht. Es fehlt in erster Linie der direkte Zusammenhang. Der Tätigkeitsbereich des Genossen ist die Sektion. Was darüber hinaus geht, was in anderen Sektionen oder gar in der „Lokale“ geschieht, entzieht sich seiner Einflussphäre. Was dort vorgeht, vernimmt er nur durch den Bericht des Sektionsvertrauensmannes. Er kann nicht mitwirken an dem, was die Organisation seines Wohnorts tut, er kann keine Kritik üben, wenn gelegentlich einmal eine kleine Entgleisung der Vertrauensmänner erfolgt, ausser in der Sektionsversammlung, wo er aber die Schuldigen nicht zur Rechenschaft ziehen kann. So ist es psychologisch erklärlich, dass wir an einem Uebel kranken, das in vielen Orten zum charakteristischen Merkmal geworden ist. Es will bald kein Genosse mehr ein gewöhnlicher Soldat, sondern es will jeder, der sich in der Organisation betätigt, ein Offizier, zumindest ein Unteroffizier sein. Keinem ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen zu verübeln; stets vor die fertige Tatsache gestellt zu werden, einem Werkzeug gleich das vollziehen helfen zu sollen, was andere beschlossen haben, ist vielen zu starker Tabak. Selbst die straffste Disziplin hat ihre Grenzen. Wenn jede prinzipielle Betätigung an das Amt eines Vertrauensmannes geknüpft ist, ist es kein Wunder, wenn alle Augen darauf schielen; die Folge davon ist, dass sich in den Köpfen der Genossen Keime zur stillen Resignation entwickeln, die schliesslich zur Arbeitsunlust führen, weil der natürliche Betätigungsdrang durch den Partikularismus der Sektionen sowie durch die nur indirekte Vertretung in der leitenden Organisation, der Lokale, geradezu erdrosselt wird. Weder das gute Zureden jener Genossen, die die Organisation hochhalten, noch schöne Vorträge vermögen jene wieder aufzurichten, die von dieser Krankheit einmal befallen sind.

Im politischen Verein kann und muss sich die Sachlage gründlich ändern. Wenn auch in diesem die Vertrauensmänner in ihrer Eigenschaft als Vorstandsmitglieder beschliessen, so steht doch in der Parteiversammlung jedem Parteigenossen der Weg offen, die verantwortlichen Leiter des Vereines zu interpellieren, fehlerhafte Beschlüsse, die sich nach sachlicher Prüfung wirklich als solche ergeben, zu berichtigen, in dringenden Angelegenheiten selbst die Initiative zu ergreifen. Gleiches Recht für alle und gleicher Anteil für alle an den Parteigeschäften! Wohl bleibt die Leitung dem Vereinsausschuss. Aber jeder Genosse — auch wer nicht Vertrauensmann ist — muss selbst die Gelegenheit haben, ihn mit zu wählen, und er muss der Mitgliederversammlung verantwortlich sein. Nur eine solche Grundlage bietet die Gewähr, dass das Vertrauen der breiten Massen zur Organisation gefestigt wird und erhalten bleibt. Sobald jedem Genossen die Möglichkeit gegeben sein wird, selbst in die Speichen des Rades mit einzugreifen, wird auch das Misstrauen schwinden, das heute nur zu oft im stillen gedeiht; und was das wichtigste ist, in geistiger Beziehung eröffnen sich der Partei neue

Möglichkeiten. Alle im Parteikörper schlummernden intellektuellen Fähigkeiten, ihrer heutigen Fesseln entbunden, werden sich von selbst in den Dienst der Parteiorganisation stellen. Auch die Opferwilligkeit dürfte steigen, sobald es jedem Vereinsmitglied ermöglicht wird, die Ausgaben zu prüfen und ihnen seine Genehmigung zu erteilen.

Beispiele finden wir hierfür in den reichsdeutschen Bruderorganisationen, besonders in Hamburg und Bremen, wo den Vereinsmitgliedern in budgetärer Beziehung die grössten Rechte eingeräumt sind. Gerade dort finden wir die höchsten Beiträge! Dabei darf aber auch nicht übersehen werden, dass dort die Vereinsversammlungen (ausser dem Minimum, das der Parteitag als Reichsparteibeitrag festsetzt) die Höhe der Beiträge selbst bestimmen. Dort finden wir aber auch, was wir bei uns in Oesterreich vom politischen Verein erwarten, nämlich dass das durchschnittliche geistige Niveau der Parteigenossen auf einer Höhe steht, die für uns erst unser Ideal ist. Die geistigen Kämpfe der dortigen Parteiversammlungen, die bei uns nur zu oft als Ergebnisse überreizter Leidenschaften aufgefasst werden, sind ein ausgezeichnetes Erziehungsmittel. Was wir dort wahrnehmen — Heftigkeit des Temperaments, gepaart mit objektiver Sachlichkeit — es ist die Konsequenz einer gesunden Parteientwicklung. Das Territorium einer Stadt ist dort so gut wie bei uns in Sektionen — Distrikte, wie es dort heisst — eingeteilt; aber als ihr Ueberbau erhebt sich der politische Verein. Den Distrikten wird in der Regel keine andere Aufgabe zugeteilt als die, den Wahlkataster in Evidenz zu halten, bei Wahlen als Apparat in Funktion zu treten und die Kleinarbeiten zu verrichten, wie Flugzettel zu verbreiten u. s. w. Alles andere ist Sache des Vereinsvorstandes und der Parteiversammlung.

Zu den vielen Tugenden der reichsdeutschen Bruderorganisationen, die wir nachzuahmen bestrebt sein müssen, gehört auch das lebhafteste Interesse für den Parteitag. Bei uns in Oesterreich bleibt derselbe eine Angelegenheit, der ausser den Vertrauensmännern die Masse teilnahmslos gegenübersteht. Woran mag das wohl liegen? Die Antwort dürfte nicht fehlgegriffen sein, wenn man behauptet: die Indolenz liegt wieder nur an dem gegenwärtigen indirekten Vertretungssystem, das in 90 von 100 Fällen die Wahl der Delegierten sowie die Stellungnahme zum Parteitag nur den Vertrauensmännern in die Hände legt. Im Gegensatz zu uns wird jenseits der schwarz-gelben Grenzpfähle in der Parteiversammlung, die allen Parteimitgliedern offensteht, der Parteitag zum Gegenstand der leidenschaftlichsten Diskussion gemacht.

Keine andere Form der Parteiorganisation ist geeigneter, das Interesse der Genossen an der Organisation wachzurufen und in steter Spannung zu halten, wie der demokratisch verwaltete politische Verein. Der Umschwung, der uns winkt, kann auch auf die Ortsgruppen der Gewerkschaftsorganisationen nicht ohne Einfluss bleiben. Denn die Erfahrung lehrt, dass in jedem Ort der Geist der Partei und der Gewerkschaft zugleich und in einem Tempo steigt und fällt. Die Kräfte, die in der Parteiorganisation wirken, wirken mit wenigen Ausnahmen auch in den Gewerkschaften.

Was das flache Land betrifft, geben wir uns keinen Illusionen hin. Der politische Verein wird dort an den gegenwärtigen Verhältnissen wenig ändern; aber für die Städte und grösseren Industrieorte wird er, wo er noch nicht besteht, zur unabweisbaren Notwendigkeit.

Eine nähere Präzisierung wird im neuen Statut nicht von der Hand zu weisen sein bezüglich derjenigen Bezirksorganisationen, die durch einen einzigen Ort begrenzt sind, wie zum Beispiel Städte, die für sich eine Bezirksorganisation bilden, sowie jene Städte, die in mehrere Bezirke sich gliedern. Um die Verwaltung möglichst zu vereinfachen und nicht unnütze Instanzen zu schaffen, wird es zweckmässig sein, in diesen Bezirken die Vorstände der politischen Vereine gleichzeitig mit den Agenden der Bezirksorganisation zu betrauen.

Auf eine Erörterung der übrigen Paragraphen will ich nicht eingehen; das hat Genosse Seliger in der vorigen Nummer dieser Zeitschrift zur Genüge getan. Eine Organisation wie der politische Verein geht über eine kleinliche Paragraphenreiterei hinweg; sein demokratischer Inhalt sprengt die Fesseln, die ihm zu eng werden. An der Einsicht des kommenden Parteitages wird es liegen, uns den obligatorischen, demokratisch geleiteten politischen Verein zu geben.

Heinrich Schneidmadl (St. Pölten): Zum Entwurf eines neuen Organisationsstatuts

Vom zweckmässigen Aufbau der politischen Organisation und ihrer Gliederung hängt zum guten Teil der Erfolg unserer Propagandatätigkeit ab. Bei Wahlen kann eine unzulässig gegliederte Organisation ebenso wie eine mangelhaft ausgebaute den Verlust des Wahlbezirkes verursachen, einen sonst möglichen Sieg vereiteln. Dem Organisationsstatut, das für den Aufbau und die Gliederung der politischen Organisation die Richtlinien gibt, kommt also erhebliche Bedeutung zu.

Der letzte Parteitag in Innsbruck hat die Parteivertretung beauftragt, eine Kommission zur Aenderung des Organisationsstatuts einzusetzen und den Entwurf vor dem nächsten Parteitag rechtzeitig zur Diskussion zu stellen, nachdem das gegenwärtig geltende Organisationsstatut sich in einzelnen Bestimmungen als abänderungsbedürftig erwiesen hat. Die Parteivertretung ist dem Auftrag nachgekommen und hat auch bereits den Entwurf veröffentlicht.

Was nun die Gliederung der Organisation anlangt, hat der Entwurf im wesentlichen die Bestimmungen des alten Organisationsstatuts übernommen, und mit Recht, haben sich doch diese Bestimmungen in der Praxis gut bewährt. Es besteht kein Bedürfnis, eine grundlegende Aenderung in der Gliederung unserer politischen Organisation vorzunehmen. Damit soll nicht gesagt sein, dass nicht Ergänzungen notwendig sind, die im neuen Statut auch durchgeführt werden sollten. Auf einige meiner Meinung nach notwendige und auch leicht durchführbare Ergänzungen soll hier hingewiesen werden.

Genosse Julius Deutsch hat schon einen Uebelstand hervorgehoben, der mit der Zusammensetzung der städtischen Wahlkreise zusammenhängt, die den Bedürfnissen der bürgerlichen Parteien nach allen Regeln einer raffinierten Wahlkreisgeometrie angepasst wurden. Diese Wahlbezirke umfassen Orte verschiedener Bezirksorganisationen, die unabhängig voneinander ihre Agitationstätigkeit entfalten. Dadurch wird die so notwendige Einheitlichkeit der Agitation und Taktik gerade in jenen Wahlbezirken, die infolge ihrer Zusammensetzung und industriellen Entwicklung für uns in der Regel die meisten Aussichten für einen Wahlerfolg bieten, fast zur Unmöglichkeit. Auf diesen Uebelstand stossen wir fast in allen Wahlbezirken dieser Art. Vielfach hat man einen Ausweg gesucht und auch gefunden, indem die in Betracht kommenden Bezirksorganisationen ein gemeinsames Agitationskomitee für den Wahlkampf eingesetzt haben. Die Notwendigkeit ergab sich in der Regel während des Wahlkampfes, die Erfahrungen, die mit dem Agitationskomitee dabei gemacht wurden, führten in vielen Wahlbezirken dazu, dass es als Wahlbezirkskomitee zu einer dauernden Institution wurde. Ich meine, dass diese Tatsache, die sich aus der unmittelbaren Praxis heraus ergeben hat, auch im neuen Organisationsstatut entsprechend berücksichtigt werden sollte. Im Entwurf ist darüber nichts vorgesehen.

Ich würde vorschlagen, dass in das neue Organisationsstatut folgende Bestimmung aufgenommen wird:

In den Wahlbezirken, wo die agitatorischen Bedürfnisse dies notwendig machen, ist ein Wahlbezirkskomitee zu konstituieren. Zu diesem Zwecke treten die in Betracht kommenden Bezirksausschüsse zu einer Konferenz zusammen, in der das Wahlkomitee gewählt und sein Sitz bestimmt wird. Dem Wahlbezirkskomitee obliegt die einheitliche Leitung der Agitation im Wahlbezirk. In den Ländern, wo ein Bezirkswahlfonds gebildet wird, wird derselbe vom Wahlbezirkskomitee verwaltet. Die Bezirksorganisationen haben den Wahlfonds für alle Orte des Wahlbezirkes dem Komitee zu überweisen. Vor Wahlen in den Reichsrat etc. wird über die Verwendung des Bezirkswahlfonds in einer Konferenz beschlossen, die von allen Wahlorten zu beschicken ist. Die durch die Tätigkeit des Wahlbezirkskomitees auflaufenden Kosten werden von den beteiligten Bezirksorganisationen gemeinsam getragen.

Diese Bestimmungen lassen sich in allen Wahlbezirken, die sich über mehrere Bezirksorganisationen erstrecken, ohne Schwierigkeiten durchführen.

Es fehlte bisher lediglich an der Einheitlichkeit der Agitation und Taktik in diesen Städtewahlbezirken, weil die Bezirksorganisationen, die die Agitation durchzuführen haben, sich nicht in ständiger Fühlung miteinander befinden. Das Wahlbezirks-

komitee wird also vor allem die Aufgabe haben, die Verbindung zwischen den Bezirksorganisationen herzustellen und aufrechtzuerhalten, die Anleitung für die Agitation und Taktik zu geben und den Verkehr des Abgeordneten oder Kandidaten mit den einzelnen Wahlorten zu vermitteln. Um diese Aufgaben zu erfüllen, wird es nicht notwendig sein, für das Wahlbezirkskomitee erst besondere Mittel zu beschaffen. Wenn das Komitee zusammentritt, werden die Kosten von den im Komitee vertretenen Bezirksorganisationen getragen, indem einfach jede Bezirksorganisation für die Auslagen ihrer Komiteemitglieder aufkommt. Ist die Entsendung eines Genossen vom Wahlbezirkskomitee in einen Wahlort notwendig, so wird die Bezirksorganisation des betreffenden Wahlortes die Kosten zu übernehmen haben. Schwierigkeiten werden nicht entstehen, da doch im Wahlbezirkskomitee, das die Delegation vornimmt, jede Bezirksorganisation vertreten ist. Die Auslagen für Porto und dergleichen wird gern jene Bezirksorganisation übernehmen, wo das Wahlbezirkskomitee seinen Sitz hat. Wahlflugblätter und dergleichen werden in der Regel ohnehin auf Kosten des gemeinsamen Bezirkswahlfonds hergestellt werden. Wo er nicht vorhanden ist, wird über die Aufteilung der Auslagen auf die einzelnen Bezirksorganisationen unschwer eine Einigung zu erzielen sein.

Dass der Bezirkswahlfonds nicht von den einzelnen Bezirksorganisationen, sondern vom Wahlbezirkskomitee verwaltet werden soll, halte ich aus verschiedenen Gründen für notwendig. Vor allem muss das Wahlbezirkskomitee stets einen Ueberblick über die zur Verfügung stehenden Mittel, aber auch über die Zahl der Parteimitglieder in den einzelnen Wahlorten besitzen. Ausserdem würde es zu Schwierigkeiten führen, wenn die einzelnen Bezirksorganisationen allein über den Wahlfonds zu verfügen hätten. In der Bezirksorganisation St. Pölten zum Beispiel greifen vier Wahlbezirke ineinander. Diese Bezirksorganisation umfasst die beiden Landgemeindenwahlbezirke 45 (St. Pölten) und 63 (Melk-Mautern). Der in den Wahlorten dieser beiden Wahlbezirke einkassierte Bezirkswahlfonds kann ohneweiters von der Bezirksorganisation St. Pölten verwaltet werden. In ihr Gebiet fallen aber auch entscheidende Teile der beiden Städtewahlbezirke 41 (St. Pölten) und 43 (Lilienfeld). Die zum Lilienfelder Wahlbezirk gehörenden Lokalorganisationen sind Teile der Bezirksorganisation St. Pölten, von der sie auch ihre Quittungsmarken beziehen. Andererseits erstreckt sich der Städtewahlbezirk St. Pölten weit über das Gebiet der Bezirksorganisation hinaus, er umfasst Orte, die zu vier verschiedenen Bezirksorganisationen gehören. Es würden sich's die Genossen von Lilienfeld gewiss mit Recht nicht gefallen lassen, dass die St. Pöltner Bezirksorganisation von den in ihrem Gebiet liegenden Orten des 43. Wahlbezirkes die Wahlfondsbeiträge einkassiert und für sich verwendet, während diese Orte bei Wahlen vom Wahlkomitee des 43. Wahlbezirkes bearbeitet werden müssen, das seinen Sitz in Hohenberg hat. Das Wahlbezirkskomitee St. Pölten wieder, das bei Wahlen auch die ausserhalb des Gebietes der Bezirksorganisation St. Pölten liegenden Wahlorte des Städtebezirkes zu bearbeiten hat, würde seine Aufgabe nur unvollkommen erfüllen können, weil der in diesen Orten einkassierte Wahlfonds von den betreffenden Bezirksorganisationen für sich verwendet und vielleicht in den aussichtslosen Landwahlbezirken unnötig verpulvert werden würde. Diese scheinbar so komplizierten Verhältnisse haben ihre einfache Lösung dadurch gefunden, dass die Bezirksorganisationen den von ihnen einkassierten Wahlfonds an die zuständigen Wahlbezirkskomitees in St. Pölten, beziehentlich in Hohenberg überweisen. Es hat sich also der hier gemachte Vorschlag bereits praktisch bewährt. Anders als durch Konstituierung von Wahlkomitees wird den Schwierigkeiten, die sich aus der Zusammensetzung der Städtewahlbezirke der Provinz ergeben, im Rahmen unserer gegenwärtigen politischen Organisation nicht zu begegnen sein.

In der vorletzten Nummer des „Kampf“ macht Genosse Sacherer den Vorschlag, das Wahlbezirkskomitee aus den Lokalorganisationen des Wahlbezirkes zu wählen. Ich bin gegen diesen Vorschlag, da er die Sache nur komplizieren und neue Schwierigkeiten schaffen würde, ohne die vorhandenen zu beseitigen. Wir haben Wahlbezirke mit zwanzig und mehr Wahlorten, in denen sich auch Lokalorganisationen befinden; es würde schon die Frage, welche Orte im Wahlbezirkskomitee vertreten sein sollen, zu Schwierigkeiten führen. Dass alle Wahlorte im Komitee vertreten sein könnten, ist vollkommen ausgeschlossen. Ausserdem würde es einen geradezu unhaltbaren Zustand be-

deuten, wenn neben die Bezirksorganisationen eine Körperschaft gestellt würde, die auf die Lokalorganisationen unmittelbaren Einfluss nimmt. Auch die Aufbringung der Kosten würde bei einem nach Sacherers Vorschlag zusammengesetzten Komitee bedeutend schwieriger sein als nach unserem Vorschlag. Das Komitee müsste sich vor Durchführung von Aktionen erst wieder mit den Bezirksorganisationen ins Einvernehmen setzen, wodurch die Schlagfertigkeit des Komitees in Frage gestellt, wenn nicht ganz unmöglich würde. Die Durchführung der Agitation soll so wie bisher den Bezirksorganisationen überlassen bleiben, die im Wahlbezirkskomitee Gelegenheit erhalten, sich über die Art der Agitation und über die einzuschlagende Taktik zu verständigen.

Ueber die Konstituierung der Lokalorganisation sind im Organisationsstatut und auch im neuen Entwurf besondere Bestimmungen nicht enthalten. Trotzdem es eigentlich selbstverständlich ist, dass der Lokalausschuss und der Lokalvertrauensmann, die die lokalen Parteigeschäfte im Ort zu erledigen haben, alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung zu wählen sind, an der alle Parteimitglieder teilnehmen können und auch sollen, würde es doch nicht überflüssig sein, dies im Organisationsstatut besonders zu betonen. Noch immer wird in vielen Lokalorganisationen die Konstituierung nicht in einer Parteimitgliederversammlung, sondern in einer sogenannten „Lokalkonferenz“ vorgenommen, zu der nur die Vertrauensmänner der Branchenorganisationen und Betriebe eingeladen werden. Es ist dieser Wahlmodus ein Erbstück aus einer Zeit, in der es eine Parteimitgliedschaft im heutigen Sinne noch nicht gegeben hat, weshalb der Lokalausschuss aus den gewerkschaftlichen Vertrauensmännern gewählt werden musste. Heute ist diese Art, die Lokalorganisation zu konstituieren, nicht mehr zulässig, ja direkt der Partei schädlich. Wie sollen die Parteimitglieder an der politischen Organisation und am Parteileben Interesse gewinnen, wenn sie an der Wahl der Parteifunktionäre nicht teilnehmen, deren Tätigkeitsberichte nicht anhören und dazu Stellung nehmen, ihre Wünsche nicht äussern können? Die gewohnte Art, den Lokalausschuss zu wählen, ist undemokratisch und widerspricht dem Wesen unserer Partei, dennoch wird sie aber in vielen Lokalorganisationen heute noch zum Schaden der Partei geübt. Deshalb sollte im neuen Organisationsstatut ausdrücklich bestimmt werden, dass die Konstituierung der Lokalorganisation alljährlich in einer Parteimitgliederversammlung zu erfolgen hat.

Es würde auch gar nicht schaden, wenn ausserdem bestimmt würde, dass der Lokalausschuss in der Regel allmonatlich in einer Parteimitgliederversammlung über seine Tätigkeit zu berichten hat. Die oft zu beobachtende Teilnahmslosigkeit der Genossen in den kleineren Orten, unter der die politischen Organisationen leiden, hat ihre Ursache zum grossen Teil in der Tatsache, dass den Genossen gar nicht Gelegenheit gegeben wird, am Parteileben Anteil zu nehmen. Durch regelmässige Parteimitgliederversammlungen, in denen der Lokalausschuss über seine Tätigkeit berichtet, dann ein Vortrag oder eine Vorlesung aus dem „Kampf“ oder aus einer populären Agitationsbroschüre veranstaltet, eine Diskussion über die aktuelle Tagespolitik an der Hand der Parteipresse geführt wird, kann auch die kleinste Lokalorganisation erzieherisch auf die Genossen einwirken und deren Interesse an der politischen Organisation beleben.

Im Organisationsstatut ist schon seit langem die Bestimmung enthalten, dass innerhalb der Lokalorganisation die Strassen- und Häuserorganisation durchzuführen sei. Dennoch ist es Tatsache, dass in sehr vielen Parteiorten noch immer keine Häuserorganisation besteht, dass somit eine wichtige Voraussetzung für die Schlagfertigkeit der politischen Organisation fehlt. Die Erhebungen bei Wahlen für das Reklamationsverfahren und die Wahlagitation, das Verbreiten von Flugblättern, die Agitation zur Gewinnung von Parteimitgliedern und von Abonnenten für die Parteipresse, alle diese wichtigen Arbeiten sind nur mit Hilfe der Häuserorganisation rationell durchzuführen. Wenn dennoch die Häuserorganisation in vielen Orten noch fehlt, so deswegen, weil die Genossen bisher nicht allgemein vor eine nur durch die Häuserorganisation zu lösende Aufgabe gestellt worden sind. Deswegen sollte im Organisationsstatut nicht nur die Durchführung der Häuserorganisation verlangt, sondern derselben auch eine sofort und regelmässig zu besorgende Arbeit, das Einkassieren der

Parteimitgliedsbeiträge zugewiesen werden. Durch die Einkassierung der Beiträge in den Wohnungen der Genossen ist die Tätigkeit der Häuserorganisation am leichtesten einzuleiten, da vorerst bloss die Adressen der Parteimitglieder auf die Häuservertrauensmänner aufgeteilt werden und diese nicht sofort in Wohnungen ganz fremder Leute, deren Gesinnung man nicht kennt, zu gehen haben. So werden die Häuservertrauensmänner am leichtesten die Scheu überwinden, in die Häuser zu gehen, welche oft schon die Genossen von der Durchführung der Häuserorganisation abgehalten hat.

Die bisher in den meisten Orten übliche Art, die Parteimitgliedsbeiträge durch die Gewerkschaftskassiere oder gar in einem Gasthaus einzukassieren, ist auf die Dauer nicht aufrechtzuerhalten. Der Gewerkschaftskassier ist in der Regel ohnehin mit Arbeit überlastet, es ist nur natürlich, dass er vor allem trachtet, die Gewerkschaftsbeiträge hereinzubringen. Ausserdem kommt der Gewerkschaftskassier doch nur mit den gewerkschaftlich Organisierten seines Verbandes in Berührung. Die in kleineren Betrieben, in der Hausindustrie, in der Land- und Forstwirtschaft u. s. w. Beschäftigten sind durch diese Form der Beitragseinhebung überhaupt nicht zu erfassen. Noch unvollkommener ist die Einkassierung im Gasthaus. Die durch mühsame Agitation für die Partei gewonnenen Mitglieder bleiben infolge der mangelhaften Art der Beitragskassierung nur zu stark mit den Beiträgen im Rückstande, sie gehen so wieder der Partei verloren. Die einzig zweckmässige Beitragskassierung ist die durch die Häuserorganisation, auch das sollte im neuen Organisationsstatut klar ausgesprochen werden.

Die Lokalorganisation bildet gewissermassen die Zelle im Aufbau unserer politischen Organisation. Die für die Entwicklung der Partei so bedeutungsvolle agitatorische und organisatorische Kleinarbeit wird zum grössten Teil von den Lokalorganisationen besorgt. Wenn sich auch diese Kleinarbeit nach den lokalen Verhältnissen richten muss und bis ins einzelne gehende Regeln für sie im Organisationsstatut nicht zu umschreiben sind, so sollten doch die bei der Kleinarbeit in allen Orten zu beobachtenden allgemeinen Richtlinien im Organisationsstatut festgelegt werden.

Josef Witternigg (Salzburg):

Reformen im neuen Organisationsstatut

Die Reichsparteivertretung veröffentlichte einen Entwurf, der die Parteiorganisation im Reiche schlagfertiger gestalten soll. Eine Beseitigung des dezentralisierten Organisationsaufbaues ist in dem Entwurf nicht zu erblicken. Der neue Entwurf formuliert einige Paragraphen besser und kürzer und erweitert die Bestimmungen über die Aufgaben des Parteitagcs, der Reichsparteivertretung und der Kontrolle. Neu sind die Bestimmungen über den Wahlfonds, die Kandidaturen und die genauer umschriebenen Ausschliessungsbestimmungen. Diese Aenderungen führen aber nicht zu erhöhter Schlagfertigkeit. Der Entwurf hält noch immer fest an dem dezentralisierten Organisationsaufbau und an der dezentralisierten Geldgebarung. Der politische Verein soll sich aufbauen auf der Lokal-, Bezirks-, Landes- oder Kreisorganisation. In Wien hat die Form der Bezirksorganisation Vorteile, weil jeder Bezirk eine geschlossene Einheit bildet und weil jeder Bezirk fast so viel Einwohner zählt, wie manches Kronland oder ein geschlossener Teil von Böhmen. Die Kronländer sind aber territorial sehr zerrissen. Teilen wir ein Kronland in Bezirksorganisationen, dann haben wir so kleine Gebiete, dass sie wegen der kleinen Einnahmen keine Aktionen unternehmen können. Wenn wir eine schlagfertige Organisation haben wollen, dann müssen wir die Bezirksorganisationen in der Provinz auflösen und nur eine Zentrale im Lande errichten, die mit den Lokalorganisationen in direkter Verbindung steht. Ich denke mir den Aufbau, wie ihn die Gewerkschaften haben.

Wie jede Berufsorganisation ihren Zentralsitz hat und von dieser Stelle aus alle Ortsgruppen im Reiche dirigiert werden, so könnte auch in jedem Kronland die politische Organisation einen Zentralsitz haben und von dort mit allen Lokalorganisationen in direkter Verbindung stehen.

Bezirksorganisationen sind nur in Wahlzeiten für die Wahlarbeiten provisorisch zu konstituieren. Wir sehen, dass in den Gewerkschaften der zentralisierte Apparat tadellos funktioniert und dass der Uebergang von den Landesfachvereinen zur Zentralorganisation eine organisatorische Notwendigkeit war. Dieselbe organisatorische Notwendigkeit ergibt sich beim Ausbau unserer politischen Organisation. Jedes Land könnte ein wirkliches Parteisekretariat erhalten und Genossen anstellen, die sich planmässig mit dem Ausbau der Organisation beschäftigen könnten. Heute sehen wir in den meisten Kronländern wohl Parteisekretariate, Parteiinstanzen, aber keine schlagfertige Organisation. Die Zentralisation ist schon aus dem Grunde notwendig, damit man auch dort eine Agitation entfalten könne, wo bisher infolge der fehlenden Mittel nichts unternommen werden konnte. Schuld daran ist auch hier die dezentralisierte Geldgebarung. Mit der Zentralisation der Organisation hätte auch gleichzeitig die Durchführung der zentralisierten Geldgebarung zu erfolgen.

Im neuen Organisationsentwurf ist von einer Zentralisation nichts zu erkennen. Die vorgeschlagene „stufenweise“ Aufteilung des Parteibeitrages ist der Krebszahn. Keiner Organisation verbleibt viel zur Agitation. Ueber die Aufteilung werden in den Konferenzen heftige Debatten geführt. Würden die Parteieinnahmen zentral verwaltet werden, dann könnte von der Zentrale aus planmässige fruchtbare Arbeit im Kreise oder im Lande geleistet werden.

Jetzt sind den Zentralstellen die Hände zu stark gebunden. Will die Zentrale heute eine einheitliche, rasche Aktion durchführen, so kann sie es nicht, weil erst der Bezirk einen besonderen Beschluss fassen muss; dieser gibt erst seine Aufforderung an die Lokalorganisationen weiter. Oft haben wir dann noch den Streit, wer die aufgelaufenen Kosten zu zahlen hat. Würde die Geldgebarung so wie in den Gewerkschaften zentralisiert sein, so gäbe es einen viel einfacheren und schlagfertigeren Apparat. Wir hätten ferner in der Landes- oder Kreiszentrale eine genauere Mitglieberevidenz aller Lokalorganisationen des Landes, ein tadelloses Vertrauensmännerverzeichnis, eine Versammlungsstatistik, mit einem Wort alles, was eine moderne, schlagfertige Organisation haben soll.

Die Berichterstattung an die Reichspartei würde viel genauer und verlässlicher werden. Die Bestimmungen über die Berichterstattung, wie sie im § 21 des neuen Statuts vorgesehen sind, würden auch anders eingehalten werden können. Was die Bestimmung des § 5 anbelangt, welcher fordert: „Die Grundlage der Parteiorganisation ist der politische Verein“, so wäre es besser, sie würde gleich sagen, dass der politische Verein für das ganze Land aufgebaut werden solle mit dem Zentralsitze in dem Orte, wo der Stab der Hauptvertrauensmänner versammelt ist. Der Verein soll auf Grund seiner Satzungen einheitlich für das ganze Land wirken können. Einheitlichkeit der Drucksachen für die Versammlungen sowie eine einheitliche Evidenz der Mitglieder etc. würden dann möglich werden. Heute sehen wir eine verwirrende Mannigfaltigkeit von Einrichtungen, jeder Bezirk hat seine besonderen. Alle diese scheinbaren Kleinigkeiten wirken auf die Schlagfertigkeit einer Organisation. Man muss auf die Kleinarbeit bedacht sein, wenn man Erfolge erzielen will, sie schafft den Grundpfeiler für die Parteiorganisation.

Im neuen Parteistatut vermissen wir jede Aenderung der Zusammensetzung der Reichsparteivertretung. In der Reichsparteivertretung sitzen alte, erprobte Genossen — ihnen soll kein Vorwurf gemacht werden — die meisten sind Mandatäre, vielseitig beschäftigt, Leiter von grossen Gewerkschaften, Genossenschaften, Krankenkassen u. s. w. Im Parteisekretariat ist es nicht anders. Es häufen sich dort so viele Arbeiten an, dass sie von den dort Beschäftigten gar nicht bewältigt werden können. Wie kann man von diesen Genossen verlangen, dass sie sich um den Ausbau der politischen Organisation im Reiche kümmern? Sie überlassen den Ausbau den Bezirks-, Kreis- und Landesvertrauensmännern. Die Berichte, die ein-

gesendet werden, und die Einsicht ins Kassenbuch, wieviel Parteimarken dieser Bezirk oder jene Landesorganisation bezogen hat, bilden die Kontrolle und Uebersicht der Parteibewegung im Reiche. Würde die Reichspartei — ich spreche nur von der deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich — wie in Deutschland eine Aenderung erfahren, indem man den Stab erweitert, die fähigsten Genossen aus dem Reiche in die Zentrale einberuft, dann würde der Zentralapparat auch schlagfertiger sein.

Der neue Parteivorstand müsste zusammengesetzt werden aus Genossen aller Kronländer des Reiches. Jene Genossen, die in den Parteivorstand gewählt würden, müssten auch nach Wien übersiedeln. Jene, die ausrangiert werden, müssten dann die Stelle eines Einberufenen in der Provinz übernehmen. Ein Wechsel der Parteivorstandsmitglieder würde auf keinen Fall für den Generalstab selbst und für die Provinzen nachteilig sein. Heute ist die engere Reichsparteivertretung ein ausschliessliches Privileg der Wiener.

Dieser erweiterte Stab von Hauptvertrauensmännern hätte dann Zeit und Gelegenheit, sich um den Ausbau der politischen Organisation im Reiche zu kümmern; er könnte dann segenspendend und belebend auf alle Länder wirken, die Einrichtungen und die Taktik in den Provinzen verfolgen, dort, wo etwas fehlt, Direktiven gebend, helfend eingreifen, den Ursachen nachgehen und die Fehler beseitigen. Was geschieht heute? Die Landes-, Kreis- und Bezirksorganisationen erhalten wohl im Laufe des Jahres Aufforderungen, Versammlungen zu diesem und jenem Gegenstand einzuberufen, sie erhalten Resolutionen, Rednerdispositionen und Fragebogen. Das ist zu wenig!

Auch hier ist eine Reform notwendig. Der nächste Parteitag wird sich mit diesen Reformen unbedingt beschäftigen müssen. Wir dürfen uns keineswegs auf die Dummheit unserer Gegner verlassen, das indifferente Volk durchschaut noch lange nicht die Verrätereien der bürgerlichen Mandatare. Wir müssen hier noch viel Kleinarbeit leisten. Je komplizierter aber der Apparat ist, desto schwerfälliger wird er, um so schwerer wird es auch, die Kleinarbeit zu bewältigen. Wir haben die Pflicht, ein Statut zu schaffen, das uns die Arbeit erleichtert. Wir müssen auch Rechner werden. Wollen wir in den kommenden Kämpfen unsere Gegner besiegen, das Proletariat aufwärts führen, dann haben wir auch die Pflicht, uns zu rüsten. Die Rüstung besteht in der Schaffung eines Parteistatuts, nach dem sich auch eine wirkliche, schlagfertige Organisation zielgemäss führen lässt.

Fort mit der Dezentralisation!

Es lebe die Zentralisation in der politischen Parteibewegung!

Adolf Braun: Sozialpolitik und Klassenkampf

Der Widerstand gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt ist international. Eine starke Solidarität des Unternehmerinteresses macht sich sofort überall geltend, sobald sozialpolitische Forderungen aufgestellt und durchgesetzt oder sozialpolitische Errungenschaften verwirklicht werden sollen. Vielleicht niemals war im letzten halben Jahrhundert der Widerstand gegen sozialpolitische Massnahmen so stark wie gegenwärtig. Sämtliche Unternehmerkorporationen hatten im Deutschen Reiche der Einführung des Zehnstundentages beziehentlich der 58-Stundenwoche der Arbeiterinnen widerstrebt. In der Schweiz sahen wir, dass die Versicherungsgesellschaften unter Aufwendung ganz ausserordentlicher Geldmittel die Volksabstimmung über die Einführung der Kranken- und Unfallversicherung zugunsten der privaten gegen die staatliche Versicherung beeinflussen wollten. In Grossbritannien suchen gerade nun die grossen Versicherungsgesellschaften die Durchführung der so bedeutsamen Sozialversicherungsgesetze für sich zu monopolisieren und die Gesetze, die sie nicht verhindern konnten, wenigstens der Selbstverwaltung der Arbeiter zu entziehen und zum Vorteil des privaten Kapitals auszubeuten. Nirgends aber ist das Widerstreben gegen den Ausbau der sozialen Gesetzgebung so stark wie in Oesterreich.

War Oesterreich vor drei Jahrzehnten infolge des Hasses der Feudalen gegen die Städter, infolge der Angst des Agrarkapitals vor dem Uebergang Oesterreichs zum Industriestaat mit einer Arbeiterschutzgesetzgebung ausgerüstet worden, der auf dem Kontinent nur die der Schweiz an die Seite gestellt werden durfte, so sehen wir uns heute längst überflügelt von der Arbeiterschutzgesetzgebung anderer Staaten. Der gewaltige Abstand, dessen sich unsere Arbeiterschutzgesetzgebung noch vor zwanzig Jahren vor der Gesetzgebung Russlands, Italiens, Spaniens, ja selbst des Deutschen Reiches rühmen konnte, ist längst verwischt oder direkt zu unseren Ungunsten umgewandelt. Frankreich hatte damals noch den niemals beachteten Maximalarbeitstag von zwölf Stunden, dieses Erbstück der Revolution vom Jahre 1848. Es hat seit dem Jahre 1904 für Arbeiter unter achtzehn Jahren und für Frauen den Zehnstudentag, der auch für die in den gleichen Räumlichkeiten tätigen erwachsenen Männern in Geltung ist, tatsächlich allgemein in der Industrie den Zehnstudentag, in den Bergwerken den Achtstudentag, für das Maschinenpersonal auf den Seeschiffen den Achtstudentag als Höchstarbeitszeit, für Lokomotivführer und Heizer den Zehnstudentag. Das Deutsche Reich hat nun für die Arbeiterinnen die 58-Stundenwoche, an den fünf ersten Wochentagen den Zehnstudentag, an Samstag den Achtstudentag. Wie in Frankreich gilt auch in Deutschland und in den Niederlanden nach dem berühmten Muster der englischen Zehnstudentenbill diese Höchstarbeitszeit für die Frauen tatsächlich für alle Arbeiter. Was seit dem Gesetz vom 8. Juni 1847 in England Rechtens ist, der Zehnstudentag, das hat sich heute durchgesetzt auf weiten Gebieten, selbst Serbien hat in seinem neuen Gewerbegesetz den zehnstündigen Arbeitstag eingeführt. Wohl könne man darauf hinweisen, dass die Schweiz, deren Arbeiterschutzgesetz noch älter als das österreichische ist, noch kein neues Gesetz erhalten hat, aber man muss für die Schweiz feststellen, dass die Samstagnovelle von 1905 eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit gebracht hat, dass durch eine Reihe von Bundesratsverordnungen das Fabrikgesetz auf zahlreiche Kleinbetriebe ausgedehnt wurde, dass die kantonale Arbeiterschutzgesetzgebung gerade für die Industriebezirke erhebliche Arbeitszeitverkürzungen durchgeführt hat und dass endlich ein verhältnismässig sehr weitgehender Regierungsentwurf den gesetzgebenden Räten vorliegt, der eine Verkürzung der Arbeitszeit unter die 60-Stundenwoche fordert und der in dem Gesetzentwurf, den die Fabrikinspektoren ausgearbeitet haben, die Einführung der Achtstundenschicht in ununterbrochenen Betrieben, die Freigabe des ganzen Samstagnachmittags an Arbeiterinnen, welche Hausfrauen sind, und die Beschränkung der Ausnahmtage für bewilligte Ueberstunden vorsieht. Der Zehnstudentag hat sich heute schon weite Bahn geschafft, nur in Oesterreich wird daran nicht gedacht. Unsere Regierung wünscht wohl erst durch ein internationales Abkommen in die Zwangslage gebracht zu werden, den Zehnstudentag einzuführen, wie sie auch das Verbot der Phosphorzündhölzchenfabrikation erst nach einem internationalen Abkommen durchgeführt hat, obgleich die allermeisten Zündhölzchen produzierenden Staaten seit Jahrzehnten ihre Arbeiter durch das Verbot dieser ungesunden Produktion vor schwersten Erkrankungen und Verstümmelungen durch die Phosphornekrose geschützt hatten. Genau ebenso ging es mit dem Verbot der Nachtarbeit für Frauen. Es wurde in Oesterreich eingeführt, nachdem andere Staaten schon längst dieses Verbot hatten und eine internationale Konvention, der sich Oesterreich zwar gerne entziehen wollte, aber nicht konnte, das Verbot der Nachtarbeit für Frauen festsetzte. Dass trotzdem in unseren Rübenzuckerfabriken die Nachtarbeit der Frauen eine Reihe von Jahren gestattet bleibt, entspricht der Politik zum Schutze der Feudalen, die wir ja auch in der Steuer- und anderen Gesetzgebung antreffen.

Wie unsere Regierung sich jeden sozialpolitischen Fortschritt nur abzwängen lassen will, wie ihr jede Initiative auf diesem Gebiete mangelt, so setzen auch die bürgerlichen Parteien allen sozialpolitischen Forderungen passiven Widerstand entgegen. Sie bringen selbstverständlich keine sozialpolitischen Anträge ein, sie beschweren sich nicht, dass die Regierung auf sozialpolitischem Gebiet untätig ist, sie hemmen ganz systematisch jede Vorbereitung sozialpolitischer Aktion, selbst dann, wenn es sich um so überaus harmlose, wie die Erfahrung lehrt, praktisch ganz gleichgültige Arbeiten handelt, wie sie im Arbeitsbeirat angeregt und dem Arbeitsstatistischen Amt in Auftrag ge-

geben werden. Man könnte sehr eindringlich die Theorie des Klassengegensatzes und des Klassenkampfes illustrieren durch die Gruppierung der so überaus zahlreichen Anträge, die im österreichischen Abgeordnetenhaus eingebracht werden. Man würde da sehen, dass die bürgerlichen Parteien vollständig versagen bei der Vertretung der Interessen der Arbeiter, dass sie diese völlig den Sozialdemokraten überlassen. Das Schicksal dieser Anträge ist wahrlich ein Leidensweg. Die höchste parlamentarische Diplomatie ist anzuwenden, um die Anträge der Ausschussberatung zu überweisen, dort ist die Zeit für die Verhandlungen oft aufs knappste bemessen, Beschlussunfähigkeit und Vertagungsanträge, alle Kunststücke der Verzögerung werden angewandt, das gleiche Spiel wiederholt sich in den Unterausschüssen, wohin die Anträge endlich gebracht werden, und dann wieder nach der Berichterstattung dieser an den Vollausschuss. In diesem Abwehrkrieg gegen die sozialdemokratischen Anträge ist aufs engste verbündet die Regierung mit allen bürgerlichen Parteien. Nirgends sieht man eine Förderung der Bemühungen, die Lage der Arbeiter auf dem Wege der Gesetzgebung zu verbessern. Im grossen wie im kleinen zeigt sich das Bestreben, jeden sozialpolitischen Fortschritt zu hintertreiben, und wenn er gemacht wird, ihn möglichst spät in Wirksamkeit treten zu lassen, ihn ausserdem durch reichlich viele Ausnahmsbestimmungen zu durchlöchern.

Mit der gleichen zähen Ausdauer bekämpfen die bürgerlichen Parteien die Einführung des Achtstundentages in den kontinuierlichen Betrieben wie der Sonntagsruhe in den Mühlen. Der Einführung einiger Bestimmungen des Bäckerschutzes, der doch in hohem Mass auch ein Konsumentenschutz ist, wird der schärfste Widerspruch entgegengesetzt. Alle möglichen Kunststücke der Verzögerung werden angewendet, die Geschichte dieses Gesetzes wird ein Schulbeispiel sein: nicht für die Sozialpolitik, sondern für die Methoden, sozialpolitische Massregeln, so lange wie nur irgendwie möglich, zu hintertreiben. Durch unklare, der Auslegung Tür und Tor öffnende Fassungen des Gesetzestextes wird möglichst unklar gelassen, was Recht sein soll: den Unternehmern wird so die weitestgehende Möglichkeit geschaffen, das Gesetz zu übertreten, den Aufsichtsbehörden werden, soweit sie überhaupt zur Inspektion Zeit und Gelegenheit haben, die grössten Schwierigkeiten bereitet, wenn sie dem Gesetze Beachtung verschaffen wollen. Niemals wäre es denkbar, dass ein Steuergesetz in Oesterreich eine so unpräzise, unklare, der Auslegung Tür und Tor öffnende Textierung hätte wie der Regierungsentwurf über den Bäckerschutz, der niemals dem Hause vorgelegt worden wäre, wenn er nicht bezweckte, einem dem Sozialpolitischen Ausschuss vorliegenden sozialdemokratischen Gesetzentwurf zum Schutze der Bäckerarbeiter den Garaus zu machen. Das allein spricht deutlich genug für die sozialpolitischen Motive der österreichischen Regierung.

Die Geheimgeschichte jedes österreichischen Arbeiterschutzgesetzentwurfes belehrt uns über die gewaltige Macht des Unternehmertums, dem die Regierung sich stets willfährig zeigt, weit willfähriger, als es selbst die Unternehmer für notwendig erachten. Mit der Uebertreibung des Widerspruches gegen jede sozialpolitische Massregel, mit der unsere Unternehmersekretäre ihre Unwissenheit verhüllen, wird mit Stumpf und Stiel auch die kleinste Massnahme verdammt, die im Interesse der Arbeiter ins Auge gefasst wird. Obgleich die schroffste Bekämpfung jeder sozialpolitischen Massregel zur Schablone geworden ist, obschon immer wieder die gleichen Einwendungen erhoben werden, obwohl man weiss, dass die Handels- und Gewerbekammern nur echoen, was die Scharfmacherverbände schreien, so werden alle diese Unternehmeräusserungen doch immer als ein bedeutsames und eindringliches Material von der sozialpolitischen Sektion des Handelsministeriums wie von diesem Ministerium selbst und von der Gesamtregierung gewertet. Es ist ja zu viel gesagt, wenn man der Regierung und ihren Organen den Vorwurf machen will, dass sie auf Treu und Glauben die Beschwerden der Unternehmer anerkennt. Es ist weit ärger, sie fühlt sich als ein Organ der Unternehmerinteressen und sie bedarf nur des Widerspruches der Unternehmer, um Gründe für ihre Untätigkeit oder Scheintätigkeit zu entfalten. Für jede schwebende Frage der Sozialpolitik liess sich das erweisen, für das Bäckerschutzgesetz, wie für den sanitären Normalarbeitstag, wie für die Sonntagsruhe, so auch für die Arbeitszeitregelungen, so für alle anderen sozialpolitischen Fragen, die die Regierung zur Stellungnahme zwingen. Dass die Re-

gierung immer auf sozialpolitischem Gebiet zur Stellungnahme gezwungen werden muss, dass kein einziger Fall selbständiger Initiative, keine einzige sozialpolitische Massregel ohne Hintergedanken von der langen Reihe der Ministerien im letzten Vierteljahrhundert festgestellt werden konnte, kennzeichnet Oesterreich als Klassenstaat. Die Regierung wird nur durch den Klassenkampf zu Massnahmen im Interesse der Arbeiterklasse gezwungen. Mit Feinfühligkeit und zarter Fürsorge wird auf alles Bedacht genommen, was von den Unternehmerorganisationen gegen sozialpolitische Anträge eingewendet wird. Jeder Handelsminister und Leiter des Handelsministeriums von Fort und Fiedler über Weiskirchner und Mataja bis zu Roessler haben es verstanden, sich das Vertrauen der industriellen Unternehmer zu erwerben und dieses Vertrauen auch feierlich ausgedrückt zu erhalten. Kein einziger hat dieses Vertrauen getäuscht, alle haben sie Vorarbeiten zu sozialpolitischen Gesetzen, ja ausgearbeitete Gesetzentwürfe vorgefunden, aber sie haben es wohl verstanden, keine dieser angefangenen Arbeiten zur Reife gedeihen zu lassen, keine einzige grössere sozialpolitische Tat kennzeichnet die Ministertätigkeit auch nur eines derer, die dem längst abgetanen Pino im Amte gefolgt sind.

Durch den Lärm der Unternehmer, der die schwächlichste sozialpolitische Vorlage begleitet, wird sich natürlich keine Regierung täuschen lassen. Es hiesse ja gar zu niedrig von Leuten denken, die ein Lebensalter hindurch mit unseren Unternehmern und ihren Methoden beruflich zu tun hatten, wenn sie ihren Widerspruch gar so stark einschätzen würden. Gerade an dem Bäckerschutzgesetzentwurf, gegen den sich die Unternehmer mit Massenprotesten wenden, lässt sich das am besten erweisen. Die Notwendigkeit eines Bäckerschutzes ist durch eine amtliche Enquete klärllich erwiesen worden. Der Gesetzentwurf bleibt ungeheuer weit zurück hinter dem, was der sicherlich vorsichtig gehaltene sozialdemokratische Gesetzentwurf fordert. Er bleibt zurück hinter dem, was in anderen Staaten Rechtens ist. Er bleibt weit zurück hinter dem, was die Arbeiter in den Bäckertarifen durchgesetzt haben und was die Unternehmer, wie langjährige Erfahrung lehrt, leicht gewähren können. Kein Bäckermeister ist zugrunde gegangen durch das, was ihm die Tarifverträge auferlegen. Und doch wird gegen den ungenügenden, die Unternehmerinteressen in weitestgehender Weise berücksichtigenden Gesetzentwurf, der durch seine schlechte Fassung weitere Vorteile den Unternehmern gewährt, Sturm gelaufen, mit der ernstesten Miene wird man die Resolutionen der Bäckermeister und Brotfabrikanten gegen den kläglichen Gesetzentwurf zum Schutze der Bäckereiarbeiter ins Feld führen.

Noch stärker äussert sich der Widerstand der Unternehmer dann, wenn es sich nicht um ein Spezialgesetz für einen einzelnen Beruf, sondern um ein allgemeines Arbeiterschutzgesetz handelt. Dem sanitären Maximalarbeitstag, der in Deutschland schon auf Grund der Novelle zur Gewerbeordnung vom Jahre 1891 besteht, auf Grund dessen eine lange Reihe von Verordnungen in Deutschland erlassen wurde, für den aus England und aus zahlreichen anderen Ländern mannigfache Beispiele angeführt werden können, wird in Oesterreich der schärfste Widerstand entgegengesetzt. Längst ist auch im österreichischen Handelsministerium die Notwendigkeit einer Aenderung des § 74 der Gewerbeordnung erkannt, durch die der Regierung wie in anderen Ländern ermöglicht werden soll, im Interesse von Leben und Gesundheit der Arbeiter zwingende Anordnungen zu treffen. Eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen wurde ausgearbeitet, aber jeder Handelsminister, der nach dem Grafen Auersperg kam, hat das abgeschwächt, was seine Vorgänger wollten, und das, was heute noch immer nicht im Reichsgesetzblatt erschienen ist, noch immer der parlamentarischen Verabschiedung harrt, wird ein Machtmittel der Regierung sein, dem diese selbst fast jede Kraft genommen und aus dessen Machtbereich sie zahlreiche Betriebe direkt ausgenommen hat.

So ist auch der Werdegang der Bestimmungen über den sanitären Normalarbeitstag ein trauriges Beispiel für die österreichische Sozialpolitik, für ihre Zurückgebliebenheit hinter der Gesetzgebung anderer Staaten, für die mangelnde Kraft und Initiative der Regierung und für die weitgehende Rücksichtnahme auf die Wünsche der Unternehmer.

Diese Rücksichtnahme geht viel weiter, als es die Unternehmer selbst für notwendig erachten. Sie wissen ja sehr wohl, dass in wirtschaftlich weiter vorgeschrittenen

Staaten die sozialpolitische Gesetzgebung und die soziale Verwaltung viel weiter ausgebaut sind wie in Oesterreich und dass diese Fortschritte die Konkurrenzfähigkeit dieser Industrien und der ganzen Wirtschaftsgebiete nicht gehemmt haben. Auch die österreichischen Unternehmer können sich nicht verhehlen, dass die Nachgiebigkeit allen ihren Wünschen gegenüber ihre Wettbewerbmöglichkeit gegen das Ausland doch nicht gesteigert hat.

Die österreichischen Unternehmer wenden sich mit aller Kraft dagegen, auch nur das durch die Gesetzgebung bewilligen zu lassen, was in anderen Staaten schon längst Gesetzeskraft erlangt hat. Das spricht für ihre Kleinmütigkeit und für ihre Unfähigkeit, für das Fehlen jedes Selbstbewusstseins und jedes Stolzes. So wenig wählerisch sind die österreichischen Unternehmer bei der Bekämpfung sozialpolitischer Massnahmen, dass sie nicht davor zurückschrecken, offenkundige Tatsachen zu leugnen, ja dass sie mit durchaus verlogendem Material alle sozialpolitischen Forderungen bekämpfen. Ein Dokument für diese Methode ist der Vorbericht des Abgeordneten Dr. Freissler an den Sozialpolitischen Ausschuss des Abgeordnetenhauses zu den Anträgen betreffend die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Hilfsarbeiter. Da finden sich alle möglichen gekünstelten Einwände, um die Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Einführung des Zehnstudentages zu hintertreiben. In ganz tendenziöser Weise wird die Gesetzgebung der mit uns im Wettbewerb stehenden Industriestaaten dargestellt, es wird die Bedeutung der Höchstarbeitszeit für Frauen und jugendliche Arbeiter nicht gewürdigt, zum Teil auch nicht klar dargestellt. Die ungeheure Wirkung der Zehnstundenbill in England, der neuen Gesetze über die Achtundfünfzigstundenwoche in Deutschland und in den Niederlanden, des Zehnstudentages in Frankreich und in anderen Staaten wird nicht dargestellt und die ganze Beweisführung spitzt sich in einem Antrage zusammen, der vollständig wirkungslos sein würde, wie ein Fischnetz mit lauter zerrissenen Maschen. Eine Verkürzung des Maximalarbeitstages soll in Aussicht genommen werden, ohne dass gesagt wird, welche Höchstarbeitszeit künftig gelten werde. Diese der Regierung überlassene Festsetzung soll durch Ausnahms- und Uebergangsbestimmungen für einzelne Branchen, Grössenklassen der Betriebe und Ortsgebiete durchbrochen werden und ausserdem soll noch, was wirklich kein Unternehmer in Oesterreich bedarf, eine noch weitere Erleichterung der Bestimmungen betreffend die Bewilligung der Ueberstunden eintreten. Das zeigt so deutlich, in welcher Hut die Sozialpolitik wäre, wenn man sie dem Nationalverband und seinen Freisslers überlassen würde.

Die Einführung des Zehnstudentages wäre ein Entgegenkommen, das man wahrlich nicht überhoch zu bewerten hätte, da ja der Zehnstudentag und noch weit kürzere Arbeitszeiten für eine grosse Anzahl von Arbeitern seit langem, wenn auch freilich nicht durch die Gesetzgebung und durch die soziale Verwaltung durchgesetzt, aber durch die Arbeiterorganisationen in schweren Kämpfen den Unternehmern abgerungen worden sind. Wenn wir diese Leistungen noch so hoch bewerten müssen, so bleiben freilich noch immer Hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen, für die — so traurig das auch ist — die Einführung des Zehnstudentages einen bedeutsamen Fortschritt, eine erhebliche Verminderung ihrer Ermüdung bei der von Jahr zu Jahr intensiver werdenden Arbeit bedeuten würde.

Die lange Arbeitszeit, die Ausnützung des gesetzlich zulässigen Elfstudentages ist nach der amtlichen Statistik in keiner einzigen Industrie allgemein. In all den Gewerbezweigen, in denen längere Arbeitszeiten festgestellt sind, gibt es eine ganz erhebliche Anzahl von Betrieben, die mit kürzerer Arbeitszeit auskommen, sie erweisen damit, dass die lange Arbeitszeit mit den tatsächlichen Interessen der Industrie nicht zwingend verknüpft ist. Es ist eine tausendfältig festgestellte Erscheinung, dass lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne ein Hemmnis der technischen Entwicklung sind. Es werden durch die langen Arbeitszeiten weit mehr vermeintliche als tatsächliche Interessen der industriellen Unternehmer befriedigt. Auch die österreichischen Unternehmer haben selbst bei gleichbleibenden sonstigen Produktionsbedingungen bei verkürzter Arbeitszeit, die oft infolge geringerer Bestellungen zum Zwecke der Produktionseinschränkung eingeführt wurde, eine grössere Warenproduktion festzustellen gehabt, als sie erwartet und beabsichtigt hatten. Es fehlen sowohl nach den

österreichischen Erfahrungen wie nach denen anderer Länder zwingende Gründe, an der Fortdauer elfstündiger Arbeitszeiten festzuhalten.

Liegt ein privatwirtschaftliches Unternehmerinteresse dafür nicht vor, so verlangt eine volkswirtschaftliche Erwägung unbedingt die Verkürzung der Arbeitszeit. Schon die Erwägung, dass die Verkürzung der Arbeitszeit zu einer technischen Anpassung der Betriebe an die Forderung höchster Leistungsfähigkeit drängt, muss volkswirtschaftlich die Verkürzung der Arbeitszeit sehr wünschenswert erscheinen lassen. Technisch rückständige Fabrikeinrichtungen spiegeln einen Mangel des Unternehmergeistes wider, sie zeigen von wenig Initiative und lassen auch keine erfreuliche kommerzielle Expansionskraft erwarten. Die Bürokratisierung der Industrie, der Mangel an Initiative, das Jammern über die Konkurrenz des Auslandes und das Fehlen eines Strebens, dem Wettbewerb eine Spitze zu bieten, dem vorwärtsstürmenden Konkurrenten in die Gebiete seiner Erfolge nachzugehen und neue Absatzgebiete zu entdecken und zu bearbeiten, charakterisieren den österreichischen Unternehmer durchschnittlicher Statur. Er ist nicht für Neuerungen, er fürchtet die Aufregung, er ist kein Wager, kein Unternehmer grossen Stils, er bleibt deshalb in jeder Hinsicht im Hintertreffen. Er will in seiner Ruhe nicht gestört sein, in dem alten Gange soll alles weiterlaufen, deshalb will er sich auch seiner Fabrikorganisation nicht anpassen, den kürzeren Arbeitszeiten, obgleich gerade sie den Anstoss zu einer kräftigen Entwicklung geben können. Auch hierfür fehlt es nicht an Beispielen in Oesterreich. Die starken Verkürzungen der Arbeitszeit, die die Metallarbeiter den Unternehmern abgezwungen haben, haben zu einer Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Maschinenindustrie und zu manchem schönen Exporterfolg geführt, wenn freilich auch unser Eisenkartell die Industrieentwicklung hemmt und der gewaltige Vorsprung der deutschen, englischen und amerikanischen Konkurrenz nicht mehr auszugleichen war.

Während wir den Elfstundentag als eine viel zu lange Arbeitszeit empfinden, während wir es als ein Zeichen mangelnder Entwicklung ansehen, dass seit dem Jahre 1885 der elfstündige Maximalarbeitstag noch nicht dem zehnstündigen gewichen ist, müssen wir feststellen, dass in unseren grössten Industrien, vor allen in den Industrien der Eisengewinnung, in den Glas- und Porzellanindustrien, in chemischen und Textilindustrien, in der Zucker- und anderen Nahrungsmittelindustrien noch vielfach die zwölfstündige Arbeitszeit herrscht. Die Errungenschaften der Arbeiterschutzgesetzgebung vom Jahre 1885 sind für starke Gruppen von Arbeitern noch immer nicht verwirklicht. Die Arbeitszeit dauert für diese Arbeiter länger als sie gesetzlich zulässig ist, die Sonntagsruhe ist nicht verwirklicht, die Pausen der Arbeiter sind täglich in Frage gestellt. Dazu herrscht die Nacharbeit in jenen Betrieben, es kommen achtzehnstündige und noch längere Arbeitszeiten vor. All das wird damit erklärt, dass es sich hier um Betriebe handelt, die ununterbrochen in Tätigkeit sein müssen, dass aus technischen Gründen ohne Unterlass gearbeitet werden muss; es könne, so heisst es, deshalb keine Betriebsunterbrechung, sei es zur Nachtzeit oder am Sonntag, sei es durch die sonst gesetzlich vorgeschriebenen Pausen geben. Für viele Betriebe, für die diese Arbeitszeiten gelten, lassen technische Verhältnisse eine Unterbrechung der Betriebe nicht zu, aber es ist damit nicht die Folgerung gegeben, dass diese Arbeiter deswegen 12 Stunden regelmässig, zeitweise 18 und hie und da mehr Stunden arbeiten sollen, dass ihnen ausserdem alle Vorteile der Arbeiterschutzgesetzgebung genommen werden. Die Unternehmer der Betriebe mit diesen langen Arbeitszeiten gehören zu den Grössten und Mächtigsten, ihre Betriebe sind vielfach in Kartellen zusammengeschlossen, nicht selten im Besitze der Grossbanken, von geringen Ausnahmen abgesehen, handelt es sich hier um die kapitalkräftigste Industrie. Deshalb hat man die sozialpolitische Verpflichtung, die Arbeiter in diesen Betrieben nicht die Opfer für die technischen Schwierigkeiten der Produktion tragen zu lassen. Um so mehr soziale Verpflichtung ist man diesen Arbeitern schuldig, als es sich fast ausnahmslos um überaus schwere, stark ermüdende, hervorragend ungesunde, oft im höchsten Masse lebensgefährliche Arbeiten handelt. Deshalb haben die Sozialdemokraten im österreichischen Abgeordnetenhaus die Einführung des Achtstundentages für die kontinuierlichen Betriebe immer wieder gefordert und energisch betrieben. Sie haben damit nicht irgend etwas Utopisches,

in ferner Zukunft vielleicht Mögliches verlangt. Was sie gefordert haben, hat die in der zweiten Septemberwoche dieses Jahres in Zürich tagende siebente Delegiertenversammlung der Internationalen Vereinigung für den gesetzlichen Arbeiterschutz als notwendig erachtet. Einmütig trat sie dem Antrag ihrer Kommission bei, die verlangte:

Die Delegiertenversammlung fordert das Bureau der Internationalen Vereinigung auf, an den schweizerischen Bundesrat die Bitte zu richten, baldmöglichst eine Konferenz der interessierten Staaten einzuberufen, mit der Aufgabe, eine Vereinbarung über die Einführung der Achtstundenschicht für die Arbeiter an den Hochöfen und in den Eisenhütten, Stahl- und Walzwerken anzustreben.

Auch für die Arbeit in den Glashütten erachtete die Delegiertenversammlung ein internationales Uebereinkommen mindestens auf der Grundlage von durchschnittlich 56 Wochenstunden mit einer ununterbrochenen 24stündigen Ruhezeit für erstrebenswert; jedoch soll die Wahl des hierfür geeigneten Zeitpunktes dem Bureau der Internationalen Vereinigung überlassen bleiben, während die Regelung der Eisenarbeit „baldmöglichst“, ja, nach dem Wunsche einiger eifrigen Delegierten bereits auf das Programm der nächsten Staatenkonferenz im Frühjahr 1913 gesetzt werden soll. Zur Arbeitszeitregelung in den übrigen Industrien, die aus Gründen technischer Notwendigkeit ununterbrochenen Betrieb unterhalten müssen, erklärte die Versammlung:

Was die übrigen Industrien betrifft, ist die Delegiertenversammlung der Ansicht, die Landessektionen möchten durch Studien die Anwendung des Achtstundentages oder einer entsprechenden Woche in den ununterbrochenen Betrieben vorbereiten: a) sowohl dort, wo der Arbeitstag (Arbeitsbereitschaft) 10 Stunden innerhalb eines 24stündigen Zeitraumes überschreitet, b) als auch da, wo die Schichten an mehr als sechs Tagen der Woche Arbeit verrichten, c) und auch in denjenigen Industrien (zum Beispiel Papier-, Holzmasse- und chemische Industrie), für welche die Verhältnisse für das Dreischichtensystem in manchen Ländern reif zu sein scheinen.

Trotzdem diese Forderungen von einer vornehmlich aus bürgerlichen Sozialpolitikern zusammengestellten Körperschaft aufgestellt wurden, haben sich unsere Unternehmer in der schärfsten Weise gegen die Einführung des Achtstundentages gewehrt, obgleich die Enquete des österreichischen Arbeitsstatistischen Amtes für die Eisenindustrie erwiesen hat, dass die Leistungen der Arbeiter mit den kürzeren Arbeitszeiten, mit der acht- und sechsstündigen Schichtdauer, viel höhere waren als bei der zwölfstündigen.

Den bisherigen Zustand in den kontinuierlichen Betrieben zu erhalten, war aber doch nicht möglich. Der geschickten Führung im Sozialpolitischen Ausschuss verdanken die Vertreter der Arbeiter, dass der Handelsminister, der den Achtstundentag als unerfüllbar erklärte, die Erhaltung des bestehenden Zustandes doch nicht mehr für möglich erklärte. Er versprach Sicherungen für die Einhaltung der Pausen und für den wöchentlichen Ruhetag, er hat dieses Versprechen in einigemassen befriedigender Weise erfüllt. An Stelle der bisherigen Willkür der Unternehmer ist nun doch eine etwas erhöhte Möglichkeit der Kontrolle und der Durchsetzung getreten. Die Rechte der Arbeiter sind klarer festgestellt und in höherem Masse gesichert, und die überlangen Arbeitszeiten sollen nun als ausgeschaltet gelten. Es wird freilich nun die Aufgabe einer hoffentlich klaren und in zwingenden Ausdrücken gehaltenen Durchführungsverordnung, der Gewerbeinspektoren wie der Arbeiterorganisationen sein, das, was durch die sozialdemokratischen Abgeordneten im Interesse der Arbeiter in den kontinuierlichen Betrieben durchgesetzt wurde, auch wirklich zur Tat werden zu lassen. Mit viel Energie und mit viel Aufmerksamkeit wird man da einzugreifen haben, weil die Unternehmer nicht nur jeden sozialpolitischen Fortschritt zu hintertreiben bemüht sind, sondern auch mit allen Künsten dahin wirken, das, was trotz ihres Widerstandes abgerungen wurde, in der Durchführung zu hintertreiben. Auch die Leidensgeschichte unserer Gewerbeinspektion ist ein eigenartiges Stück des Klassenkampfes, den die Unternehmer führen gegen all das, was den Arbeitern zum Nutzen gereichen könnte.

* * *

Die Schwachmütigkeit und Aengstlichkeit unserer Unternehmer hängt noch immer zusammen mit der Erinnerung an ihren zu grossen Wagemut, an die schwindelhafte Gründertätigkeit, die der wirtschaftlichen Krise vom 9. Mai 1873 vorangegangen

ist, und deren Eintritt verursacht und beschleunigt hat. Das Jahr 1873 ist nicht nur gekennzeichnet durch die schwerste und langwierigste Krise, die Oesterreich seit den napoleonischen Kriegen zu ertragen hatte, dieses Jahr ist nicht nur der Ausgangspunkt einer schweren Depression, die man bis in die Neunzigerjahre nachfühlte, und deren letzte Ausläufer selbst heute noch zu beobachten sind. Das Jahr 1873 bildet gleichzeitig einen Schlusspunkt einer Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft. Die grosse Weltausstellung zeigte ein starkes Selbstgefühl der österreichischen Industrie. Oesterreich galt für jeden Besucher dieser Weltausstellung als ein ernsthafter und bedeutsamer Mitbewerber um die industrielle Versorgung des Weltmarktes. Niemals seither hat Oesterreich einen so hohen Rang in der Reihe der wettbewerbenden Staaten gehabt, als zur Zeit jener grossen Weltchau über die produktiven Kräfte und ihre Leistungen. Von da ab entwickelt sich nach einer Pause, die die Weltkrise überall aufgenötigt hat, die Industrie in den wettbewerbenden Staaten unverhältnismässig rascher, während sie in Oesterreich schon infolge der weit länger dauernden Krise und des ganz ausserordentlich gelähmten Unternehmungsgeistes diesen Vorsprung nicht mehr einholen konnte. Unser hauptsächlichster Konkurrent, das Deutsche Reich, war uns im Jahre 1873 unverhältnismässig weniger — vielfach überhaupt nicht — überlegen als gegenwärtig. An sozialen Lasten hat es den Unternehmern Deutschlands nicht gefehlt. Sie waren grösser als in Oesterreich, besteht doch in Deutschland fast ein Vierteljahrhundert die Invaliditäts- und Altersversicherung, hat es doch alle anderen Versicherungen früher eingeführt als Oesterreich, auch der Zehnstundentag existiert dort, wenn auch formell nur für die Frauen. . . . Gewaltig ist die Entwicklung der Industrie im Deutschen Reiche, es hat England auf vielen Gebieten überflügelt, es ist heute mit Grossbritannien und den Vereinigten Staaten von Amerika die industrielle Beherrscherin der Welt. Vergleichen wir den Stand der Industrie im Deutschen Reiche mit dem vor vierzig Jahren, so erkennen wir eine ungeheure Entfaltung aller Produktivkräfte, während Oesterreich sich von einem ähnlichen Stande, wie sie damals die deutsche Industrie hatte, nur verhältnismässig wenig erheben konnte. Die deutsche Industrie ist in ihrer Entwicklung durch sozialpolitische Lasten für die Unternehmer, durch die Verkürzung der Arbeitszeit und durch die Erhöhung der Löhne nicht gehindert worden. Die beste Gewerkschaftsbewegung der Welt verfiucht dort die Interessen der Arbeiter gegen die Unternehmer, und die grösste sozialdemokratische Partei der Welt drängt dort auf sozialpolitische Massnahmen. Höchste technische Entwicklung, grösste Leistungsfähigkeit, einen von Jahr zu Jahr wachsenden Anteil an der Versorgung des Weltmarktes hat sich Deutschland gesichert. In Oesterreich suchen die Unternehmer die geringe Entwicklung ihrer Betriebe mit den sozialpolitischen Lasten zu erklären, sie glauben es so darstellen zu können, dass die Ablehnung aller Arbeiterforderungen die Voraussetzung industrieller Macht der österreichischen Volkswirtschaft sein würde. Tatsächlich führt der Widerstand gegen jede sozialpolitische Massnahme zu einer Verknöcherung unserer Industrie.

Es wäre andererseits verfehlt, zu meinen, dass unsere österreichischen Industriellen tatsächlich so unwissend sind, wie sie von ihren Unternehmersekretären hingestellt werden. Sie wissen natürlich, dass die sozialpolitischen Massnahmen der Gesetzgebung, dass die Erfolge der Gewerkschaftsbewegung die von ihnen so beneidete Entfaltung der deutschen Industrie nicht gehemmt haben, sie wollen aber nicht den österreichischen Arbeitern die Erfolge gönnen, sie fürchten, dass jede Errungenschaft der Arbeiter, wenn sie auch die Industrie in keiner Weise schädigt, zu weiteren Forderungen der Arbeiter führen könnte. Sie sind prinzipielle Gegner jedes Erfolges der Arbeiter, sowohl der politischen, als noch mehr der gewerkschaftlich vereinigten. Für sie ist es ein Prinzip, jeden Erfolg der Arbeiterorganisation zu hintertreiben, es wird das für sie ein Selbstzweck, es ist das bewusste Klassenkampf für sie geworden, natürlich ohne dass dieses als sozialistisch verpönte Wort gebraucht wird.

Wie oft hat man es uns erklärt, dass in Oesterreich der Klassenkampf nicht existiere, dass der österreichische Unternehmer ein gemütlicher, harmloser, den Arbeitern nicht feindlich gesinnter Mann sei, dass er nicht wie die Unternehmer in anderen Ländern auf dem Boden des Klassenkampfes stehe und den Fortschritt der Arbeiter, die Entwicklung ihrer Organisation, die Errungenschaft ihrer Klasse als Nachteil und

Hemmnis empfinde. Leben und leben lassen, das sei österreichische Maxime, und das gelte auch für die Unternehmer. Der österreichische Unternehmer sei weicher, gönne den Arbeitern mehr, er passe sich leichter an an die Forderungen der aufsteigenden Klassen Mag man vielleicht da und dort in zu schneller Generalisierung einmal zu derartigen Auffassungen Anlass gefunden haben, eine Betrachtung des Kampfes der österreichischen Unternehmer gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt, ihr Streben nach einer Einengung des Koalitionsrechtes, die immer wachsende Schroffheit der gewerkschaftlichen Kämpfe, die Erfassung fast aller Unternehmer durch die Scharfmacherorganisationen, ihr Ausbau und ihr systematisches Vorgehen lehren uns, dass Oesterreich sich in nichts unterscheidet von den klassischen Ländern des Klassenkampfes. Für uns ist diese Erkenntnis nur eine Befestigung unserer Ueberzeugung, dass der Arbeiterschaft nur Erfolge werden durch die Führung des Klassenkampfes, durch die energische Vertretung der Arbeiterinteressen, durch die Zusammenfassung aller Kräfte des Proletariats, durch die Erfüllung der geeinigten Arbeiterschaft mit dem Bewusstsein der Klassenzusammengehörigkeit, mit der Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Klassenkampfes. Ohne Klassenkampf erhalten wir keine Sozialpolitik in Oesterreich; der Klassenkampf ist die Voraussetzung jeder Hebung der Arbeiterklasse, jedes Erfolges des Proletariats und damit auch jeder sozialpolitischen Errungenschaft.

Ernst Hübel: Eine Niederlage des Separatismus

In den letzten Wochen haben wir eine Arbeiterbewegung ganz eigentümlicher Natur erlebt. Brünn war der Kampfboden, jenes Brünn, dessen Proletariat schon wiederholt dem Unternehmertum schwere Kämpfe geliefert, jedoch bisher aus seiner eigenen Geschichte nichts gelernt, aber alles vergessen hat.

Brünn ist für das österreichische Textilproletariat historischer Boden; es kann über den jüngsten Kampf nicht gesprochen werden ohne eine Erinnerung an den letzten grossen Kampf im Jahre 1899, ja ohne der Zeit kurz zu gedenken, die diesem vorausging.

Die Organisation der österreichischen Textilarbeiter war bis vor etwa einem Jahrzehnt nicht nennenswert. Von den wenigen lokalen Textilarbeiterorganisationen, die in den ersten Jahren der österreichischen Arbeiterbewegung gegründet worden waren, retteten sich nur einzelne durch die Reaktionsperiode der Achtzigerjahre. Erst Ende dieser und Anfang der Neunzigerjahre wurden wieder hie und da Organisationen ins Leben gerufen, die alle lokalen Charakter hatten und später zum Teil in Landesvereine zusammengesogen wurden. Sie alle waren infolge ihrer Zersplitterung und der niedrigen Beiträge, die sie einhoben, zur Ohnmacht verurteilt; eine Verbesserung der Lage ihrer Mitglieder konnten sie nur in allerbescheidenstem Ausmasse durchsetzen. An diesen Zuständen änderte auch nichts die Schaffung eines Verbandes dieser Vereine; denn ihm standen ebensowenig Mittel zur Verfügung wie den Vereinen selbst; zudem waren die einzelnen Verbandsvereine selbständig geblieben und wahrten sich in jeder Hinsicht die Freiheit ihrer „Aktion“. Der Absicht, eine Zentralorganisation zu schaffen, standen fast alle Vereine schroff ablehnend gegenüber.

Da trat ein für die ganze Industrie wichtiges Ereignis ein. Die Brünner Textilarbeiter hatten, wie alle Jahre vorher, auch im Jahre 1899 den 1. Mai festlich begangen, aber am 2. Mai kehrten sie diesmal nicht wie sonst in die Betriebe zurück: sie begehrten die Einführung des Zehnstundentages. Zwölftausend Arbeiterinnen und Arbeiter hatten mit seltener Einmütigkeit diese Forderung erhoben, obwohl nur wenige hundert von ihnen organisiert und auch für diese von der Organisation keine materielle Unterstützung zu erwarten war. Was brauchte man auch Unterstützung? War man nicht gewohnt, die Unternehmer „über den Haufen zu rennen“? Diese Kampfmethode hatte sich so oft bewährt; sie musste doch nun wieder zum Siege führen.

Aber die Unternehmer, angeeifert von ihren Kollegen im ganzen Reich — war es doch der erste grosse Kampf um den Zehnstundentag in der Textilindustrie und somit

ein „prinzipieller“ Kampf —, standen fest und es hätten die Brüner Arbeiter sehr bald dem Hunger weichen müssen, wenn nicht ein zweites Ereignis eingetreten wäre: die Arbeiterschaft ganz Oesterreichs sprang den unorganisierten Textilarbeitern bei und brachte ihnen in grossartigster Weise materielle Hilfe, so dass der ärgsten Not gesteuert werden konnte. In acht Wochen — war der Zehnstundentag errungen!

Es war aber mehr errungen worden: dieser Kampf hatte den Textilarbeitern Oesterreichs, soweit sie schon organisiert waren, endlich die Augen geöffnet, ihnen gezeigt, dass nur der Zusammenschluss aller Kräfte zum Siege gegen das koalierte Unternehmertum führt. Noch Ende desselben Jahres wurde — wieder in Brünn — von einem Textilarbeiterkongress im Prinzip die Zentralisation der Organisationen beschlossen, die dann Anfang des Jahres 1901 ins Leben trat: der Kampf im Jahre 1899, der letzte grosse Kampf der Brüner Textilarbeiter, der dem heurigen vorangegangen, war also der unmittelbare Ausgangspunkt der Zentralorganisation der Textilarbeiter in Oesterreich. Das muss man festhalten, um das Bedauerliche der weiteren Vorgänge richtig einschätzen zu können.

Die Zentralorganisation, die Union der Textilarbeiter Oesterreichs, entwickelte sich prächtig. Mit 6525 Mitgliedern — ein Beweis, wie schwach die Lokal- und Landesvereine gewesen — begann sie 1901 ihre Tätigkeit; Ende 1907 zählte sie schon 51.632 Mitglieder. Deutsche, Tchechen, Polen, auch Italiener zählte sie zu ihren Mitgliedern, doch kein Misston machte sich bemerkbar, und die wirtschaftlichen Erfolge, die sie für die Arbeiter durchsetzte, waren gross. Da kam der Separatismus wie eine schleichende Krankheit über das tschechische Proletariat: Vor der Organisation der Textilarbeiter machte er halt! Warum? Der ehemalige Sekretär der tschechoslawischen Gewerkschaftskommission, Steiner, erklärte das in einer Textilarbeiterkonferenz im Jahre 1908 in Prag folgendermassen: „Bei den Textilarbeitern und Bergarbeitern ist nichts zu holen, die können niemand etwas geben, aber sie brauchen von allen.“ Die separatistischen Führer wollten nicht tschechische Gewerkschaften, sie wollten tschechisches Geld! Und deshalb blieb die Union verschont. Nur indirekt litt sie unter dem Separatismus, denn ihre Werbekraft war durch das wüste Geschimpfe auf „Wien“, die Deutschen und die Zentralorganisationen in den Reihen der tschechischen Textilarbeiter vollständig unterbunden.

Doch sollte es noch anders kommen. Als im Frühjahr 1910 die Brüner gewerkschaftlichen Vertrauensmänner aller Branchen gezwungen waren, gegen das zersetzende Vorgehen der Herren Tusar und Vaněk Stellung zu nehmen und im Interesse des weiteren guten Einvernehmens der Gewerkschaften mit der tschechoslawischen Partei die Abberufung der Genannten zu verlangen, beantworteten die beiden diese „Anmassung“ mit der Spaltung der Textilarbeiterorganisation. Sie frugen nicht mehr danach, ob bei den tschechischen Textilarbeitern „etwas zu holen“ oder nicht, ob diese durch die Loslösung von ihren deutschen Kollegen in jeder Hinsicht geschädigt würden oder nicht; sie prägten einfach das neue Schlagwort: „Mähren den Mähren“. In Brünn war der erste Stein zum Bau der Zentralorganisation der Textilarbeiter Oesterreichs gelegt worden, von Brünn aus wurde sie wieder zertrümmert. Mit welchem Erfolg? Im Mai 1910 begann der separatistische Textilarbeiterverband mit dem Sitz in Brünn (er ist aber auch ein Zentralverein für ganz Oesterreich!) seine Tätigkeit. Noch in demselben Jahr entriss er der Union 66 Ortsgruppen mit 4122 Mitgliedern, im nächsten Jahr wieder einige hundert Mitglieder. Als er aber vor einigen Wochen einen mit Ende März 1912 abgeschlossenen, also die ersten 23 Monate seiner Tätigkeit umfassenden Rechenschaftsbericht vertraulich an seine Ortsgruppen versendete (vor der öffentlichen Berichterstattung hat er sich bis heute gescheut), war diesem zu entnehmen, dass während dieser Zeit im Durchschnitt nur 3286 Mitglieder gezahlt haben, also nicht einmal so viele, als der Union in den acht Monaten abgetrieben worden waren! Dabei hat er aber während dieser Berichtsperiode noch 6404 neue Mitglieder — zu denen die der Union abgetriebenen nicht gerechnet werden — aufgenommen! Diese Zahlen reden eine so deutliche Sprache über das Unvermögen der separatistischen Heilsapostel, dass man ihnen nichts beizufügen braucht. Der Union war vorgeworfen

worden, dass sie in den tschechischen Gebieten der Textilindustrie zu wenig Agitation entfalte; um wieviel „besser“ der separatistische Verband gearbeitet, weiss nun alle Welt. Nur nebenbei sei noch erwähnt, dass auch die Unterstützungsquote, die im separatistischen Verband auf ein Mitglied entfällt, viel niedriger ist, als dies in der geschmähten Union der Fall war.

Und nun die jüngsten Vorgänge in Brünn. Die zentralistisch organisierten Textilarbeiter hatten in einzelnen Betrieben, wo sie trotz der Spaltung einigen Einfluss hatten, eine Lohnbewegung eingeleitet, die Erfolg versprach. Das liess die Separatisten nicht ruhig schlafen und so gingen sie hin und stellten ebenfalls in einigen Betrieben Forderungen, aber höhere als die Zentralisten. Man musste doch den Zentralisten den Wind aus den Segeln nehmen und zeigen, dass man die Interessen der Textilarbeiter „besser vertritt“. Aber auch eine grössere „Energie“ musste man an den Tag legen und so liess man gegen alle gewerkschaftliche Regel und Vernunft die Arbeiter eines Betriebes kündigen, noch bevor die Unterhandlungen mit den Unternehmern abgeschlossen waren. Das bot den 42 kartellierten Textilfabrikanten Anlass, die Aussperrung aller 14.000 Arbeiter anzudrohen. Die Separatisten liessen sich nicht schrecken, liessen die Arbeiter noch zweier Betriebe kündigen und schliesslich in allen drei Betrieben in den Ausstand treten. Aber die beabsichtigte Wirkung blieb aus; die Unternehmer, die die Verhandlungen nach Ueberreichung der Kündigung eingestellt hatten, standen ebenfalls fest und begehrten die bedingungslose Rückkehr in die Betriebe; dann würde weiter verhandelt werden, im anderen Falle träte die Aussperrung am 10. August in Kraft.

Was nun? Das Feuer, das die Führer der Separatisten angezündet, begann ihnen auf die Finger zu brennen. So war es ja gar nicht gemeint! Wie konnte ihr Verband mit leerer Kasse, obwohl er nur wenige hundert Mitglieder in Brünn zählt, eine Aussperrung ertragen? Und so gingen sie hin, den Unternehmern zu erklären, dass sie die als unannehmbar bezeichneten Forderungen zurückziehen und dass Montag den 12. August die Arbeit in den drei Betrieben, in denen gestreikt wurde, wieder in vollem Umfang aufgenommen werde. Das war ein bedingungsloser Rückzug auf der ganzen Linie. Die separatistische Strategie hatte der brutalen Aussperrungstaktik der Unternehmer zu einem billigen Triumph verholfen.

Montag den 12. August ging es aber mit der Wiederaufnahme der Arbeit nicht so glatt, als es die Separatisten wünschten. Die Arbeiter waren bereits stutzig geworden. Um sie zu beruhigen, griff man zur Lüge; man verbreitete ein Flugblatt, in dem man sagte, es sei den Arbeitern eine 5 bis 30 prozentige Lohnerhöhung zugesichert worden, was aber in Wirklichkeit nicht der Fall war. Und so gelang es, die Arbeiter in die Betriebe zu bringen, bis auf jene, die in den Dörfern zu Haus geblieben waren. Die Unternehmer, die sich vor der Aussperrung genau so fürchteten wie die Separatisten, zogen noch am gleichen Tag schnell den Aussperrungsbeschluss zurück.

Allgemeines Aufatmen! Die peinliche Geschichte war zur Zufriedenheit beider Seiten erledigt. Aber nun trat ein dritter Faktor auf den Plan, mit dem insbesondere die Herren Separatisten bisher nicht gerechnet hatten: die Arbeiterschaft selbst. Die Verlogenheit des Flugblattes hatte sich noch am 12. August herausgestellt, denn die Firmen, bei denen die Arbeit geruht hatte, verweigerten den zurückgekehrten Arbeitern das darin Versprochene. Die Arbeiter versagten den Separatisten den Gehorsam und gingen Dienstag nicht wieder in die Betriebe. Aber auch die übrigen rund 12.500 Arbeiter und Arbeiterinnen blieben den Betrieben fern, indem sie sagten: „Hat man uns nicht aussperrern wollen? Gut. Wir pfeifen auf die Aufhebung eures Aussperrungsbeschlusses; jetzt werden wir die Betriebe stillsetzen. Die Zeiten sind schlecht — gebt uns höhere Löhne!“ Und so wurde aus der Generalaussperrung ein Generalstreik. Die Arbeiter hatten nicht nur den Separatisten die Gefolgschaft gekündigt, sie hatten auch die Aussperrungstaktik der Unternehmer ad absurdum geführt und den Herren, die wegen des Streiks einiger hundert Leute 14.000 Arbeiter mit ihren Familien aushungern wollten, eine schallende Ohrfeige versetzt. Eine derbe, aber gesunde Lektion für die Brüner Textilsten und wohl auch für die der anderen Orte; auch sie sollten nicht ungestraft mit dem Feuer gespielt haben.

Der Kampf währte durch vier Wochen, obwohl auch jetzt die Brüner Textilarbeiter genau wie im Jahre 1899 nur zum allergeringsten Teil organisiert waren. Die Separatisten mussten gute Miene zum bösen Spiel machen. Die Zentralisten waren natürlich zur Mitübernahme der Verantwortung nicht zu haben, ihre Tätigkeit beschränkte sich auf die möglichste, aber richtige Information der Arbeiter über die jeweilige Situation. Doch wie schon in der vorjährigen grossen Bewegung der tschechischen Textilarbeiter in Ostböhmen, so suchten die Separatisten auch jetzt in Brünn Verbündete bei den Christlichsozialen und den Nationalsozialen; mit ihnen schufen sie ein gemeinsames Streikkomitee. Ein echter Separatist begreift nicht, dass das Paktieren mit gegnerischen Scheinorganisationen diesen auf die Beine hilft, damit sie dann erst recht dem klassenbewussten Proletariat in den Rücken fallen können.

Das grosse Problem war nun für die Separatisten, ihre Verbündeten und die Unternehmer: Wie den unbequemen Streik umbringen? Die Arbeiter hielten sich wacker, trotzdem die meisten bittere Not litten. In der vierten Woche, auf die Mithilfe der Not bauend, holte man zu einem Hauptschlag aus. Das gemeinsame Streikkomitee bat den Gewerbeinspektor um seine Vermittlung. Man einigte sich auf Anträge, die den Unternehmern vorgelegt wurden. Diese, durch den Misserfolg mit der Aussperrungsandrohung gewitzigt, bestanden nun nicht mehr auf der bedingungslosen Arbeitsaufnahme. In der Richtung hatten ihnen die Arbeiter eine bessere Einsicht eingepaukt, sie zum Rückzug gezwungen. Aber die Zugeständnisse waren so gering, dass sich die Separatisten fürchteten, den hungernden Arbeitern die Wahrheit zu sagen. Um sie aber dennoch in die Betriebe zu bringen, verbreiteten sie Samstag den 7. September wieder wie am Tage der begonnenen und gleich wieder aufgehobenen Aussperrung ein ganz lügenhaftes Flugblatt. So redeten sie darin breitspurig den Webern vor, dass sie für gewisse schwierige Arbeit von einer gewissen Kettfadenzahl angefangen bis zu $2\frac{1}{2}$ Hellern für 1000 Schuss mehr bekämen, was ihnen schriftlich garantiert worden sei. In Wirklichkeit hatten die Unternehmer eine Regelung der Löhne dieser Artikel erst im Verhandlungsweg in Aussicht gestellt. Und sie prunkten mit diesen Ziffern, obwohl jene Artikel nur von ein bis zwei Dutzend Webern in ganz Brünn gearbeitet werden! Einen halben Heller hatten die Unternehmer bis zu einem angegebenen Lohnsatz für 1000 Schuss für die leichteren Gewebe zugesagt; die besser zahlenden Webereien sind also auch davon ausgeschlossen. Letzteres hob das Flugblatt nicht hervor. Für die Färbereien und Appreturen wurden 6 Prozent Lohnerhöhung zugestanden, soweit eine solche in diesem Ausmass während der letzten zwei Jahre nicht gewährt wurde. Das Flugblatt log aber dazu, dass dieses an sich problematische Zugeständnis auch für die Schweifer, Spuler, Haspler, Zwirner und andere Vorarbeiter gelte. Ausserdem versprach das Flugblatt eine Lohnerhöhung für das Anknüpfen, Couponweben und Ueberzeitarbeiten, was die Unternehmer nicht zugestanden hatten. Die von den Unternehmern veröffentlichten Vereinbarungen sagen somit viel weniger als das Flugblatt. Die beabsichtigte Irreführung der Arbeiter geht übrigens auch aus der Tatsache hervor, dass das Flugblatt verschweigt, dass auf Grund der getroffenen Vereinbarungen ganze Fabriken und Fabrikabteilungen von jeder Lohnerhöhung ausgeschlossen bleiben, so zum Beispiel alle Spinnereien und Filzfabriken. Die Spinnereien allein beschäftigen rund 4000 Personen, die somit einer Lohnerhöhung entbehren; nach fachmännischer Schätzung dürften auf Grund der Vereinbarungen 75 Prozent aller Brüner Textilarbeiter leer ausgehen.

Ein ewiges Denkmal der Schande wird dieses Flugblatt für den Separatismus sein. Wer mit den Waffen der Lüge und Hinterhältigkeit arbeitet, um die Arbeiter, für die man keine Unterstützung mehr hat, zu bewegen, Scheinkonzessionen anzunehmen, wer es nicht wagt, ihnen offen und ehrlich die Wahrheit zu sagen, der hat das Recht verwirkt, sich weiter als ihr Vertreter und Berater auszugeben. Die Führer der Separatisten, die in dem Flugblatt die Arbeiter aufforderten, Montag den 9. September die Arbeit wieder aufzunehmen, mögen das Schändliche ihrer Handlungsweise auch gefühlt haben. Samstag hatten sie bezeichnenderweise mit ihren Verbündeten im

Katholischen Vereinshaus eine gemeinsame Vertrauensmännerbesprechung, aber sie wagten es nicht, eine Versammlung einzuberufen. Die Christlichsozialen und die Nationalen bearbeiteten Sonntag die Arbeiter in den Dörfern, die Separatisten liessen die Dinge einfach laufen und vertrauten der Verlogenheit ihres Flugblattes. Die Zentralisten aber konnten nicht mehr eingreifen, weil die Flugblätter erst zu einer Zeit verteilt wurden, wo jede Gegenaktion unmöglich war. Die in den Dörfern wohnenden Arbeiter strömten denn auch Montag früh in die Betriebe; nur die Brüner selbst, die nicht ganz ununterrichtet geblieben waren, begehrten Rechenschaft von den Separatisten. Ihr Groll entlud sich, aber sie waren machtlos geworden. Wie eine Herde Schafe wurden sie in die Fabriken getrieben. Den Weg zum Arbeiterheim (dem Lokal der Zentralisten) sperren ihnen separatistische Ordnerketten ab. Dennoch versammelten sich hier einige tausend Arbeiter, denen unter den gegebenen Umständen geraten werden musste, ebenfalls in die Betriebe zurückzukehren.

Das war die jüngste grosse Bewegung der Brüner Textilarbeiter. Ihren schmählichen Verlauf hat der Separatismus verschuldet. Als die Brüner vor dreizehn Jahren um den Zehnstundentag kämpften, waren die österreichischen Textilarbeiter in Dutzende Organisationen zersplittert. Der jetzige Kampf sah wieder eine zerrissene Organisation, wenn auch in andere Gruppen als damals; aber jetzt fühlten die Arbeiter die Nachteile der Uneinigkeit weit stärker als 1899, denn in jenem Jahre kam ihnen die gesamte Arbeiterschaft des Reiches in grossartiger Weise zu Hilfe. Gegen 200.000 Kronen Unterstützungsgelder wurden damals nach Brünn gesendet. Diesmal blieb die Unterstützung aus; der Separatismus hat die tschechische Arbeiterschaft isoliert, hat sie der Solidaritätsbeweise der Arbeiter der anderen Nationen beraubt. Das Jahr 1899 brachte der Brüner Textilarbeiterschaft einen grossen Erfolg und brachte anschliessend daran eine grosszügige Zehnstundentagbewegung im ganzen Reich; 1912 bringt den Brüner eine nur mühsam verschleierte Niederlage, der gesamten Arbeiterschaft im Reich Gefühle der Scham über das Verhalten jener, die sie einst ihre Genossen nannten.

Der Kampf im Jahre 1899 führte zur Einheit der österreichischen Textilarbeiterorganisation; wird auch der heurige, geradezu katastrophal verlaufene Kampf die österreichischen, besser gesagt die separatistisch-tschechischen Arbeiter zur Besinnung bringen, sie in das Lager der gemeinsamen Organisation zurückführen? Wird er dieselbe heilsame Wirkung üben wie der Kampf vom Jahre 1899? Es muss das leider bezweifelt werden: die tschechische Arbeiterschaft hat den Leidensweg, auf den sie der Separatismus geführt, noch nicht zur Gänze durchschritten.

Oskar Helmar (Wiener-Neustadt):

Die Parteischule in Klagenfurt

Der Bodenbacher Parteischule vom Jahre 1910 folgte in diesem Jahre die zweite in Klagenfurt. Dadurch sollte den alpenländischen Organisationen Gelegenheit geboten werden, die Schule leichter beschicken zu können. Trotz der beträchtlichen Kosten sandten aber auch die deutschböhmisches Organisationen sechs Genossen nach Klagenfurt, Wien und Niederösterreich neun. Die Schule entspricht eben einem Bedürfnis, das um so mehr Erfüllung heischt, je grösser die Partei wird, je mehr agitatorische Kräfte sie in ihren Dienst stellen muss. Und grösser wird die Partei von Tag zu Tag.

Insgesamt wurden von den deutschösterreichischen Organisationen 36 Genossen und 3 Genossinnen in die Schule gesandt. Von diesen waren 9 Schüler aus Wien und Niederösterreich, 3 aus Salzburg, 8 aus Steiermark, 2 aus Tirol, 9 aus Kärnten und 6 aus Deutschböhmen. Ausserdem nahmen ein tschechischer Genosse aus Mähren, ein slowenischer Genosse aus Krain und eine Genossin und ein Genosse aus der Schweiz am Unterrichte teil. Die Kosten trugen meistens die delegierenden Organisationen.

Gliedert man die Schüler nach dem Alter, so kommt eine Zusammensetzung heraus, die für den Unterricht nicht gerade als zweckentsprechend zu bezeichnen ist. Die Altersunterschiede waren zu gross. Hier scheint eine Regelung sehr am Platze. Es sollte eine bestimmte Altersgrenze gesetzt werden, die nicht nur für die Lehrer, sondern auch für die Schule überhaupt von grösstem Wert wäre. Der zwanzigjährige Parteischüler wird beispielsweise die Gewerkschaftsfrage — weil ihm völlig neue Tatsachen vermittelt werden — mit Aufmerksamkeit verfolgen, während der alte Gewerkschafter dabei schon ganz besondere Interessen hat. Eine Gliederung nach dem Alter ist aber schlechterdings unmöglich. Bleibt also nur die Altersgrenze, die ja auch dadurch begründet erscheint, dass die Schule doch den Zweck hat, Nachwuchs zu erziehen.

Untersuchen wir den Lehrplan der Schule, so finden wir, dass in Anbetracht der Kürze der Zeit von den Schülern etwas zu viel verlangt wird. Aber nicht nur das. Infolge des Zeitmangels konnten die Lehrer den Lehrstoff nur mit Hast und Ueberstürzung zu Ende bringen. Besonders ausgedehnte Materien — wie etwa Geschichte und Nationalökonomie — mussten sehr zusammengedrängt werden, eine aus dem Hörerkreise angeregte Erweiterung blieb ihnen versagt. Dies ist beklagenswert und sollte die Parteivertretung bestimmen, die nächste Schule unbedingt auf sechs Wochen auszudehnen. Auch wäre dann an dem Lehrplan manches zu ändern. So fehlt die Geschichte des Sozialismus vollends. Wegen Zeitmangel kann dieser Unterrichtsgegenstand in dem Lehrplan keine Aufnahme finden, obwohl ihn nicht nur die Schüler, sondern auch die Lehrer missen. Sein Fehlen wird speziell dann empfindlich fühlbar, wenn Namen der Vorläufer des Sozialismus genannt werden, von deren Wirken mancher Hörer wenig wusste. Bei einiger Ausdehnung der Unterrichtswochen wäre es sicher möglich, diese Lücken auszufüllen. Sehr zum Vorteil für die Schule waren die journalistischen Uebungen. Sie wurden erst in diesem Jahre in den Lehrplan eingefügt und allseits als zweckmässig anerkannt. Wir glauben kaum, dass sie dem Unterrichtsplan der nächsten Parteischule fehlen werden. Sehr nützlich wird sich die Aufstellung einer Bibliothek empfehlen. Sie würde es den Schülern ermöglichen, eben flüchtig Empfangenes durch Nachlesen gleich in festen Besitz zu nehmen. Soll die Schule reformiert werden, so gilt aber als erstes Gebot: die Zeitdauer zu verlängern. Verfehlt wäre es, die Zahl der Unterrichtsstunden zu erhöhen. An die geistigen Kräfte der Schüler und Lehrer werden die grössten Anforderungen gestellt, die zu steigern beiden Teilen kaum möglich wäre.

Ausnahmslos aber brachte — trotz der Wünsche, die nun auftauchen — die Parteischule, die man mit vielem Recht Partei- und Gewerkschaftsschule nennen könnte, für jeden Hörer reichlichen Gewinn. Man kehrte heim mit vielen Anregungen, neuem Wissen und Kenntnissen, die zu verarbeiten, zu ergänzen und zu festigen jedes Genossen vornehmste Aufgabe sein wird. Im besonderen trifft dies für jene Hörer zu, denen der Unterricht neue Wege erschloss. Aber auch bei den geschulteren Hörern wurde manches bereits Bekannte wirkungsvoll ergänzt, Neues hinzugefügt, so dass auch sie das Gehörte werden festigen müssen.

Ein Wort sei noch über die Seminarien gesagt. Es ist klar, dass manche der empfangenen Lehren zunächst völlig verblüffend wirken. Man findet sich nicht gleich zurecht. Man will auch den Unterricht nicht stören, den Vortragenden nicht unterbrechen. Dazu sind nun die Seminarstunden da. Sie bilden gleichsam den praktischen Unterricht. Das zu beobachten hatte man insbesondere im gewerkschaftlichen Seminar Gelegenheit. Hier gab es strittige Punkte, deren Erörterung fast alle Hörer auf den Plan rief. Im geschichtlichen Seminar (zwei Stunden) wurde durch ein Referat gegen den Sozialismus, welchem die Hörer entgegenzutreten hatten und wobei alle gegnerischen Einwendungen benützt wurden, ein interessantes, ungemein lehrreiches Redegefecht hervorgerufen. Aehnlich war es im volkswirtschaftlichen Seminar (vier Stunden). In diesem Fach hatten die Schüler mancherlei Schwierigkeiten zu überwäligen, das ausserordentlich schwierig ist. Diese Uebungen sollen neben dem Zweck, den Hörern Gelegenheit zu geben, das Gehörte praktisch anzuwenden, auch den Lehrern Einblick gewähren, inwieweit die Hörer dem Unterricht folgen konnten. Eine Einschränkung des Unterrichtes in dieser

Hinsicht wäre verfehlt. Im Gegenteil: auch eine Vermehrung der Seminarstunden wird sich als nützlich erweisen.

* * *

Den interessantesten und dankbarsten Teil des Unterrichtes hatte ohne Zweifel Genosse Dr. Renner durchzuführen: Politik, Geschichte und Theorie des modernen Staates. Ausgehend vom Ende des Mittelalters, schilderte der Vortragende, so gut es eben in der kurzen Zeit möglich war, die Staatsformen in ihrer geschichtlichen Entwicklung, um dann im letzten Teil der Vorträge die Geschichte Oesterreichs im besonderen darzustellen. Dies erwies sich als besonders glücklich, da dadurch manche eingewurzelte falsche Ansicht beseitigt wurde. Obgleich nur Umriss gezeichnet werden konnten, fiel doch jedes Wort auf aufnahmefähigen Boden, der den empfangenen Samen kräftig in die Halme schießen lassen wird. Zieht man in Betracht, dass viele Hörer sich von den in der Volksschule empfangenen falschen Darstellungen noch nicht vollständig befreit hatten, so begreift man, dass dieser Unterricht für manchen geradezu erlösend wirkte. In 25 Stunden wurde der Lehrstoff behandelt, ohne begreiflicherweise auch nur annähernd erschöpft zu werden.

Den schwierigsten Lehrgegenstand, die Volkswirtschaftslehre, für die 27 Stunden aufgewendet wurden, sollte Genosse Dr. Otto Bauer vortragen. Leider wurde er schon nach der dritten Stunde abberufen und konnte nicht mehr seines Amtes walten. Zunächst setzte Dr. Renner den begonnenen Unterricht fort, bis Genosse Dr. Eckstein in der Lage war, den Unterricht weiterzuführen. Es war für ihn und die Schüler keine leichte Aufgabe, den Uebergang zu finden zu dem Punkte, wo sie zusammentreffen konnten. Aber durch volkstümliche Darstellungskunst und unverdrossene Mühe gelang es dem Vortragenden, die Schüler zur Erkenntnis dieser so schwierigen Probleme zu bringen und sie in das Gebiet der Volkswirtschaftslehre einzuführen. Die Methode, die Hörer unverhofft aufzurufen und an sie Fragen zu stellen, erwies sich als sehr glücklich und liess Einblick in ihr Fortschreiten nehmen.

Den Unterricht über Theorie und Praxis der Gewerkschaften leitete Genosse Dr. Adolf Braun. Zwölf Stunden waren hierfür in Aussicht genommen. Die Tatsache aber, dass gerade dieser Gegenstand einen besonders breiten Raum in der Erörterung einnahm, stiess den ursprünglichen Plan um und dehnte den Unterricht auf 19 Stunden aus. Ueberdies hatten die Hörer — unter ihnen eine Anzahl Gewerkschaftsbeamte — in den sechs Seminarstunden Gelegenheit, die theoretischen Vorträge durch Beispiele aus der Praxis wirkungsvoll zu ergänzen. Ganz natürlich wurzelt die Gewerkschaftsorganisation sehr tief im Herzen des Arbeiters. Die Erfolge, die die Gewerkschaft erringt, kommen ihm zugute, fast jeder organisierte Arbeiter interessiert sich daher für das gewerkschaftliche Leben und ist mit ihm mehr oder minder vertraut. In viel grösserer Masse trifft dies bei jenen Genossen zu, die berufen sind, als Vertrauensmänner für ihre Arbeitskollegen zu wirken. Durch das unmittelbare Zusammentreffen mit dem Unternehmertum sammeln sie sich im Laufe der Jahre viele praktische Erfahrungen, die nach methodischer Gliederung verlangen und die Erwerbung theoretischer Kenntnisse nötig machen. An der Schule nahmen nun viele solcher Genossen teil. Dadurch gestaltete sich der Gewerkschaftsunterricht besonders interessant. Die Theorie und Praxis im Gewerkschaftsleben, einander ergänzend, waren so erfreulicherweise innig miteinander verflochten. Trotz der Ausdehnung der Unterrichtsstunden mussten leider die Vorträge über die Geschichte und die Typen der Gewerkschaftsbewegung entfallen. Der Umstand, dass wir in Oesterreich im Kampfe mit den separatistischen Organisationszertrümmerern stehen, hätte dem Verlangen, auch diese Frage zu erörtern, Berechtigung gegeben.

Eng im Zusammenhang mit der Gewerkschaftsfrage steht die Sozialpolitik (Arbeiterschutzgesetzgebung und Arbeiterversicherung), auf die 16 Stunden verwendet wurden. Unterrichtsleiter waren zwei hervorragende Kenner der Arbeiterschutzgesetzgebung: Dr. Braun und Matthias Eldersch. In zehn Unterrichtsstunden führte Genosse Dr. Braun die Hörer in das Wesen der Sozialpolitik ein. Ausgehend von der ersten Arbeiterschutz-

gesetzgebung in England, gab er einen leichtfasslichen Ueberblick über die Geschichte der Sozialpolitik bis in die heutige Zeit. Ausserdem wurde unter seiner Leitung in fünf Seminarstunden der Regierungsentwurf über das Bäckerarbeiterschutzgesetz vorgelesen, ausgelegt und kritisch besprochen, um die Hörer an die Papiersprache unserer Gesetzentwürfe zu gewöhnen und sie in der Kritik der amtlichen Sozialpolitik zu schulen.

Ueber die Krankenversicherungsgesetzgebung sprach Genosse Eldersch in sechs Stunden. Das Krankenversicherungsgesetz wurde durchberaten und so vielen ein neues Gebiet erschlossen. Die Sozialversicherung nach dem Regierungsentwurf zergliederte Genosse Eldersch zum Verständnis aller Hörer, was viel dazu beitragen wird, die Arbeiterschaft mit den Schäden dieses Gesetzes bekanntzumachen. — Im Seminar (zwei Stunden) wurden praktische Fälle des Versicherungswesens erörtert.

Anleitungen zur Erteilung juristischer Auskünfte gab Genosse Dr. Fritz Winter in zehn Unterrichtsstunden und zehn Stunden Seminar, wo Fälle des Tages besprochen wurden. Viele Fragen des Zivil- und Arbeiterrechtes fanden eingehende Erörterung; das sechste Hauptstück der Gewerbeordnung wurde durchberaten, das Erb- und Kindesrecht und andere Fragen der Gesetzgebung. Für die an der Schule teilnehmenden Partei- und Gewerkschaftssekretäre, an die täglich derartige Aufgaben zur Lösung herantreten, war der Unterricht besonders nützlich; aber auch bei den übrigen Hörern rief der Unterricht lebhaftes Interesse wach.

Eine Einführung in die Statistik gab Genosse Dr. Braun in sieben Seminarstunden. Viel zum Verständnis trug Dr. Brauns Broschüre über Statistik bei, wodurch das Studium dieser Frage sehr gefördert wurde. Durch Aufgaben aus der Praxis: Entwerfen von Fragebogen, Tabellen usw. wurden die Hörer zu einer Arbeit herangezogen, deren Wichtigkeit noch allenthalben unterschätzt wird. Die Vorführung von Diagrammen über die Bevölkerungsbewegung in Deutschland und Oesterreich war sehr lehrreich.

Das journalistische Seminar hatte Genossen Max Winter zum Leiter, der die Hörer in das Zeitungswesen einführte, Winke zur Herstellung einer Zeitung gab und an praktischen Fällen nachwies, wo eine Verbesserung und Aenderung notwendig ist. Die acht Stunden, die dazu aufgewendet wurden, waren sehr nützlich, es empfiehlt sich, diesen Lehrgegenstand dem Unterrichtsplan an den Arbeiterschulen einzufügen.

Schliesslich bleibt noch zu sagen, dass in Verbindung mit dem Unterricht einige Exkursionen veranstaltet wurden. Einen überaus lehrreichen Tag brachte uns der Besuch des Bleiberger Erzberges, wobei wir das Leben und Treiben in der Tiefe des Berges zu beobachten Gelegenheit hatten. Der Tabakfabrik in Klagenfurt statteten wir gleichfalls einen Besuch ab, ebenso dem Kärntner Landesmuseum und dem Klagenfurter Stadttheater. Das Kärntner Landhaus, das uns in seiner Eigenart (als Ständehaus) das im Geschichtsunterricht empfangene Bild wirkungsvoll ergänzte, wurde gleichfalls besucht. Die Klagenfurter Genossen waren in der ganzen Zeit, während die Parteischule tagte, eifrig bemüht, den Parteischülern die wenigen freien Stunden so angenehm als möglich zu machen, was ihnen auch gelang. Der Dank aller Genossen ist ihnen sicher. Erwähnt sei zum Schlusse noch, dass sämtliche deutschen Partei- und Gewerkschaftsblätter (reichsdeutsche und österreichische) für das Lesezimmer ihre Blätter sandten. Die „Arbeiter-Zeitung“ und der „Arbeiterwille“ wurden den Parteischülern täglich frei zugemittelt. Auch hiefür gebührt herzlicher Dank.

* * *

Nun ist die Schule geschlossen. Sie war der Opfer, die unsere Organisationen für sie gebracht haben, wert. Die schwersten Kämpfe werden siegreich nur von einer geschulten, mit den Aufgaben und Zielen wohlvertrauten Kampftruppe ausgeführt. Immer mühevoller gestaltet sich der Weg, den das Proletariat zu gehen hat, immer heftiger werden die Kämpfe, die es führen muss. Da ist es notwendig, eine von allen überlieferten Irrtümern freie Schar tüchtiger, geschulter Genossen zu haben, die ihre

Brüder und Schwestern aus dem Schlummer wecken und sie zum Kampfe aufrufen wider Knechtschaft und Unterdrückung. Mögen uns unsere Widersacher belächeln und uns Utopisten schelten. Die Geschichte straft sie Lügen. Aus dem tiefsten Sumpfe herauf hat das Proletariat seinen Weg genommen, sich zur heutigen Höhe emporgerungen. Im Sturmschritt nimmt es die sichersten Bastionen, die sich der Kapitalismus aufgerichtet hat. Noch triumphieren Ausbeutung und Knechtung. Aber die heutige Gesellschaft trägt bereits den Todeskeim in sich. Geschichtlich und ökonomisch lässt es sich erweisen: die Zukunft gehört dem Sozialismus. In dieser Erkenntnis bestärkt und bekräftigt, kehren die Parteischüler heim, in diesem Sinne werden sie Sämänner sein, die die empfangenen Lehren in alle Winde hinausstreuen werden. Möge ihr Wirken von vollem Erfolg begleitet sein, dem gesamten unter dem Joch des Kapitalismus schmachenden Proletariat zu Nutz und Frommen.

Emil Strauss (Prag): Josef II.

Unter den Wissenschaften, die unmittelbar in den Kampf der Klassen hineingezogen werden und in denen daher in Zeiten, wo grosse Klassenkämpfe das Leben der Gesellschaft erschüttern, heftige wissenschaftliche Fehden ausgefochten werden, nimmt die Geschichtswissenschaft eine bedeutende Stellung ein. Ist sie doch nichts anderes als Erzählung und Erklärung der Klassenkämpfe von gestern, die den Kämpfern von heute Lehren und Beispiele bietet, die durch Erforschung der Vorzüge und Fehler der Kämpfe vergangener Epochen die Taktik des sozialen Krieges der Gegenwart mitbestimmt.

Die Kunst, die historischen Begebenheiten einer noch so entfernten Vergangenheit zu Zwecken der Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaft umzumodeln, haben die herrschenden Klassen aller Zeiten glänzend verstanden. Und wie die aufkommende Bourgeoisie in der Renaissance des 16. und in der Aufklärungszeit des 18. Jahrhunderts das Gebäude der historischen Legenden der weltlichen und geistlichen Feudalität in Trümmer schlug, wie die Bourgeoisie sich die historischen Hilfswissenschaften schuf, um der geschichtlichen Wahrheit auf den Grund zu kommen, die den Ansprüchen einer jeden um ihre Befreiung kämpfenden Klasse die besten Waffen bietet, so muss das Proletariat die Legenden der Bourgeoisie zerstören. Während die bürgerliche Geschichtsschreibung zu der Zeit, da das städtische Bürgertum noch mit den herrschenden Klassen der feudalen Gesellschaft rang, den feudalen Legenden den Garaus machte, feiert nun die Legendenbildung in der heutigen bürgerlichen Geschichtsschreibung, da die Bourgeoisie selbst zur herrschenden Klasse geworden ist, eine fröhliche Auferstehung.

Dieser Legende gegenüber hat das Proletariat mehr als theoretisches Interesse. Denn die Legende umfängt das proletarische Kind in der Schule, sie bildet mit die ersten Brocken seiner geistigen Nahrung und wirkt auch auf den erwachsenen Arbeiter ein. Sie ist das geistige Produkt der herrschenden Klasse unserer Zeit und die Befreiung von ihr ist ein schwieriges Werk, wie die Befreiung des Proletariats von der bürgerlichen Ideologie überhaupt. Die Bourgeoisie sucht das Bewusstsein des Proletariats immer wieder zu beeinflussen und die Kritik der bürgerlichen Legende übt darum eine befreiende Wirkung auf jeden aus, der die Interessen des Proletariats, sei es auf welchem Gebiet immer, vertritt.

Dass aber die proletarische Kritik nicht darin bestehen muss, die Männer, die die Träger der Entwicklung vergangener Zeiten waren, herabzusetzen, dass das Proletariat oft viel mehr Verständnis für diejenigen hat, welche das Bürgertum aus der Vormundschaft der herrschenden Klassen der Feudalzeit befreit haben, soll neuerlich gezeigt werden an der Kritik der Legende, die sich um das Wirken eines Mannes gesponnen hat, der an einer bedeutsamen Wende der ökonomischen und sozialen Entwicklung Oesterreichs stand und der den Anspruch darauf erheben kann, auch das Interesse des kämpfenden Proletariats für sich zu gewinnen, weil sich in ihm all die widerspruchsvollen Kräfte spiegeln, die in dem Oesterreich zu Ende des 18. Jahrhunderts aus den Tiefen gesellschaftlicher Entwicklung an die Oberfläche politischen Lebens drangen. Die Geschichte

Josefs II., wie sie im Bewusstsein der Bourgeoisie lebendig war, hat im Oesterreich des 19. Jahrhunderts eine nicht unbedeutende Rolle gespielt. Die Bourgeoisie, die mit der herrschenden Feudalität rang, konnte niemals auf den Mann verzichten, von dem sie fest und unerschütterlich glaubte, dass er ihre Ideen und ihre Forderungen bis auf den österreichischen Herrscherthron gebracht, ihr Programm durchzuführen versucht habe. Kein Monarch in Oesterreich hat in dem Jahrhundert, das so gern Denkmäler gesetzt hat, so viele Monumente erhalten wie Josef II. Freilich, die Zeit der Begeisterung ist vorüber; während die kämpfende Bourgeoisie von einst in überschwenglicher Weise Kaiser Josef II. zu einem der ihren machte und dem Bilde von ihm all die Ideale zufügte, die sie selbst im Herzen trug, ist das heute anders geworden. Heute ist die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse geworden und die Ideale aus jener Zeit des Sturmes und Dranges sind geschwunden. An die Stelle grosser Begeisterung für den historischen Fortschritt, für das historisch werdende, ist eine kalte Vernunft getreten, die das historisch Gewordene ängstlich behütet, weil die Herrschaft der Bourgeoisie bereits etwas Gewordenes und nunmehr das Proletariat der Träger historischen Fortschritts ist. Heute wirft die Bourgeoisie ihrem Lieblingshelden von einst vor, er „habe nicht geprüft, was Grosses auch die Vergangenheit hervorgebracht“ (Bachmann), abgesehen davon — und das ist vielleicht der Kern der spezifisch bürgerlichen Legende — dass sie die Motive Josefs, der die politischen Kräfte des Lebens besser erkannte als die Bourgeoisie, zu abstrakten Ideen mystifizierte.

Aber eben deswegen, weil Josef die ökonomische, soziale und damit die kulturelle Entwicklung Oesterreichs beschleunigte, ist das Mysterium dieser Legende nicht leicht zu enträtseln. Der Einfluss des Bildes von Josef II., das sich die Bourgeoisie geschaffen, ist so gross, dass sogar Mehring, dem doch die grössten Verdienste um die Kritik der preussischen Geschichtslegende zukommen, stark davon beeinflusst wurde. In der „Lessing-Legende“, in der Mehring das wahre Bild Friedrichs des Grossen zeichnet, sind in dem Bemühen, Josef II. gegen Friedrich auszuspielen, die Motive, die Mehring Josef II. unterschiebt, durchaus ideologischer Natur*. Auch die österreichische Geschichtsschreibung, völlig unter dem Bann der liberalen Ideen stehend, hat für die Aufhellung des Bildes Josefs II. beschämend wenig getan. Es musste ihr ein russischer Gelehrter zu Hilfe kommen, der ihr eine wissenschaftliche Biographie Josefs lieferte und in die bürgerliche Legende die erste Bresche schlug, eine Bresche zwar nur, die es aber doch ermöglicht, einigermaßen das Wesen und den Charakter der Legende zu erkennen und daraus sich das wahre Bild der treibenden Kräfte der josefinischen Epoche zu rekonstruieren**. Denn Mitrofanov bleibt auf halbem Wege stehen: Dadurch dass er die ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht näher analysiert, versperrt er sich die Erkenntnis der tiefsten Ursachen der Ereignisse jener Zeit. Er erkennt zwar, dass „die Bedürfnisse des täglichen Lebens Josef höher standen als alle idealen Erwägungen“ (Seite 605), aber den Grund des Misserfolges der josefinischen Reformen sieht er dennoch in ideologischen Motiven. Gerade die Analyse der oppositionellen Kräfte, die sich gegen Josef in Bewegung setzten, hätte ihn auf den richtigen Weg führen müssen. Die Tatsache, dass Josefs Reformen den Widerstand ebenso der Feudalität wie der weit vorgeschrittenen belgischen Bourgeoisie fanden, hätte ihn darüber belehren müssen, dass eben Josefs Wirken in der Mitte beider lag, dass seine Regierung im Interesse einer Bourgeoisie war, die sich noch nicht genug stark fühlte, den Staat zu beherrschen und die mittelalterliche Feudalität mit dem Besen einer Revolution hinwegzukehren, die sich also einen fürstlichen Absolutismus als ihren Geschäftsführer gefallen lassen musste. Der Erfolg der Regierung Josefs spricht am besten für diese Auffassung, dass die Reformen vor allem den Interessen einer Bourgeoisie dienten, die eine bestimmte ökonomische Entwicklungsstufe erreicht hatte, nämlich die ökonomische Entwicklungsstufe der österreichischen Erblände zu Ende des 18. Jahrhunderts. Denn die Reform hatte dort nachhaltige Wirkung, wo sie den den ökonomischen Verhältnissen entspringenden Macht-

* „Lessing-Legende“, Seite 369 (3. Auflage).

** Paul v. Mitrofanov, „Josef II.“ Wien 1910, Stern.

verhältnissen entsprach: in den österreichischen Erblanden. Dagegen erlitten die Reformen in Ungarn und in Belgien ein völliges Fiasko: In Ungarn waren die feudalen Grundbesitzer noch zu stark, eine Bourgeoisie kaum vorhanden, in Belgien wieder war die Bourgeoisie schon stark genug, die Herrschaft des Staates selbst in die Hand zu nehmen und sie sträubte sich darum gegen einen Absolutismus, der für sie regieren wollte. Hier liegt die Quelle aller Missverständnisse: Dadurch, dass man die ungarische reaktionäre mit der belgischen fortschrittlichen Opposition zusammenwarf, erschien Josef als der Hort des Fortschritts, die Opposition überhaupt als reaktionär. Mitrofanov deckt dieses Missverständnis auf, ohne freilich daraus die Konsequenzen zu ziehen, die sich für den Charakter des Wirkens Josefs II. mit zwingender Notwendigkeit ergeben. Gerade aus dieser Mittelstellung resultieren die Widersprüche in Josefs Wirken, die als ideologische Widersprüche doch nur die Inkonsequenz des Kaisers ergeben würden. Die bürgerliche Geschichtschreibung ist auch glücklich zu diesem Standpunkt gekommen. „Als echtster Typus des philanthropischen Absolutismus seines Jahrhunderts voll wunderlicher Widersprüche, bald Freiheitsschwärmer, Verfechter der Toleranz und eines höheren Menschenrechts, bald Despot, Verächter der Rechte und eigenwilligster Starrkopf.“ (Kleinschmidt.) Indessen sind dies eben Widersprüche der gesellschaftlichen Entwicklung der damaligen Tage, die restlos erklärt werden können aus der Tatsache, dass die Bourgeoisie zu schwach war, die Zügel der Regierung mit eigener Hand zu ergreifen und dass sie es sich gefallen lassen musste, den fürstlichen Absolutismus an ihrer Stelle für ihre Interessen regieren zu lassen. Der Absolutismus als Träger des historischen Fortschritts und Schrittmacher der um ihre Befreiung kämpfenden Bourgeoisie — das ist die Erklärung für die Widersprüche in Josefs Charakter, in Josefs Regierung und in der politischen Geschichte Oesterreichs zu Ende des 18. Jahrhunderts. Lassen wir die Tatsachen sprechen!

* * *

Während bis ins 16. Jahrhundert Oesterreich ein von den feudalen Grundbesitzern regierter Staat war und im 19. Jahrhundert die Bourgeoisie zur herrschenden Klasse wurde, bedeuten das 17. und 18. Jahrhundert ein Uebergangsstadium, einen Moment der gesellschaftlichen Entwicklung, in dem feudale Grundbesitzer und städtisches Bürgertum sich so ziemlich die Wage halten. Diese beiden Jahrhunderte sind die Zeit des ausgesprochen dynastischen Absolutismus, der die Geschäfte beider Klassen besorgt, je nach dem Stande der ökonomischen und politischen Entwicklung die eine oder andere begünstigend. Seit Beginn des 18. Jahrhunderts freilich sieht sich der Absolutismus immer mehr genötigt, die Bourgeoisie unter seine schützenden Fittiche zu nehmen, denn das gebeut ihm sein eigenes Interesse. Der Herrscher, der zuerst diese Entwicklung halbwegs durchblickte, war Josef I. (1705 bis 1711), der als erster den Kampf gegen die Zünfte aufnahm, dieses Haupthindernis der ökonomischen Entwicklung. Diese Politik wurde zielbewusst von Karl VI. und Maria Theresia fortgesetzt. Freilich ist die Förderung der Industrie unter Maria Theresia nicht zu radikal zu denken, wie ja überhaupt die thesesianische Reform dadurch gekennzeichnet ist, dass sie überall auf halbem Wege stehen bleibt. Eine grosse Bedeutung für die ökonomische Entwicklung Oesterreichs hatte der Verlust Schlesiens, das bisher der „Fabrikant und Spediteur“ der österreichischen Erbländer gewesen war. Man musste trachten, das verlorengegangene Industrieland zu ersetzen durch die Förderung der Industrie in den andern Ländern, vor allem Böhmen, Mähren und Niederösterreich, musste bestrebt sein, Schlesien in Oesterreich wiederzuerobern. Die Blüte der Industrie in einigen Gebieten Oesterreichs nimmt ihren Ausgang aus dieser Zeit, wie die Vorarlberger, die Warnsdorf-Rumburger Industrie. In Böhmen allein stieg die Anzahl der Fabriken von 1780 bis 1786 von 50 auf 172 mit etwa 400.000 Arbeitern, Wien beschäftigte 1784 in 117 Fabriken über 50.000 Arbeiter. Diese Entwicklung, der hier nicht näher nachgegangen werden kann, veränderte gewaltig die gesellschaftliche Struktur Oesterreichs, mit der die politischen Machtverhältnisse durchaus in Widerspruch standen. Der alte Verwaltungsapparat wollte nicht mehr funktionieren, im österreichischen Erbfolgekrieg versagte die Ständeverwaltung so gewaltig, dass sie beinahe die Auflösung des Staates zur Folge gehabt hätte. Damit war der

Gegensatz zwischen dynastischen und ständischen Interessen so krass vor Augen geführt worden wie nie in der österreichischen Geschichte zuvor — kein Wunder, wenn die Träger der Staatsgewalt den Ständeversammlungen, diesen „Bauernbällen auf Opernbühnen“, mit grosser Rücksichtslosigkeit gegenübertraten. Was Maria Theresia in dieser Hinsicht begonnen, daran baute Josef fort: das Recht der Landtagsversammlungen wurde bedeutend eingeschränkt, das Initiativrecht ihnen genommen, die Landesausschüsse beseitigt. Das könnte den Anschein erwecken, als wäre der soziale Inhalt der Regierung Josefs ein Kampf gegen die feudalen Grundbesitzer und eine immerwährende Begünstigung der städtischen Interessen gewesen. Aber der Absolutismus vermag niemals in den Interessen einer Klasse völlig aufzugehen, sondern er gerät leicht in Kollision mit den Klassen, deren Interesse er verfehlt. War doch die Selbstverwaltung der Städter, die sie sich im Kampfe gegen die Grundbesitzer erstritten hatten, ein Hindernis für die Durchsetzung des Absolutismus. Schon unter Maria Theresia wurde die Kommunalverfassung vielfach durchbrochen, die städtischen Strafgerichte aufgehoben und der Wirkungskreis der städtischen Beamten stark beschnitten. Die ganze Administration der Städte kam zu Josefs Zeiten unter die Kontrolle der landesfürstlichen Bürokratie, die Beamten, sofern sie dem Kaiser nicht passten, wurden einfach abgesetzt. Nur insoweit in dieser Selbstverwaltung keine Machtposition lag, liess man die Städter gewähren: Als Nachwächter konnten die Städter anstellen, wen sie wollten, Armen- und Krankenpflege konnten sie besorgen, aber auf die Aemter, die mit Machtfülle bekleidet waren, suchte der Staat Einfluss zu gewinnen. Ganz abgesehen von der vorgeschrittenen belgischen Bourgeoisie, von der später zu reden sein wird, war also das josefinische Regime auch bei den Städtebewohnern der österreichischen Erbländer nicht so beliebt, wie uns die bürgerlichen Historiker glauben machen wollen, denn Josef entriss der Bourgeoisie Machtpositionen, die sie sich in jahrhundertlangen schweren Kämpfen erworben hatte und die sie als Symbole ihrer gesellschaftlichen Stellung ansah. Schon darin liegen die Ursachen des Misserfolges der josefinischen Politik, dass die Existenzbedingungen des Absolutismus ihn zwangen, selbst diejenigen Klassen, zu deren Gunsten die Reformen gemeint waren, zu schädigen. Das ist vielleicht noch klarer zu erkennen bei Josefs Agrarreform.

Die Agrarreformen des 18. Jahrhunderts waren, das braucht heute nicht mehr auseinandergesetzt zu werden, nicht ein Produkt der Humanität, sondern ein Ergebnis der geschichtlichen Notwendigkeit. Die Agrikultur lag völlig am Boden, die Landwirtschaft schien einer Katastrophe entgegenzueilen. Die Bauern, die „arm, schutzlos und verprügelt“ waren, hatten verfallene Hütten, kein Vieh und die primitivsten Arbeitswerkzeuge. Alle Broschüren, die die Regierung verbreiten liess, um eine bessere Bodenkultur zu erzielen, waren natürlich wertlos. Es war das Interesse von Dynastie und Bourgeoisie, ja des feudalen Adels selbst, mit diesen Verhältnissen aufzuräumen. Aber gar so gewaltig waren die Aenderungen nicht, durch die das 18. Jahrhundert die Lage der Bauern zu bessern suchte. Unter Maria Theresia bestand die Reform vorzüglich darin, dass das Unrecht, das man an den Bauern verübte, gesetzlich festgelegt wurde, wodurch zwar vielen Uebelständen abgeholfen wurde, die der Willkür des Grundherrn entsprangen, andererseits aber das Unrecht konserviert wurde. Die Kaiserin wandte das neue System, die Zerschlagung des grossen Grundbesitzes in untertänige Bauernschaften auf den Staatsgütern erfolgreich an und erzielte damit ein weit höheres Erträgnis, was die Adeligen mit Neid besahen. Der grosse Grundbesitz mit versklavten, unterernährten verprügelten Bauern ist eben weit unrentabler als die Parzellenwirtschaft freier Bauern, womit freilich nicht gesagt werden soll, dass es nicht noch höhere Produktionsformen der Agrikultur gibt, wie den genossenschaftlichen Grossbetrieb. Josef hat dann bekanntlich die Reste des Leibeigenschaftsrechtes aufgehoben. Das war ja ein Schritt vorwärts, aber ein Schneckenritt, zumal da die Beamten die Verfügungen des Kaisers nur widerwillig ausführten. Dem Bauern ging es nicht viel besser nach der Reform als zuvor. Wenn er ungehorsam gegen den Gutsherrn war, wurde er wie früher eingekerkert, in Ketten gelegt, zur Zwangsarbeit verurteilt, körperlich gezüchtigt. Dass Josef einer radikalen Lösung der Agrarfrage abhold war, konstatiert auch Mitrofanov. „Wir sehen, das Reformwerk Josefs war auch hier weder eingreifend noch erschöpfend. Die Abgaben an den

Adel wurden... geregelt, aber nicht abgeschafft, in Geld verwandelt, aber nicht einmal verringert. Der Bauer wurde aus einem Untertan zu einem Zinspächter und nicht zu einem selbständigen, unabhängigen Eigentümer seines Grundes.“ Erst die Revolution von unten (1848) hat das vermocht, was die Revolution von oben (Josef II.), wenn wir sie so nennen wollen, nicht vermochte. Die Revolution von oben trägt immer ein Doppelgesicht und zieht mit dem nächsten Wort zurück, was sie mit dem ersten gibt. Die Revolution von unten allein ist eine wahrhafte Revolution, welche die Verhältnisse völlig umgestalten kann. Grosse Umwälzungen in den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen können nur durch die Revolution von unten herbeigeführt werden. Ueber diese Halbheiten konnte daher Josef II. nie hinauskommen, aber in dem Umkreis, der ihm gesetzt war, ist Josef ein energischer Vertreter des historischen Fortschritts gewesen und das ist ja das höchste Lob, das man einem Vertreter der herrschenden Klassen erteilen kann.

Kein Wunder, wenn die Bauern selbst mit den Reformen unzufrieden waren. Die Dialektik der sozialen Entwicklung trieb zu anderen Resultaten als die Gedanken im Kopfe Josefs. Josef meinte, der Bauer werde fleissig sein und das Feld im Schweisse seines Angesichts bebauen, wenn ihm die drückendsten Lasten abgenommen sein werden. Aber die Abstellung der ärgsten Missbräuche erregte in den Bauern nur die Hoffnung auf völlige Befreiung. Der Absolutismus wollte die Bauern, nachdem er sie aus den Tatzen des Grundherrn einigermaßen gelöst hatte, in die Krallen des österreichischen Adlers bringen. Aber die Bauern, des Gehorsams gegen die Grundherren nur ein bisschen entbunden, wollten nun wirklich frei sein und das, was das Instrument der josefinischen Regierung werden sollte, wandte sich selbst gegen ihn: Bauernaufstände brechen aus, die mit kaiserlichen Truppen niedergeworfen werden müssen. Seit 1789 befinden sich die Bauern ständig im Aufruhr. Sie interessierten sich lebhaft für die Vorgänge in Frankreich und die Grundherren geben an, die Bauern lesen sogar — schrecklich, zu sagen! — Zeitungen. Von Beliebtheit Josefs bei den Bauern kann man nur in dem bedingten Sinne reden, dass die Bauern die Beamten beschuldigten, die Wünsche des Kaisers würden nicht durchgeführt, der Bauer solle völlig frei sein. Aber gerade die Agrarreformen, die Josef durchführte, entsprachen in den Erbländen den gesellschaftlichen Machtverhältnissen jener Zeit und deshalb haben sie den Kaiser überdauert.

In Ungarn dagegen war dies nicht der Fall. Die Macht der Grundherren war noch viel zu gross, als dass sie sich die Reformen Josefs hätten gefallen lassen. „In Ungarn riss der Kaiser ein Stück lebendigen Fleisches aus einem zwar absterbenden, aber noch immer empfindlichen Organismus heraus.“ Leopold II. musste auch die ungarischen Agrarverhältnisse wieder dorthin zurückführen, wo sie 1780 gestanden hatten.

Ganz andere Ursachen hatte wieder das Scheitern des josefinischen Reformwerkes in Belgien. Belgien war zu Ende des 18. Jahrhunderts in dem vielgestaltigen, ökonomisch ganz verschieden entwickelten österreichischen Länderkomplex der wirtschaftlich und sozial vorgeschrittenste Teil. Während die Niederlande schon im 16. Jahrhundert ökonomisch so weit vorgeschritten waren, dass sie sich von dem ökonomisch rückständigeren Spanien losreissen konnten, erreichte die belgische Bourgeoisie diese Macht erst im 18. Jahrhundert. Das belgische Bürgertum hatte sich in den Intermundien der feudalen Gesellschaft seine Machtpositionen geschaffen und war schon zu selbständig geworden, als dass es sich einen Absolutismus hätte gefallen lassen können. Auf Belgien konnten niemals Regierungsmassregeln passen, die auf das ökonomisch zurückgebliebene Oesterreich zugeschnitten waren und für dieses einen historischen Fortschritt bedeuteten. Für die belgische Bourgeoisie war der josefinische Absolutismus reaktionär, er wollte sie auf eine politische Machtentwicklung zurücktreiben, die sie schon längst hinter sich hatte. War ja doch in Belgien fast gar keine Leibeigenschaft mehr vorhanden, befanden sich doch die Bauern in ziemlich günstiger Lage, so dass die Agrarreform, die in den österreichischen Erbländern als grosse Tat erschien, in Belgien gar nicht empfunden wurde. Bezeichnend ist, dass in demjenigen Teile Belgiens, wo die Leibeigenschaft noch vorhanden war und erst durch Josefs Reformen aufgehoben wurde, nämlich in Luxemburg, die belgischen Revolutionäre zu Ende von Josefs Regierungszeit keine An-

hänger fanden. Der Kaiser, der diese ökonomischen Verhältnisse nicht durchblickte, war auch über die belgische Revolution sehr erstaunt. Er ahnte nicht, dass Belgien schon zu weit vorgeschritten war, um ihn als Erlöser zu begrüßen. In Belgien hat noch Josef II. 1789 alles zurücknehmen müssen, was er geändert hatte. Hier war er entschieden Reaktionär. Charakteristisch ist, dass die Belgier, die auch die josefinische Gerichtsreform entschieden verwarfen, wenige Jahre später mit Freuden das Gesetzbuch der französischen Revolution aufnahmen, das allein der ökonomischen Entwicklung Belgiens entsprach.

Den meisten Anklang fand die Agrarreform dort, wo sie den ökonomischen und den Machtverhältnissen entsprach: in den österreichischen Erbländern. Die ökonomisch zurückgebliebenen davon — wie der tschechische Teil Böhmens und Mährens, Galizien und Steiermark — opponierten am meisten, aber die Bourgeoisie war dafür sehr eingenommen und in den österreichischen Erbländern erhielten sich die Verhältnisse, wie sie Josef geschaffen, so lange, bis die Revolution von unten im Jahre 1848 die feudale Gesellschaft auch hier über den Haufen warf.

Wäre die Humanität der leitende Gesichtspunkt der josefinischen Reform gewesen, so wäre vermutlich auch etwas für das Proletariat davon abgefallen. Aber in einer Zeit, die völlig unter dem Druck der aufkommenden Bourgeoisie stand, ging es den Proletariern noch schlechter als in der Feudalzeit. Das Zeitalter der ursprünglichen Akkumulation ist ja nirgends das Paradies der Arbeiter gewesen. So auch im Oesterreich der josefinischen Epoche. Gegen Streiks ging man rücksichtslos vor, Maximallöhne wurden festgesetzt. Maximallöhne können wahrhaftig nicht auf das Konto der Humanität gebucht werden. Gäbe es denn eine herrlichere Aufgabe für ein Zeitalter der Humanität als die Kinderarbeit abzuschaffen? Aber das Ende des 18. Jahrhunderts hatte für derlei Sachen keinen Sinn. Die Kinderarbeit wurde nicht abgeschafft, es wurden für Knaben und Mädchen in den Fabrikskasernen nur — getrennte Schlafzimmer verordnet, die Kinder mussten einmal wöchentlich die Wäsche wechseln und zweimal im Jahr vom Bezirksarzt untersucht werden. Das wenige aber, das in den Verordnungen stand, wurde beinahe gar nicht durchgeführt.

Zu allen diesen Reformen hätte der Absolutismus eine willfähige Bureaukratie gebraucht. Aber eine Bureaukratie lässt sich ebensowenig aus dem Boden stampfen wie eine Gesellschaftsklasse überhaupt. Waren doch die josefinischen Beamten meist aus dem Adel hervorgegangen und vergassen auch in der Uniform des Staatsbeamten niemals die Interessen ihrer Klasse. In den Zentralstellen fügten sich noch die Beamten den Wünschen des Kaisers, da ja hier ihre Interessen mit denen der Dynastie gleich waren. Aber auf dem Lande lebten die Beamten im innigsten Kontakt mit dem Grundherrn und man darf sich daher nicht wundern, wenn gegen Ende der Regierungszeit Josefs, als die Macht des Kaisers auch durch seine unglückselige auswärtige Politik stark erschüttert war, die Bureaukratie fast völlig versagte. Dadurch auch, dass dem Adel die höchsten Stellen in der Bureaukratie und beim Militär vorbehalten waren, stellt sich Mitrofanovs und anderer Historiker Behauptung, Josef sei „ein Demokrat vom Scheitel bis zur Sohle“ gewesen, als arge Uebertreibung heraus.

Will man die Ursachen des Scheiterns von Josefs Reformen auf dem Gebiet der Oekonomie und Gesellschaft in einem kurzen Satz zusammenfassen, so muss man sagen, dass das Reformwerk gescheitert ist an der verschiedenen Entwicklungsstufe, die die ökonomische Entwicklung der österreichischen Länder erreicht hatte. Einheitliche Reformen können nur durchgeführt werden in einem Gebiet von annähernd gleicher ökonomischer Beschaffenheit. Das industrielle Belgien und das feudale Ungarn konnten niemals zu einem einheitlichen Staat zusammengefasst werden. Josefs Reformen entsprangen nur der ökonomischen Entwicklung der österreichischen Erbländer, für die sie passten, und hier allein erhielten sie sich auch.

An Josefs ökonomischen und gesellschaftlichen Reformen aber zeigt sich auch das völlige Versagen einer ideologischen Geschichtsauffassung. Während die bürgerliche Geschichtschreibung den Kampf zwischen Josef und der Opposition auf Ideen zurückführt, ist für diesen Kampf gerade charakteristisch der Mangel an Ideen, nämlich an

Ideen, die in den Kampf der Argumente ein System hätten bringen können. Wirft man die feudale Opposition in Ungarn und Oesterreich mit der demokratischen bürgerlichen Opposition in Belgien zusammen, dann muss man natürlich die Opposition der Inkonsequenz zeihen und finden, dass die Argumente einander oft widersprechen. Die Argumente widersprachen einander genau so, wie die Interessen der Opposition einander widersprachen. Geht man nicht auf die ökonomischen Grundlagen alles geschichtlichen Geschehens zurück, so spottet der Wirrwarr historischer Geschehnisse in Oesterreich zu Ende des 18. Jahrhunderts jeder aufschliessenden Analyse.

Diese Erkenntnis wird uns noch deutlicher werden, wenn wir in einem besonderen Aufsatz die Reformen Josefs auf dem Gebiet der Kirche und der Schule, seine Heerespolitik und seine auswärtige Politik betrachten.

Josef Luitpold Stern: Lügen

„Einer muss vortreten und die Wahrheit sagen!“

In der Schriftstellerwelt der Gegenwart ist der Bekenner eine seltene Gestalt. Man schreibt, um zu verdienen. Aber man verdient nicht, wenn man bekennt. Man schreibt, um zu gefallen. Aber man fällt, wenn man die Wahrheit sagt. Gustav Janson, der Schriftsteller, der eben sieben kühne Geschichten vom Kriege erscheinen liess, gehört zu den Seltenen. „Lügen“ schrieb er deutlich genug auf das Titelblatt seines Buches*. „Einer muss vortreten und die Wahrheit sagen“!

Wer weiss es, wie der Krieg wirklich ist? Die, welche in den Schulen von glorreichen Schlachten schwatzen und die Jugend irreführen? Die, welche antimilitaristische Reden halten? Der Kriegsminister, der die neuen Rüstungsvorlagen verteidigt? Der Schriftsteller, der in Kriegsgreueln schwelgt? Haben die denn allesamt den Krieg jemals wirklich gesehen? Gesehen! Nicht etwa nur mitgemacht. Wer am Krieg selbst teilnimmt, weiss darum noch nicht, was Krieg ist, kann darum immer noch von Tapferkeit, von Ehre, von Vaterlandsliebe reden.

Man muss den Krieg gesehen haben, um seine Grässlichkeit erschüttert zu erkennen. Gustav Janson hat den Krieg gesehen, nicht das Symbol, wie es Böcklins und Stucks Traumkunst festhielt, sondern den wahrhaften Krieg, unten in Tripolis, den Krieg und die Menschen, die Menschen und ihre Schicksale, die Schicksale und ihre Tragik, die Tragik und ihren Widersinn.

*

Leutnant Nino Rivarato, der hübsche Junge, schreitet beglückt und voll der glühendsten Soldatenträume durch die Strasse dem Bahnhof zu. Nach Tripolis! In den Krieg! Eben nahm er Abschied von der schönen Carmela. In dieser Stunde hat er sie zum erstenmal geküsst. Wann er aus dem Kriege heimkommt, wird sie die Seine.

Ein paar Monate später sieht die Strasse denselben Menschen, aber auf zwei Stöcke gestützt, aber mit verstümmeltem Gesicht, das Auge erloschen, die Wange gespalten. Als ihn Carmela wiedersah, vergrub sie das Gesicht in die Hände. Rivarato, nun Hauptmann Rivarato, hinkt mit seinen beiden Stöcken mühsam durch die Strasse und verschwindet im Gewimmel des Korsos.

*

„Anarchist“, antwortet Alfonso Zirilli auf die Frage des Unteroffiziers.

„Ich frage nicht nach ihren Ansichten, sondern nach Ihrem Beruf. Was sind Sie?“

„Von heute an Mörderlehrling.“

So beginnt Alfonso. Man sucht den Trotzigen durch die tausend Quälereien der Kaserne mürbe zu machen. Da bricht der Krieg aus. Alfonso Zirilli wird übers Meer geschickt. Im ersten Feuer steht auch er. Erschreckt lernt er Zerstörung und Raub,

* Gustav Janson: „Lügen. Geschichten vom Kriege.“ Leipzig 1912. Verlag von Georg Merseburger. 312 Seiten. Preis broschürt K 4.20, gebunden K 5.40.

Verwüstung und Mord kennen. Er, der Anarchist, will die Kameraden noch in der Schlacht von Gewalttat abhalten. Aber auf einmal, mitten im Kanonendonner, überkommt es ihn: Der Krieg, eben der Krieg, den er bislang so sehr bekämpft hat, der Krieg ist nichts anderes als die Anarchie. Jeder Krieg ist Anarchie. Dass er dies nicht gleich erkannt hat. „Hurra! die Anar . . .“ Unsinn! Diese jämmerliche Anarchie, die sich im geheimen an heißen Worten berauschte und nicht weiter kann als bis zum Attentat auf einzelne. Reines Pfschwerk! Dies hier war etwas anderes, Grosses, Erhabenes. Eine ganze Nation an der Kehle zu packen, sie zu würgen, sie umzubringen, sie zu vernichten . . .

„Der Krieg soll leben! Hoch!“ Der plötzlich aufflammende Patriotismus, den er bislang immer für jeden, der gerecht denken wollte, nur als ein Hindernis angesehen, schenkte ihm ungeahnte Kräfte. Er flog über den Boden, das Gewehr hielt er ausgestreckt vor sich hin, der Zeigefinger seiner Rechten lag auf dem Hahn.

„Evviva Italia!“ brüllte Alfonso, als der Schuss knallte.

„Evviva Italia!“ antworteten ein paar Dutzend Stimmen. „Hurra! Der Krieg soll leben!“

*

Und auf einmal musste Pietro Fontanara, der Archäologe, seine Ausgrabungen in Kleinasien aufgeben. Kaum dass er Yussuf Hali, seinem treuen Diener und guten Helfer, noch die Hand drücken konnte. Rasch in die Heimat! Der Krieg ist erklärt. Warum? fragt er sich. Im Interesse der Zivilisation, sagen sie. Aber auf einem Gang durch Roms Umgebung kommt er zu den Schilfhütten von Gabii, sieht die kranken Einwohner in Behausungen, die schlechter sind als die eines afrikanischen Negerdorfes. Die Ebene fruchtbar zu machen, der Malaria Herr zu werden, dazu fehlen die Mittel. An die Unterjochung eines fremden Volkes jedoch vergeudet man Millionen? Wie geht das zu? Der Forscher wird in Fontanara wach. Er will wissen, was Krieg ist und meldet sich als Freiwilliger. In einem Gefecht sinkt ein Türke vor ihm nieder — Yussuf Hali. Sie schossen aufeinander. Und im nächsten Augenblick trifft ihn selbst die Kugel eines Landsmannes. Sterbend wird er ins Spital gebracht. Da öffnet sich die Tür. „Fontanara, empfangen Sie unseren Glückwunsch! Sehen Sie, was wir bringen.“ Sie legen ihm die Tapferkeitsmedaille auf die Wolldecke.

Pietros Augen wurden gross und er starrte verständnislos seinen Kompagniechef an.

„Lügen . . . Lügen . . . Lügen . . .“, drang es stossweise über seine Lippen. Da fühlt er, wie etwas in seiner Brust zerreisst, wie das Herz stillesteht. Die Angst trübt den Blick, er begreift, was an ihn herankommt, nein, schon da ist. Was er der Welt zu sagen hatte, würde nie über seine Lippen gehen. Weshalb? War es die Wahrheit oder die Lüge, die ihn erschlagen? Die Kugel eines Landsmannes . . . in den offiziellen Rapporten hiess es feindliche Kugel . . . Hilfe . . . Wahrheit! Schenkt mir Zeit . . .! In seinem Gehirn kreuzten sich die Gedanken mit Blitzesschnelle . . . Leben . . . Tod . . . Wahrheit . . . Lüge . . . Er sammelte sich zu einer letzten Anstrengung, ehe seine Augen sich für immer schlossen und rief anklagend:

„Der Krieg!“

Im Krankenzimmer war es ganz still. Der Oberst machte gerührt das Kreuzzeichen, der kurze heftige Todeskampf hatte ihn ergriffen.

Hauptmann Vitale murmelte einige Sätze aus einem Gebet. Dann raffte er sich auf und sagte: „Tapferer Fontanara, ich danke dir!“ Und von dem Toten wandte er sich zu den Lebenden: „Kameraden, ihr habt es gehört, sein letztes Wort war Krieg. Darin lag eine Mahnung. Es fordert, dass wir ihn rächen. Kameraden, in meinem und eurem Namen gelobe ich Rache! . . .“

*

So hat Janson den Krieg gesehen. Und er ist vorgetreten und hat die Wahrheit gesagt.